



34. Sitzung

Mittwoch, 22. Juni 2005

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Bettina Bliebenich und Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten	1727 A	Fraktion der CDU:	
Abwicklung, Änderung und Ergänzung der Tagesordnung	1727 A	Politik für Familien – Erfolg für die wachsende Stadt	
		(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)	
Aktuelle Stunde	1727 B		
Fraktion der SPD:		Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:	
CDU-Politik in Hamburg: Beschäftigte verkauft und verraten!		Wahl eines vertretenden ehrenamtlichen Mitglieds für die Kreditkommission	
Dr. Martin Schäfer SPD	1727 B	– Drs 18/2404 –	1742 A
Harald Krüger CDU	1728 A	Ergebnis	1747 A
Jens Kerstan GAL	1729 A		
Jörg Dräger, Senator	1730 B	Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:	
Ingo Egloff SPD	1731 C, 1741 D	Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Inneres	
Gunnar Uldall, Senator	1732 C	– Drs 18/2444 –	1742 A
Barbara Ahrons CDU	1734 B	Ergebnis	1747 A
Christian Maaß GAL	1735 A		
Michael Neumann SPD	1735 D	Bericht des Haushaltsausschusses:	
Rüdiger Kruse CDU	1737 A	Hamburg Port Authority	
Christa Goetsch GAL	1738 A	– Drs 18/2382 –	1742 C
Uwe Grund SPD	1738 D	dazu	
Bernd Reinert CDU	1739 C	Antrag der Fraktion der CDU:	
Walter Zuckerer SPD	1740 A	Hamburg Port Authority	
Dr. Andreas Mattner CDU	1740 D	– Drs 18/2462 –	1742 C
		Olaf Ohlsen CDU	1742 C
		Ingo Egloff SPD	1743 C
		Jens Kerstan GAL	1744 B
		Gunnar Uldall, Senator	1745 B
		Beschlüsse	1746 C
Fraktion der GAL:			
Entmachtung auf Raten – Sportsenatorin nicht weltmeisterschaftsfähig			
(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)			

Große Anfrage der Fraktion der SPD:

Pflegedienstleistungen in der Metropole – wie ein planloser Senat die Versorgung und den Pflege-Standort Hamburg gefährdet

– Drs 18/2161 – 1747 A

Petra Brinkmann SPD 1747 B, 1751 C

Lydia Fischer CDU 1748 B

Martina Gregersen GAL 1749 C

Birgit Schnieber-Jastram,
Zweite Bürgermeisterin 1750 B

Beschluss 1752 B

Bericht des Haushaltsausschusses:

**Sonderinvestitionsprogramm "Hamburg 2010" (SIP)
Zuschuss zur Errichtung eines Tropariums bei Hagenbecks Tierpark**

– Drs 18/2391 – 1752 B

Wolfgang Beuß CDU 1752 B

Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD 1753 B

Dr. Willfried Maier GAL 1754 B

Dr. Karin von Welck, Senatorin 1754 D

Beschlüsse 1755 C

Antrag der Fraktionen der SPD
und der CDU:

**Zwangsheirat ächten –
Zwangsehen vorbeugen**

– Drs 18/2405 – 1755 D

und

Antrag der Fraktion der GAL:

**Gewalt gegen Frauen nachhaltig
bekämpfen: Zwangsheirat ächten –
Zwangsehen verhindern**

– Drs 18/2414 – 1755 D

Karen Koop CDU 1755 D

Doris Mandel SPD 1757 A

Antje Möller GAL 1757 D

Aydan Özoguz SPD 1758 D

Beschluss 1759 C

Antrag der Fraktion der CDU:

**Nutzung von öffentlichen und
privaten Flächen zur Werbung**

– Drs 18/2406 – 1759 C

Klaus-Peter Hesse CDU 1759 C

Carola Veit SPD 1760 D

Farid Müller GAL 1762 A

Beschlüsse 1762 A

Große Anfrage der Fraktion der SPD:

**Grundstückspolitik und
Wohnungsbau**

– Drs 18/2189 – 1762 B

Jan Quast SPD 1762 B, 1767 D

Kai Voet van Vormizeele CDU 1764 C

Claudius Lieven GAL 1765 C, 1768 C

Dr. Michael Freytag, Senator 1766 D

Beschluss 1769 A

Besprechung erfolgt 1769 A

Große Anfrage der Fraktion der GAL:

**Zukunft der Film- und
TV-Stadt Hamburg**

– Drs 18/2245 – 1769 A

Farid Müller GAL 1769 B, 1771 D

Roland Heintze CDU 1770 B

Uwe Grund SPD 1771 B

Beschluss 1772 B

A **Beginn: 15.01 Uhr**

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, die Plätze einnehmen zu wollen.

Die Sitzung ist eröffnet.

Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats haben sich die Fraktionen darauf verständigt, zwei Debattenpunkte miteinander zu tauschen. Die ursprünglich für heute vorgesehene Debatte zu TOP 31, Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 18/2076, findet morgen statt. Die für morgen vorgesehene Debatte zu TOP 4, Große Anfrage der SPD zu Pflegedienstleistungen, wurde dafür auf den heutigen Tag verlegt.

Darüber hinaus haben die Fraktionen beschlossen, die Tagesordnung um drei weitere Punkte zu ergänzen. Es handelt sich zum einen um die Wahl eines ehrenamtlichen Mitglieds der Kommission für Bodenordnung. Ich wurde gerade unterrichtet, dass diese Wahl erst morgen stattfinden soll. Es handelt sich um die Drucksache 18/2463.

Außerdem wurde die Tagesordnung um zwei interfraktionelle Anträge ergänzt. Dabei handelt es sich um die Drucksachen 18/2464 und 18/2465, die nachträglich als Tagesordnungspunkte 51 und 52 aufgenommen worden sind.

Wir kommen nunmehr zur

Aktuellen Stunde

B Dazu sind drei Themen angemeldet worden, und zwar von der SPD-Fraktion

CDU-Politik in Hamburg: Beschäftigte verkauft und verraten!

von der GAL-Fraktion

Entmachtung auf Raten – Sportsenatorin nicht weltmeisterschaftsfähig

und von der CDU-Fraktion

Politik für Familien – Erfolg für die wachsende Stadt

Ich rufe sodann das erste Thema auf. Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Schäfer.

Dr. Martin Schäfer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

"Eine Stadt blutet aus"

So heute – zu Recht – die Titelseite der "Hamburger Morgenpost". Dort wird auch aufgezählt, an welchen Stellen und durch welches Handeln beziehungsweise Nichthandeln dieses Senats die Arbeitsplatzsituation von Industriearbeitsplätzen aufs Höchste gefährdet ist und gefährdet bleiben wird.

Ich möchte unter den vier Beispielen, die dort angeführt sind, wie nicht weiter verwunderlich sein dürfte, insbesondere eines aufgreifen, um daran aufzuzeigen, auf welche Art und Weise Versprechungen des Senats, beziehungsweise Ankündigungen, beziehungsweise sichere Abmachungen sehr schnell ihre Gültigkeit verlieren und das, was uns allen noch im Brustton der Überzeugung

vorgetragen wurde, innerhalb kürzester Zeit zur Makulatur wird.

Beim Verkauf des LBK sollten insgesamt vier Ziele erfüllt werden: die medizinische Versorgung auf hoher Qualität zu sichern, den Standort Hamburg als gesundheitspolitischen Standort weiterzuentwickeln, die Beschäftigung zu sichern und auszubauen und die finanzielle Sicherheit einzubauen, das heißt, den Haushalt von künftigen Risiken zu entlasten.

So Senator Peiner im Oktober letzten Jahres in der gemeinsamen Sitzung von Haushalts- und Gesundheitsausschuss zum Verkauf des LBK.

Von Sicherung und Ausbau der Beschäftigung kann beim besten Willen keine Rede sein.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die ersten 300 Stellen fallen dieses Jahr weg. 300 Stellen bedeuten in diesem Zusammenhang mehr als 300 Menschen, weil man auch Teilzeitbeschäftigte mitberücksichtigen muss. Die nächsten 1000 Stellen werden aller Voraussicht nach im nächsten Jahr wegfallen, und zwar – so der Bürgermeister selbst – möglicherweise im Zuge betriebsbedingter Kündigungen. Dazu das nächste Zitat, jetzt aus der Verkaufsdrucksache. Unter der Überschrift "Sicherung von Arbeitsplätzen beim LBK Neu" steht als erster Punkt:

"... wurde der Investor zu folgenden Maßnahmen verpflichtet: Unterlassung jeglicher betriebsbedingter Kündigungen bis zum Ende des Jahres 2005 ..."

– das wird eingehalten –

"... sowie darüber hinaus in jedem Geschäftsjahr bis einschließlich 2009, wenn das Plan-EBITDA der Gesellschaft des jeweils vorangegangenen Geschäftsjahres erreicht werden wird, ..."

Das bedeutet, der Senat rechnet damit, dass diese Ergebnisse nicht erreicht werden. Das hat dann aber auch wieder andere Auswirkungen im Hinblick auf den vierten Punkt, der eben zitiert wurde, zukünftige Haushaltsrisiken auszuschalten. Wenn diese Planungen nicht erreicht werden, kann der Verkaufspreis von angeblich 318 Millionen Euro um bis zu 75 Millionen Euro gekürzt werden. Das wurde schon einige Male von dieser Stelle aus angesprochen, kritisiert und auch angekündigt, dass das so kommen würde. Das wurde jedes Mal abgestritten und uns und vor allen Dingen den Menschen draußen in der Stadt wurde vorgegaukelt, alles würde zum Besten stehen. Das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Zwei der vier zitierten strategischen Ziele haben Sie heute schon nicht erreicht, sondern verfehlt.

Der nächste Punkt ist die Verunsicherung der Beschäftigten. Nicht nur bei den LBK-Beschäftigten, sondern darüber hinaus bei allen Beschäftigten der Hamburger Krankenhäuser geht die Stimmung zu Recht nach unten, denn die Art und Weise, wie der Senat sich verhält – keine Klarstellung, keine Richtigstellung, alles offen lassen, nichts deutlich machen –, kann nur dazu führen, dass die Verunsicherung weiter zunimmt. Das hat dann möglicherweise noch eine weitere Folge.

Es gibt das Rückkehrrecht und die Frage, ob davon Gebrauch gemacht wird oder nicht. Auch dazu eine Ein-

C

D

A schätzung des Senats, die man sich auf der Zunge zergehen lassen muss:

"Der Senat geht davon aus, dass es gelingt, die Zahl der Rückkehrwilligen sehr klein zu halten,

(*Michael Neumann SPD*: Weil er sie vorher raus-schmeißt!)

da im Privatisierungsprozess die berechtigten Interessen der Arbeitnehmerseite berücksichtigt worden sind und durch die Beteiligung eines strategischen Partners attraktive betriebliche Perspektiven im LBK NEU eröffnet wurden."

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Sie müssen zum Schluss kommen.

Dr. Martin Schäfer (fortfahrend): Diese attraktiven betrieblichen Perspektiven lauten: Mehr Arbeit für weniger Geld und es müssen weniger Menschen diese Arbeit machen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Krüger.

Harald Krüger CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dass die SPD, die dieses Thema auf die Tagesordnung gebracht hat, in dieser Form diskutieren mag,

B (*Michael Neumann SPD*: Ist gut und richtig!)

ist ein deutliches Beispiel dafür, wie gering ihre wirtschaftliche Kompetenz ist und dass man ihr in Hamburg die wirtschaftliche Verantwortung nicht geben darf.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Ihre Kompetenz besteht darin, die Menschen in die Arbeitslosigkeit zu bringen!)

Im Bund ändert sich das hoffentlich in den nächsten Wochen.

Der SPD-Senat hat den LBK seinerzeit in die Selbstständigkeit entlassen und zu diesem Zeitpunkt bereits gewusst, dass der LBK in dieser Form nicht handlungsfähig ist. Ich weiß nicht, ob der eine oder andere von Ihnen es sich angetan hat, im vergangenen Jahr das Rechnungshofgutachten zu pflegen & wohnen und dem LBK anzuschauen. Ich empfehle Ihnen diese hoch interessante Lektüre. Darin können Sie Ihre eigenen Sünden noch einmal nachlesen.

All die Jahre ist vom LBK erwartet worden, dass er medizinische Leistungen erbringt, aber Sie haben aus Angst vor unpopulären Maßnahmen nie Entscheidungen getroffen, die erforderlich gewesen wären, um ihn zu stabilisieren.

Damit Sie sich noch einmal erinnern, Folgendes – ich möchte insbesondere die SPD bitten, sich das hinter die Ohren zu schreiben: Bis zum Jahresende 2004 hatte der LBK Verbindlichkeiten in einer Größenordnung von annähernd 1 Milliarde Euro angehäuft. Da mir bekannt ist, dass Sie manchmal Schwierigkeiten haben, sich finanzielle Größenordnungen vorzustellen: Das ist eine eins mit neun Nullen.

(*Michael Neumann SPD*: Und da drüben sitzen die Nullen!)

Die einzige Konsequenz, die man daraus ziehen konnte, war, dass eine Privatisierung erfolgt. Der neue Betreiber hat ein hoch verschuldetes Unternehmen übernommen. Es ist ganz simpel: Wenn man ein hoch verschuldetes Unternehmen übernimmt, dann müssen auf der einen Seite die Einnahmen steigen und auf der anderen Seite muss man die Kosten senken. So banal ist das und genau das sieht das Projekt "10 Prozent" des LBK vor.

(Zuruf von *Michael Neumann SPD*)

– Ja, Herr Neumann, das ist genau das, was Sie können, unqualifizierte Zwischenrufe. Hören Sie einfach erst einmal zu.

(Beifall bei der CDU)

10 Prozent, Herr Neumann – das ist der zehnte Teil – bedeuten: Höhere Einnahmen durch mehr Patienten, durch konsequentere Abrechnungen, 10 Prozent niedrigere Sachkosten und – in der Tat – auch 10 Prozent niedrigere Personalkosten.

Die Notwendigkeit, Personal abzubauen, hat übrigens schon der alte LBK-Vorstand beschlossen. Was wir in den letzten Tagen aus den Zeitungen erfahren konnten, im Jahr 2005 würden ungefähr 300 Stellen abgebaut, ist nicht etwa das Ergebnis von Asklepios, sondern das hatte der alte LBK-Vorstand, der meines Wissens zu Ihrer Zeit installiert worden ist, festgelegt. Es wird also das vollzogen, was aus der Vergangenheit übernommen worden ist. Dass Ver.di oder Herr Rose, der an diesen Beschlüssen beteiligt war und sie durchgewinkt hat, sich heute daran erinnert, hat vielleicht – das ist meine Vision – auch etwas mit Wahlkampf zu tun. Eine redliche Entschuldigung ist es eindeutig nicht, es sei denn, er hat Erinnerungslücken.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: So gehen Sie mit Menschen um!)

Wir sprechen vom Stellenabbau in der Verwaltung. Ich meine, Krankenhäuser sind dazu da, um Kranke zu pflegen, und nicht, um sich zu verwalten. Insofern ist es naheliegend, sich diesen Bereich anzusehen. Ich rede von Menschen, Herr Neumann. Es ist nicht von Kündigungen die Rede, sondern diese 300 Maßnahmen finden durch Fluktuation statt, durch freiwillige Maßnahmen, durch Gewährung von Abfindungen. Es wird niemand entlassen, das ist deutlich erklärt.

Der neue LBK-Vorstand hat jetzt für die Jahre 2006 bis 2009 mittelfristige Planungen vorgestellt. Er hat sie nicht beschlossen. Herr Rose hat offensichtlich immer wieder Erinnerungslücken, sonst hätte er etwas anderes berichtet. Diese Planungen – Herr Neumann, wir reden über Menschen –, sehen weniger Personalabbau vor, als der alte LBK vorgesehen hat. Das ist eindeutig richtig. Fragen Sie Herrn Rose und wenn er sich nicht erinnert, soll er in die Protokolle schauen. Er ist ja auch sonst bereit, darüber zu plaudern.

(*Michael Neumann SPD*: Haben Sie die Protokolle gelesen? Woher kennen Sie die denn?)

Wir sprechen also in der mittelfristigen Planung eindeutig über weniger Stellenabbau. Das ist genau das Gegenteil. Wenn ich von 10 Prozent mehr Patienten spreche, heißt das, dass mehr Menschen versorgt werden müssen und

- A dafür mehr medizinisches Personal benötigt wird. Wenn Sie richtig gelesen hätten, hätten Sie festgestellt – auch das wird Herr Rose Ihnen sicherlich bestätigen –, dass der medizinische Bereich ausgebaut werden soll. Wir sprechen also eher von einem Personalumbau.

Herr Dr. Schäfer, Sie sprachen eben gerade von interessanten Perspektiven. Genau das ist es. Der LBK bietet interessante Perspektiven für Ärzte und Krankenschwestern. In allen Krankenhäusern – übrigens nicht nur in Hamburg, sondern auch in anderen Bundesländern, beispielsweise in Nordrhein-Westfalen – ...

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Sie müssen zum Schluss kommen.

(*Michael Neumann SPD*: Gute Entscheidung, Herr Präsident!)

Harald Krüger (fortfahrend): Akzeptieren Sie die Privatisierung, akzeptieren Sie endlich verantwortungsbewusstes Handeln und schnelle Entscheidungen durch den neuen Betreiber. Herr Neumann, werfen Sie nicht mit Dreck, den Sie selbst aufgehäuft haben.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Kerstan.

- B **Jens Kerstan** GAL: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Die angekündigte Schließung der Aluminiumhütte in Hamburg ist ein schwerer Schlag für die Beschäftigten in Hamburg. Leider ist dieser Fall keine Ausnahme, er ist das letzte Glied in einer ganzen Reihe von Entscheidungen gegen den Standort Hamburg.

(*Karl-Heinz Warnholz CDU*: Und für fünf Millionen Arbeitslose!)

Es begann mit der Übernahme von Holsten durch den Investor Carlsberg aus Dänemark, die Zerschlagung von Phoenix durch Continental und nun ist die Schließung der Aluminiumhütte beschlossene Sache.

(*Hartmut Engels CDU*: Wer ist denn der Energiepreistreiber? Das sind Sie doch!)

All diese Unternehmen und Investoren haben Ihre Schächten ins Trockene gebracht, zulasten der Beschäftigten, die zu hunderten ihren Job verloren haben.

(Zurufe von der CDU)

Der gemeinsame Nenner in diesen Fällen ist Wirtschaftssenator Uldall, der erst sehr spät und sehr halbherzig, praktisch im letzten Akt dieses Trauerspiel

(Unruhe im Hause – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren, so geht es nicht. Sie können sich gern alle zu Wort melden. Jetzt hat der Abgeordnete Kerstan das Wort.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Jens Kerstan (fortfahrend): Wirtschaftssenator Uldall trat erst in letzter Minute in diesen Trauerspielen auf, mit halbherzigen Maßnahmen, meine Damen und Herren.

(*Hartmut Engels CDU*: Das ist doch gelogen! und *Zuruf von Olaf Böttger CDU*)

Die Nöte der Beschäftigten waren ihm keinerlei Taten wert.

(Unruhe – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine letzte Anmerkung gilt auch für die Abgeordneten Engels und Böttger.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der SPD)

– Fahren Sie bitte fort.

Jens Kerstan (fortfahrend): Die Nöte der Beschäftigten waren Senator Uldall keine Taten wert, es reichte nur zu müden Appellen an die Eigentümer der betroffenen Unternehmen.

Auch beim LBK spielen die Belange der Beschäftigten auf einmal keine Rolle mehr. Der neue Eigentümer Asklepios plant im Moment massiven Stellenabbau, obwohl das in dem Vertrag, den die Stadt vor sechs Monaten unterschrieben hat, vertraglich ausgeschlossen ist. Entlassungen sind vertraglich an bestimmte Bedingungen geknüpft, die bisher alle in keinem einzigen Fall erfüllt sind. Was tut der Senat? Besteht der Senat darauf, dass der Investor seine Zusagen einhält? Nein, anstelle zu versuchen die Entlassungen zu verhindern, denkt der Senat darüber nach, dem Investor in dieser Situation die Alleinherrschaft zu überlassen. Das ist perfide und das ist verantwortungslos.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Deutlich wird, dass der Konflikt mit den Beschäftigten beim LBK keine Panne ist, sondern er ist das Programm. Dieser Senat will die Nöte des LBK, die durch Versäumnisse der Politik begründet sind, indem die Politik über Jahrzehnte hinweg für die Beschäftigten keine Rücklagen für die Alterspensionen gebildet hat, einseitig zulasten der Beschäftigten lösen. Dabei will sich der Senat aber nicht selber die Hände schmutzig machen. Das unappetitliche Geschäft soll ein privater Investor erledigen damit der Senat seine Hände in Unschuld waschen kann.

Aus den Akten geht deutlich hervor, dass der Senat einen Investor gesucht hat, der den Konflikt mit den Beschäftigten sucht.

In einem Vermerk zu den Verkaufsverhandlungen hat die WestLB die verschiedenen Angebote der Investoren verglichen. Einer der unterlegenen Investoren, so wurde dort geschildert, hat bei Sanierungsfällen stets in Übereinstimmung mit den Beschäftigten und mit den Gewerkschaften gehandelt. Die Bewertung der WestLB war, dass dies ein negativer Punkt des Angebots und ein Ausschlusskriterium sei. Dieser Investor ist darum unter anderem nicht berücksichtigt worden. Der Senat hat dagegen Asklepios ausgewählt, ein Unternehmen, das in der Branche dafür bekannt ist, stets im Konflikt mit den Beschäftigten und gegen die Gewerkschaften zu agieren.

Sie haben den LBK aus ideologischen Gründen verkauft und diesen Investor gesucht. Sie haben auch deshalb dem Preis keine Bedeutung beigemessen. Sie haben den LBK "für'n Appel und'n Ei" verschleudert. Der Investor bekommt vertragswidrig freie Hand gegen die Interessen der Beschäftigten und nun sind Sie auch noch dabei, den letzten Wunsch des Investor aus einer langen Liste von

- A Wünschen zu erfüllen, die Sie ihm bereits erfüllt haben. Es geht dabei darum, dass dieser Investor noch nicht einmal eines der sieben Häuser des LBK verkaufen soll. Sie schieben dort – unehrlich wie Sie in Ihrer ganzen Argumentation sind – die Entscheidung des Kartellamts vor. Das ist nun wirklich ein ganz billiges Ablenkungsmanöver dieses Senats.

Meine Damen und Herren, es gibt im Moment keinen Grund, den LBK nicht zu verkaufen. Denn das Kartellamt fordert nur das, was der Senat in den Verträgen schon längst geregelt hat, nämlich dass ein Haus verkauft werden muss.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Sie müssen zum Schluss kommen.

Jens Kerstan (fortfahrend): Ich komme zum Schluss.

Der Senat will sich entgegen aller Versprechen komplett aus der Verantwortung für den Gesundheitsstandort Hamburg verabschieden und die Interessen des LBK und der Patienten nicht mehr berücksichtigen. Sie können gegen die Interessen der Beschäftigten keinen wirtschaftsfreundlichen Standort Hamburg schaffen. Mit dieser Strategie werden Sie als Senat scheitern.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder: Herr Abgeordneter, wir haben unterschiedliche Vorstellungen von "Schluss".

- B (Beifall bei der GAL und der SPD)

Das Wort bekommt Senator Dräger.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Heißt der Uldall?)

Senator Jörg Dräger: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unternehmen wie auch der LBK befinden sich in einem schwierigen Umstrukturierungsprozess. Doch durch Fehlinformationen und Verunsicherungen – ich meine hier die von Opposition und Ver.di angestoßene Debatte – handeln Sie von der SPD weder im Sinne der Arbeitnehmer noch im Sinne der Gesundheitsversorgung unserer Bürger.

(Beifall bei der CDU – Dr. Andrea Hilgers SPD: Haltet den Dieb!)

Wenn Sie sich jetzt von Ver.di instrumentalisieren lassen für die in wenigen Tagen beginnenden Tarifverhandlungen – nichts anderes ist Ihnen gerade unterlaufen –, geht Ihnen der Blick für das Wesentliche schlichtweg verloren.

(Beifall bei der CDU – Dr. Andrea Hilgers SPD: So ein Nonsens!)

Den Grund, meine Damen und Herren von der Opposition, warum wir einen Partner für den LBK brauchten, den scheinen Sie lieber vergessen zu wollen. Der LBK war und ist kein gesundes Unternehmen, sondern macht seit Jahren Verluste.

Wenn Sie von der SPD-Bürgerschaftsfraktion jetzt fragen, ob der Senat die Wahrheit gesagt oder – wie Herr Schäfer eben – seine Ziele erreicht habe, dann zeigen Sie doch nur, dass Sie die Debatten der letzten Jahre nicht allzu interessiert verfolgt haben.

(Michael Neumann SPD: Das ist Majestätsbeleidigung!) C

Wie häufig waren Sie, Herr Neumann, oder auch Herr Dr. Petersen im Haushalts- oder Gesundheitsausschuss, als es um die Klärung der Sachfragen ging.

(Unruhe bei der SPD)

Ich kann mich jedenfalls nicht daran erinnern, Sie dort gesehen zu haben.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Dort hätten Sie zur Kenntnis nehmen müssen, dass der LBK fast 500 Millionen Euro Schulden angehäuft hatte, dass er in den letzten fünf Jahren fast 60 Millionen Euro Defizit pro Jahr gemacht hat – das übrigens nicht nur durch die Altersversorgung –

(Michael Neumann SPD: Was gilt denn jetzt: 1 Milliarde Euro oder 500 Millionen Euro?)

und dass ein verantwortungsvoll handelnder Senat und auch, Herr Neumann, ein verantwortungsvoll handelndes Parlament nicht an diesen Tatsachen vorbeischaun darf.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben nie gesagt, dass mit der Teilprivatisierung alleine alle Probleme von einem auf den anderen Tag erledigt seien, dass dann gleichsam sofort eine goldene Ära beginne. Das geht schon deswegen nicht, da die Erlöse der Hochleistungskliniken – übrigens dank rotgrüner Politik in Berlin – sinken und nicht steigen sollen. In Berlin an der Erlösschraube drehen, in Hamburg gleichzeitig mehr Arbeitsplätze fordern, das, Herr Kerstan, wird Ihnen niemand mehr abnehmen, weder bei den Aluminium-Werken noch beim LBK. D

(Beifall bei der CDU)

Wir haben aber immer gesagt, dass die Zeiten ewiger Verluste vorbei sein müssen, denn sie gefährden das Unternehmen und die Gesundheitsversorgung in Hamburg. Wir werden es uns als Staat nicht leisten können, alle Forderungen von Ver.di zu erfüllen,

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Ne, die von Asklepios!)

denn die Zeche lassen die dann gerne andere zahlen, nämlich den Hamburger Steuerzahler.

(Beifall bei der CDU)

Nehmen Sie ein aktuelles Beispiel aus dem UKE. Da wird gemeinsam vom Vorstand und Ver.di veranlasst, ein Gutachten zur wirtschaftlichen Situation zu erstellen, um mögliche Notmaßnahmen beschließen zu können. Das Resultat: Erstens würden, ohne dass das Ruder herumgerissen würde, riesige Millionenverluste pro Jahr anfallen, zweitens sei das kein wirtschaftlicher Notstand, solange die Gewährträgerhaftung der Freien und Hansestadt Hamburg gelte.

Mit anderen Worten: Was kümmert uns, dass unser Betrieb nicht wirtschaftlich arbeitet, wir haben ja die Stadt, die für alles zahlt.

Diese vermeintliche Interessenpolitik spiegelt nicht einmal mehr die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wider, die einen zukunftsfähigen Arbeitsplatz haben wollen. Diese Politik spiegelt auch nicht das Interesse der Steuerzahler wider, deren Belastungsgrenze längst erreicht wird. Eine solche Verantwortungslosigkeit

- A – das, Herr Schäfer, wäre Ausbluten der Stadt gegenüber Unternehmen, Bürgern und Mitarbeitern – kann und wird es mit uns weder beim LBK noch beim UKE geben.

(Beifall bei der CDU)

Die Geschäftsführung des LBK hat uns als Gesellschafter deswegen informiert, dass für das Jahr 2005 erstens der Abbau von 300 Stellen ohne betriebsbedingte Kündigungen vorgesehen ist – genau wie in den Planungen des alten LBK, beschlossen übrigens seinerzeit ohne Gegenstimme der Arbeitnehmer – und dass zweitens, abhängig vom Ergebnis der Tarifverhandlungen, mittelfristig gegebenenfalls ein weiterer Abbau von 400 Stellen für notwendig erachtet wird. Das wäre übrigens ein geringerer Abbau als der alte LBK geplant hatte. Drittens setzt sich die Geschäftsführung sehr ambitionierte Ziele zur Umsatzsteigerung, um durch mehr und durch neue Leistungen auch mehr Arbeitsplätze erhalten und schaffen zu können.

Entscheidend ist nur gegenüber den vorigen Planungen, dass der Abbau laut Geschäftsführung nicht dort erfolgen soll, wo die Gesundheitsversorgung erbracht wird, also nicht bei Ärzten oder bei dem Pflegepersonal. Im Gegensatz soll dort sogar noch eingestellt werden. Der Abbau soll insbesondere im Bereich der Verwaltung und des Service geschehen. Auch das ist schwierig, stellt aber richtigerweise die Gesundheitsversorgung für Hamburg in den Vordergrund.

Dieser weiterhin nötige und auch schmerzhaft Veränderungsprozess im LBK zeigt die Herausforderungen der Branche. Auch in der Vergangenheit wurde auf jede sich verschlechternde Rahmenbedingung – egal ob von Politik oder Kassen vorgegeben – mit einem Konsolidierungsprogramm agiert. Dem Unternehmen, den Mitarbeitern, auch der Politik übrigens, wurde in Aussicht gestellt, dass nach den schmerzhaften Veränderungen die Talsohle durchschritten wäre und Licht am Ende des Tunnels sichtbar würde. Noch bevor das Ziel erreicht wurde, verschlechterten sich die Rahmenbedingungen abermals und der Prozess musste wieder von vorne beginnen.

Diesen ständigen Anpassungsprozess hat der LBK, haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LBK seit Jahren geleistet und er hat trotzdem nicht ausgereicht, dem LBK und damit der Gesundheitsversorgung der Hamburgerinnen und Hamburger eine langfristige Perspektive zu geben.

Deshalb bin ich froh, dass wir mit einem neuen Partner – jetzt trotz des nötigen Umbaus – insbesondere die Chance auf mehr Wachstum und eine bessere Zukunftsfähigkeit von Unternehmen und Standort haben.

Uns geht es hier um ein verantwortungsvolles Abwägen von Chancen und Risiken. Das Gleiche gilt auch für die Auflagen des Kartellamtes.

Wir haben jetzt zwei Optionen bekommen, um den Partner Asklepios in den LBK aufnehmen zu können: Entweder müssen wir eines der sieben Häuser verkaufen oder als Stadt unseren erheblichen wirtschaftlichen Einfluss reduzieren.

(Glocke – *Werner Dobritz SPD*: Das wollen Sie doch auch!)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Böwer?

Senator Jörg Dräger (fortfahrend): Nein.

(*Uwe Grund SPD*: Ihre Redezeit ist doch sowieso um!)

Lassen Sie mich trotz aller politischen Schwierigkeiten sehr deutlich sagen: Hat man zwei Optionen, wäre es fahrlässig, sie nicht beide sorgfältig zu prüfen. Nichts anderes tun wir im Moment und wir werden uns wie bisher in der Entscheidung an den klaren, eben von den Vorgängerrednern genannten unbestrittenen Zielen messen lassen.

Ihnen, meine Damen und Herren, von der Opposition, mag es um die große Schlagzeile mit kurzer Lebensdauer gehen. Uns geht es um eine langfristige Sicherung von Arbeit, Gesundheit und der Zukunft unserer Bürger. – Danke.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Herr Senator, ich habe darauf hinzuweisen, dass Sie soeben 160 Prozent der Redezeit eines Abgeordneten in Anspruch genommen haben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU: Das ist gut so!)

Herr Egloff, Sie haben das Wort.

Ingo Egloff SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zu einem anderen Punkt, was die Beschäftigten in dieser Stadt angeht, sprechen. Herr Kerstan hat es auch schon angesprochen und Ihre Unruhe hat mir gezeigt, dass Sie an der Stelle auch ein schlechtes Gewissen haben:

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das ist das Trauerspiel um die Hamburger Aluminium-Werke. Die Vorgänge um die Hamburger Aluminium-Werke zeigen das völlige Versagen des Senats bei der Sicherung des Industriestandorts Hamburg.

(Beifall bei der SPD)

Seit zwei Jahren wissen wir, dass es Probleme mit der Energieversorgung und der Grundstoffindustrie gibt. Seit zwei Jahren zeichnet sich der Senat durch Tatenlosigkeit aus.

(*Bernd Reinert CDU*: Seit 7 Jahren treiben Sie die Strompreise hoch!)

Seit zwei Jahren gefällt sich der Wirtschaftssenator in der Rolle des Moderators, der zwischen Energieversorgung und Industrie vermitteln will und seit zwei Jahren passiert nichts.

(Beifall bei der SPD)

Sehenden Auges ist dieser Senat in die Katastrophe gelaufen und der Bürgermeister findet an dieser Stelle mal wieder nicht statt. Es interessiert ihn anscheinend nicht, was mit dem Industriestandort Hamburg passiert. Das hat ihn bei Phoenix nicht interessiert und hier interessiert es ihn anscheinend auch nicht.

(Beifall bei der SPD)

Und nun, wo es eigentlich schon fünf Minuten nach zwölf ist, wird der Bürgermeister wach. Angeblich hat er ja schon lange heimlich Gespräche geführt und verhandelt.

(*Michael Neumann SPD*: Wie bei Phoenix!)

C

D

- A Herr von Beust, das glaubt Ihnen in dieser Stadt niemand.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben in der "Bild"-Zeitung selbst verkündet, wie kraftvoll Sie in dieser Sache agiert haben. Sie haben einen Brief an den Vorstandsvorsitzenden von Norsk Hydro geschrieben, immerhin schon letzte Woche Donnerstag. Das hätten Sie vor einem Jahr tun müssen.

(Beifall bei der SPD)

Und ansonsten werden Sie mit dem Herrn auch noch einmal telefonieren.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Wie schön!)

Herr Uldall soll es dann wieder mit Vattenfall richten, was er seit zwei Jahren nicht hingekriegt hat, und natürlich hoffen Sie, dass die Bundesregierung für Sie die Kohlen aus dem Feuer holt, weil Sie dazu nicht in der Lage sind.

(Beifall bei der SPD – Marcus Weinberg CDU: Sie haben sie ja auch reingeschmissen!)

– Herr Weinberg, wenn Sie in den Bundestag wollen, dann sollten Sie sich einmal über die Frage der Energiepolitik richtig informieren. Dann würden Sie wissen, dass es nicht an Windenergie und regenerativer Energie liegt, sondern daran, dass die Liberalisierung des Energiemarkts nicht funktioniert hat und die Energieversorgungsunternehmen versuchen, Extraprofite zu machen; das macht den Industriestandort Deutschland kaputt.

- B (Beifall bei der SPD und Zurufe von der CDU)

Sie jedenfalls, Herr von Beust, haben in dieser Frage voll und ganz versagt und die Arbeitnehmer und ihre Familien in dieser Stadt haben das auszubaden. Dieser Senat hat in der Industriepolitik keine Linie, kein Konzept, keine Vorstellungen. Sie haben weder einen Plan, wie es weiter gehen soll, was passieren muss, um die Grundstoffindustrie an diesem Standort zu retten, noch haben Sie einen Plan, wie ein zukünftiges Energiekonzept aussehen soll. Es reicht nicht, Herr Uldall, dass Sie immer auf die regenerative Energie schimpfen, die ideologische Brille aufsetzen,

(Karen Koop CDU: Wer hat denn die ideologische Brille auf?)

über das Auslaufen der Kernenergie lamentieren, ohne selbst ein Konzept zu haben, wie Sie den Energiepark in Norddeutschland in den nächsten zehn Jahren erneuern wollen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ideologie, Herr Uldall, ersetzt keine Handlung. Es gab schon einmal eine Situation in dieser Stadt – das ist nicht ganz zwei Jahre her, das haben viele vielleicht schon vergessen –, da haben Sie und Herr Peiner versucht, aus ideologischen Gründen den Werften die Wettbewerbshilfe zu streichen; auch ein wichtiger Teil der Industrie in dieser Stadt. Damals standen 3000 Arbeitsplätze auf der Kippe. Und am 30. Dezember 2003, sozusagen in letzter Minute, hat dieses Haus diese Arbeitsplätze mit einem Beschluss gerettet, weil Ihr damaliger Koalitionspartner FDP weniger ideologisch verblendet war als Sie.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

C Es genügt auch nicht, sich über den Ansiedlungserfolg von Airbus zu freuen – der ist ja nicht Ihr Erfolg, da haben Sie sich ins gemachte Nest gesetzt –, das ersetzt keine Industriepolitik.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Was wir brauchen, ist eine klare Vorstellung, welche Industriezweige entwickelt werden sollen; wir haben diesen Masterplan Industriepolitik genannt. Hier hat eine aktive staatliche Ansiedlungspolitik anzusetzen, hier hat eine darauf abgestimmte Energiepolitik diese Maßnahmen zu flankieren, denn eine Stadt ohne Industrie – wir haben nur 17 Prozent Arbeitnehmer in diesem Bereich – wird auch als Dienstleistungsmetropole keinen Erfolg haben. Dazu muss man aber ein Konzept haben, die ideologische Brille absetzen und sich in die Niederungen der Politik und Verhandlungen begeben. Das ist eben schwieriger, als bunte Bänder durchzuschneiden. Wenn Sie nicht wissen, wie es geht, fragen Sie Ihre Vorgänger.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senator Uldall.

Senator Gunnar Uldall: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach dieser Wahlkampfauftritte durch Sie, Herr Egloff, sollten wir wieder zu etwas mehr Ruhe und Sachlichkeit hier im Parlament finden.

(Zurufe von der SPD und der GAL)

Diese Minuten bitte ich bei meiner Redezeit abziehen.

Herr Kerstan hat eben gesagt, ich hätte mich in letzter Minute eingeschaltet. Herr Egloff hat neulich in einer Zeitung erklärt, ich wäre erst seit Donnerstag mit diesem Thema beschäftigt. Deswegen wird es Sie interessieren zu hören, dass ich mich seit

(Jörg Lühmann GAL: Mittwoch!)

dem 23. April 2004 mit diesem Thema sehr engagiert auseinander gesetzt habe.

(Michael Neumann SPD: Gestern waren es noch zwei Jahre!)

– 23. April 2003.

Nun habe ich eine sehr fleißige und tüchtige Sekretärin, die sich einmal hingesetzt und durchgezählt hat, wie viele Besuche und Gespräche ich geführt habe, und sie hat über 20 Termine in dieser Sache festgestellt. Dieses zeigt, mit welchem Engagement wir hier gearbeitet haben.

(Beifall bei der CDU – Dr. Andrea Hilgers SPD: Eigenlob stinkt!)

Wenn Sie jetzt behaupten, diese zwei Jahre wären erst die letzte Minute, dann zeigt es, dass Sie nie Kontakt mit dem Betriebsrat oder mit der Geschäftsführung in dem Unternehmen gehabt haben, sondern sich lediglich vom grünen Tisch aus mit diesem Thema beschäftigt haben, Herr Egloff.

(Beifall bei der CDU)

Nun gibt es wahrscheinlich einen wesentlichen Unterschied, wie wir Gespräche führen, wie Sie sie in der Politik wahrscheinlich nicht führen würden und Herr Kerstan

- A würde es wahrscheinlich auch ganz anders machen. Wenn Sie Erfolg bei einer Verhandlung mit Unternehmen haben wollen, dann müssen Sie absolute Vertraulichkeit wahren.

(*Michael Neumann SPD: Phoenix!*)

Und wenn Sie es anders machen, dann gewinnen Sie zwar irgendwo eine Schlagzeile, aber nicht die Arbeitsplätze, die Sie brauchen.

(Zuruf von der GAL: Die haben Sie auch verloren!)

Niemals würden Sie, lieber Herr Egloff, auf den Gedanken kommen, wenn Sie für Ihr Unternehmen, eine ange-sehene Versicherung, eine Verhandlung zu führen hätten, diese Verhandlung über die Zeitung oder über das Fern-sehen zu führen, sondern Sie würden natürlich eine sol-che Sache immer vertraulich führen. Ich kann allen Ham-burger Unternehmern nur sagen, auch in Zukunft werden sie, wenn sie sich mit Sorgen bei diesem Wirtschafts-senator melden, bei mir mit absoluter Vertraulichkeit rechnen können.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD: Politik der ruhigen Hand, oder was?*)

Nachdem sich abzeichnete, dass die Schließung des Unternehmens kurzfristig erfolgen würde, haben wir uns ein kurzfristig zu realisierendes Ziel gesetzt, das der Bürgermeister und ich in enger Absprache gemeinsam verfolgt haben. Wir haben gesagt, die Entscheidung über das endgültige Aus dürfe nicht am 20. Juni fallen, son-derm diese Entscheidung müsse hinausgeschoben wer-den.

- B (*Gesine Dräger SPD: Nach der Bundestagswahl!*)

Und hier, das mag Ihnen jetzt nicht ins Debattenkonzept passen, sind wir erfolgreich gewesen. Gott sei Dank ist am 20. Juni, dem vergangenen Montag, das Fallbeil nicht endgültig heruntergesaut, sondern wir haben es noch einmal geschafft, einen Spalt in der Tür offen zu lassen, den wir jetzt nutzen müssen, um diese kleine Chance in jedem Fall nutzen zu können. Sie werden in mir nie je-manden finden, der einfach sagt, es sei alles so kompli-ziert oder die Wahrscheinlichkeit, dass wir erfolgreich sind, sei mir zu gering, ich kümmere mich jetzt nicht mehr darum, sondern von mir wird sehr energisch an diesem Ziel weitergearbeitet werden. Ich werde Sie, lieber Herr Egloff, nicht über jeden einzelnen Schritt durch die Ham-burger Zeitungen informieren.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD: Das ist ja ganz was Neues!*)

Wenn heute die Türen für die Verhandlungen auch nur einen schmalen Spalt offen stehen – aber sie stehen offen –, so ist das auf drei Bemühungen zurückzuführen, die wir als Senat erfolgreich angestellt haben, zunächst einmal die Änderung des Energiewirtschaftsrechts auf Initiative Hamburgs im Bundesrat.

(*Christian Maaß GAL: Wer hat denn das be-schlossen, Herr Uldall? Waren Sie nicht dabei?*)

Ich habe in jedem einzelnen Fall mit den Länderwirt-schaftsministerkollegen hierüber telefoniert und eine Änderung erreicht, und das hat – das kann ich wirklich sagen – ein früherer Senator mit Sicherheit noch nie gemacht.

(Beifall bei der CDU)

Der zweite Punkt, weswegen wir die Tür noch nicht end-gültig haben zuklappen sehen, ist, dass mir am 3. Juni von Vattenfall die Zusage gegeben wurde, dass dieser Rabatt gewährt werden müsste. Das war ein zweiter Erfolg, über den wir uns freuen können.

Drittens ist es dem Bürgermeister und mir gelungen, durch Briefe, Gespräche und Telefonate unmittelbar vor der entscheidenden Sitzung in den vergangenen Tagen sicherzustellen, dass noch einmal ein weiteres Angebot von HEW-Vattenfall vorgelegt worden ist.

Wenn diese drei Erfolge nicht erzielt worden wären, dann weiß ich nicht, wie das Ergebnis der Beratungen am Montag ausgefallen wäre.

(*Dr. Till Steffen GAL: Was wissen Sie denn?*)

Insofern kann ich feststellen, dass unsere Bemühungen soweit erfolgreich gewesen sind. Aber ich sage auch, dass wir damit noch nicht zufrieden sind, sondern an dem Ziel einer dauerhaften und kostengünstigen Stromversor-gung weiter arbeiten werden, denn das ist der richtige Weg, um Arbeitsplätze zu sichern, und nicht die Abgabe von Interviews.

(Beifall bei der CDU)

Hierzu werden wir auch eine weitere Änderung des Ener-gierechts anstreben. Ich bitte heute schon die Kollegen Sozialdemokraten, uns in dieser Frage nicht allein zu lassen, sondern fordere Sie auf, mit uns an einer besse-ren Energiepolitik in Deutschland zu arbeiten.

Die Grünen sind ja erfolgreich gewesen, was ihre Ener-giepolitik betrifft. Es gibt kein Parteiprogramm der Grün-en, es gibt keine Regierungserklärung unter Mitverant-wortung der Grünen, in der die Grünen nicht eine Ver-teuerung der Energie in Deutschland gefordert haben. Wir haben immer gesagt, die Konsequenz werde sein, dass Arbeitsplätze in Deutschland vernichtet würden. Meine Damen und Herren von den Grünen, Sie sind in dieser Frage – in Führungsstrichen – wirklich erfolg-reich gewesen.

(Beifall bei der CDU – *Bernd Reinert CDU: Leider! – Glocke*)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Böwer?

Senator Gunnar Uldall (fortfahrend): Nein.

Ich möchte mit zwei kurzen Bewertungen schließen, und zwar zurückkommend auf die Eingangsbemerkung des ersten SPD-Redners,

(*Dr. Andrea Hilgers SPD: Dr. Schäfer heißt der!*)

der gesagt hat, in Hamburg wäre alles ganz fürchterlich. Wir können ausdrücklich festhalten: In Hamburg ist es gut.

(Lachen bei der SPD)

Wir haben eine sehr tüchtige Wirtschaft und es ist nicht gut für eine Oppositionspartei, einen Wirtschaftsstandort schlecht zu reden.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich sind Ausführungen von Abgeordneten und Frak-tionen immer parteiisch geprägt, das ist völlig klar.

C

D

- A (Michael Neumann SPD: Senatsäußerungen nie!)
- Deswegen will ich jetzt auch keine parteiische Bewertung dagegen setzen, sondern zwei objektive Zitate bringen. Das erste ist der Hinweis auf eine Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung, dass Hamburg in wirtschaftlicher Beziehung Platz eins einnimmt und darauf können alle Hamburger stolz sein.
- (Beifall bei der CDU – Zurufe von Gesine Dräger SPD und Dr. Willfried Maier GAL)
- Wenn ich immer wieder erkläre, dass die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze mein persönliches Ziel als Wirtschaftssenator ist, dann möchte ich aus dem Monatsbericht Mai 2005 der Bundesagentur für Arbeit – das ist ja nun keine CDU-Institution, sondern gehört zum Wirtschaftsministerium in Berlin – zitieren, und zwar ein Vergleich über den Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungen in Deutschland zum Vorjahr. Dort heißt es:
- "Nach den aktuellen Daten ist die Beschäftigung nur in Hamburg gewachsen. In allen anderen Bundesländern gab es Rückgänge."
- (Glocke)
- Präsident Berndt Röder** (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Böwer?
- Senator Gunnar Uldall** (fortfahrend): Ich hatte eben gesagt, ich wollte keine Zwischenfrage.
- B Weil dieser Satz so schön war, möchte ich ihn noch einmal vorlesen:
- "Nach den aktuellen Daten ist die Beschäftigung nur in Hamburg gewachsen. In allen anderen Bundesländern gab es Rückgänge."
- Meine Damen und Herren! Darüber sollten wir uns freuen und mit aller Energie weiter daran arbeiten.
- (Beifall bei der CDU)
- Präsident Berndt Röder**: Herr Senator, ich darf auf die Abrede zwischen Bürgerschaft und Senat zur Aktuellen Stunde hinweisen. Sie haben jetzt auch unter Berücksichtigung der von Ihnen vorhin in Abzug zu bringenden Zeit 200 Prozent der Redezeit eines Abgeordneten in Anspruch genommen.
- (Dr. Andreas Dressel SPD: Und er hat trotzdem nichts gesagt! – Dr. Willfried Maier GAL: Dafür war er unparteiisch!)
- Nunmehr hat das Wort die Abgeordnete Ahrons.
- Barbara Ahrons** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dass die SPD den Wahlkampf eröffnet hat, wissen wir ja. Aber dass zu diesem Wahlkampf auch die Verdrehung von Tatsachen gehört, das ist allerdings neu.
- (Beifall bei der CDU)
- Es ist doch unerträglich, dass wir fast täglich neue Unwahrheiten von Ihrer Seite in den Zeitungen lesen müssen und dass Sie die Krise der HAW nun dem Hamburger Senat anlasten, schlägt dem Fass wirklich den Boden aus.
- (Beifall bei der CDU – Bernd Reinert CDU: So ist es!)
- Wir kehren in Hamburg den Scherbenhaufen zusammen, den Rotgrün in Berlin verursacht hat.
- (Beifall bei der CDU – Michael Neumann SPD: 44 Jahre!)
- Sicher kam die Ankündigung von Norsk Hydro, die HAW schließen zu wollen, unerwartet,
- (Zurufe von der SPD)
- doch vor dem Hintergrund der steigenden Energiekosten hat es uns nicht überrascht. Norsk Hydro präsentiert nämlich die Rechnung für verfehlte Energiepolitik, die an die Bundesregierung in Berlin gerichtet ist.
- Der Senat hat genau das getan, was seine Aufgabe ist: rechtzeitig Gespräche suchen, sondieren und gemeinsam mit allen Beteiligten Lösungsmöglichkeiten ausloten.
- (Michael Neumann SPD: Ich dachte, es kam überraschend!)
- Alles andere als die Rolle eines Moderators im Falle der HAW zwischen den Gesellschaftern aus Norwegen, USA und Österreich kann und darf nicht die Rolle des Senats sein, auf keine andere Art und Weise.
- (Ingo Egloff SPD: Er ist Standort-Senator!)
- Vor diesem Hintergrund ist es ein Erfolg, dass der Senat einen Zeitaufschub erreichen konnte, also ein Zeitfenster für neue Bemühungen eröffnet hat.
- Wir in der CDU-Fraktion sind optimistisch, dass es aufgrund der vom Grundsatz her positiven Marktbedingungen für Aluminium eine realistische Chance gibt, die HAW zu retten. Kernproblem sind und bleiben die hohen Energiekosten in Deutschland und an denen kann Hamburg rein gar nichts ändern.
- (Michael Neumann SPD: Das stimmt nicht!)
- Zur Erinnerung: Die von der unionsgeführten Bundesregierung 1968 durchgesetzte Liberalisierung des Strom- und Gasmarktes hat damals zu einer deutlichen Stromentlastung von rund 7,5 Millionen Euro geführt. Dadurch sind deutsche Unternehmen im internationalen Wettbewerb gestärkt und die privaten Haushalte spürbar entlastet worden. Der Erfolg dieser Liberalisierung ist aber in den Folgejahren durch eine ideologische, wirtschaftsfeindliche Energiepolitik der rotgrünen Bundesregierung konterkariert worden.
- (Ingo Egloff SPD: Das stimmt doch gar nicht! Frau Ahrons, lesen Sie das Protokoll unserer Anhörung! 55 Seiten! Ist das zuviel verlangt?)
- Ohne die zusätzlichen Steuern und Abgaben, die um das Achtfache gestiegen sind, würden die Industriekunden heute rund 30 Prozent weniger für den Strom bezahlen. Im europäischen Vergleich liegt nur noch Italien höher als wir. Genau das macht den Standort kaputt, Herr Egloff, und nichts anderes.
- (Beifall bei der CDU)
- Sicher muss die Politik auf der Hut sein, keinen Wirtschaftszweig zu bevorzugen, doch darf Politik auch nicht dazu führen, dass uns internationale Wettbewerber davonziehen.

- A Meine Damen und Herren! Dass wir in Hamburg auf dem richtigen Weg sind, hat das Ergebnis der Bertelsmann-Studie gezeigt. In dieser Studie belegt Hamburg Platz eins

(Dr. Willfried Maier GAL: Der Senat Platz neun!)

und als großer Pluspunkt unserer Stadt hebt die Studie die hohe Wirtschaftskraft Hamburgs hervor.

(Dr. Till Steffen GAL: Trotz dieses Senats, nicht wegen diesem Senat!)

Also, meine Damen und Herren von der Opposition, hören Sie auf, Märchen zu verbreiten, Unwahrheiten zu erzählen und überlassen Sie uns die Wirtschaftspolitik der Stadt. Da ist sie nämlich in guten Händen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Dann bekommt das Wort der Abgeordnete Maaß.

Christian Maaß GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Ahrons, Herr Senator Uldall, eines muss man Ihnen lassen: Eine gewisse Kreativität haben Sie durchaus bei Ihren Reden gezeigt. Das ist zum einen die doch etwas selektive Zitierung dieser Studie. Sie haben gesagt, Hamburg stehe da auf Platz eins, das stimmt auch, das freut uns. Was Sie aber verschwiegen haben, ist, dass die Arbeit des Senats leider nicht auf Platz eins, auch nicht auf Platz zwei steht, ich glaube, es war Platz neun. Platz neun ist Ihre Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

- B Eine gewisse Kreativität haben Sie durchaus auch bei den Schulduweisungen gezeigt, gerade was die Aluminiumhütte betrifft; da waschen Sie Ihre Hände in Unschuld. Sie sagten, sie hätten 20 Termine gemacht und das müsse reichen. Bei 20 Terminen fragt man sich, was Sie eigentlich auf diesen Terminen gemacht haben. Wenn nach 20 Terminen das Desaster vollkommen ist, dann muss man fast dankbar sein, dass Sie nicht noch mehr Termine machen, Herr Uldall.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Es tut uns ganz gut, wenn wir ein bisschen Ehrlichkeit in die Ursachenforschung bringen,

(Dr. Andreas Mattner CDU: Darauf warte ich die ganze Zeit schon!)

was denn letztlich zur Schließung der Aluminiumhütte geführt hat. Wir können uns gemeinsam darauf einigen, dass es auf dem Weltmarkt ein explodierendes Preisniveau für fossile Rohstoffe wie Kohle, Öl und auch Gas gegeben hat. Dieses Preisniveau hat auch zu deutlichen Vorteilen für Standorte geführt, die natürliche Wettbewerbsvorteile haben. Es ist relativ schwierig, wenn Hamburg mit einem Standort wie Katar konkurriert, wo direkt neben den Ölquellen ein Aluminiumwerk gebaut wird, wo das Gas, das bisher abgepackelt wurde, zur Verstromung genutzt wird. Wenn eine Aluminiumhütte in Island direkt neben einem Staudamm, der neu gebaut wird, errichtet wird oder in Australien direkt neben einem Braunkohle Tagebau in der Wüste eine solche Hütte angesiedelt werden soll, haben wir – das müssen wir uns eingestehen – schlicht und einfach keine vergleichbare Standortbedingungen; das muss man zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei Thies Goldberg CDU)

Zur Kenntnis nehmen müssen wir auch, dass es dadurch einen unfairen Wettbewerbsvorteil gibt, dass es Staaten gibt, die sich nicht am Klimaschutz beteiligen und deswegen auch nicht am Treibhausgashandel teilnehmen; Katar und Australien sind dafür Beispiele. Aber eine solche Politik – da sind wir uns, liebe CDU, hoffentlich alle einig – ist für diese Welt unverantwortlich. Unabhängig davon, ob die Regierungen konservativ, rot oder grün oder sonst wie geführt sind, unabhängig von der Farbe der Regierung sind wir uns in Europa einig, dass wir bei einem solchen Klimadumping nicht mitmachen wollen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Jetzt komme ich zu einem interessanten Punkt, der auch schon in der Debatte als Grund für die hohen Strompreise genannt wurde, die wir in Deutschland haben – Herr Uldall hat es selbst mehr oder weniger gesagt –, dass die Liberalisierung des Strommarkts im April 1998 in gewisser Weise missglückt ist. Er hat hier jetzt gefeiert, dass es Korrekturen an diesem Gesetz gibt und uns zur Mitarbeit aufgefordert. Wenn es um mehr Wettbewerb im Energiemarkt und um eine Verringerung der Durchleitungsgebühren geht, dann waren, ehrlich gesagt, wir Grünen es, die gemeinsam mit den Sozialdemokraten ganz vorne an der Spitze der Bewegung standen. Aber was war eigentlich 1998, als ein Gesetz eingeführt wurde, das zu einer Liberalisierung des Marktes mit natürlichen Netzmonopolen ohne funktionierende Kontrolle geführt hat und wir dadurch sehr hohe Durchleitungsgebühren haben und ein Energiepreisniveau, wie wir es sonst nirgendwo in Europa haben? Wer war denn derjenige, der die Hand gehoben hat im Bundestag? War es der damalige wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Herr Uldall? Ja, der hat seine Hand dafür gehoben und jetzt fordert er Korrekturen. Das ist reichlich spät, Herr Senator.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Im Übrigen, Frau Ahrons, waren wir uns in der Anhörung des Wirtschaftsausschusses, die auch Herr Egloff schon zitiert hat, fast alle einig inklusive Herrn Marnette, dass die Durchleitungsgebühren das Problem sind und nicht die erneuerbaren Energien, die die energieintensive Industrie belasten

(Barbara Ahrons CDU: Auch!)

– da gibt es eine Ausnahmeregelung, speziell für energieintensive Unternehmen –, und auch nicht die Ökosteuer, denn auch da gibt es explizit eine Ausnahmeregelung für energieintensive Unternehmen. Das führt doch dazu, dass es sich um wenige Cent handelt, während Sie über Energiepreiserhöhungen in Höhe von mehreren Euro sprechen. Und was Sie hier machen, ist schlicht abwegig, wenn Sie jetzt noch den Atomausstieg heranziehen. Sie sollten sich einmal kundig machen, wer letztendlich für die hohen Strompreise, die wir in Deutschland haben, verantwortlich ist.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Zurufe von der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Neumann.

Michael Neumann SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein lieber Herr

C

D

- A Uldall, was für ein jämmerliches Bild haben Sie heute hier abgegeben,

(Beifall bei der SPD und der GAL)

sich hinzustellen wie ein kleiner Buchhalter und zu sagen, ich habe mich doch bemüht, ich habe doch zwanzigmal angerufen. Das ist nicht das, was wir als Hamburger von einem Wirtschaftssenator erwarten. Sie müssen für die Hamburger Wirtschaft kämpfen und das tun Sie nicht.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Bernd Reinert CDU*: Sie sind eine einzige Sprechblase, Herr Neumann!)

Wenn Sie darüber sprechen, dass wir Hamburger stolz darauf sein sollen und auch sind, dass wir eine tüchtige Wirtschaft haben, haben Sie Recht. Wir haben eine tüchtige Wirtschaft. Unser Problem in dieser Stadt ist aber nicht die tüchtige Wirtschaft, sondern, dass wir einen Senat haben, der nicht tüchtig ist, der seinen Job nicht anständig macht. Sie sind das Problem.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Klaus-Peter Hesse CDU*: Das sieht die Wirtschaft aber ganz anders! Sie sind das Problem!)

Ich nehme den Zwischenruf des Kollegen Hesse, der abgesprochen war, gerne auf, das sehe die Wirtschaft anders. Wissen Sie eigentlich, was über Herrn Uldall in der Wirtschaft gesprochen wird?

(*Karen Koop CDU*: Aber Sie haben das Ohr dran, oder?)

- B Es geht ein Gespenst um in Hamburg nach dem Motto: Wenn sich Uldall meldet, ist schon klar, dass das Unternehmen in die Insolvenz geführt wird. Wenn der Senat es ernst meint, schickt er Herrn Peiner; wir haben es bei Beiersdorf erlebt.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Klaus-Peter Hesse CDU*: Aber Sie will keiner!)

Wenn es dem Senat ernst ist, dann schickt er die, denen er vertraut. Das ist Herr Peiner, ähnlich wie beim LBK, und wenn sowieso klar ist, dass das Ding gegen die Wand gefahren werden soll wie bei Phoenix, wie jetzt bei unseren Aluminium-Werken, dann darf Herr Uldall die Abwicklung betreiben.

(*Marcus Weinberg CDU*: Wie bei Holzmann!)

Das ist die Rollenaufteilung in diesem Senat.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wenn hier davon gesprochen wird, dass unser Wirtschaftssenator das persönliche Ziel habe, Arbeitsplätze zu schaffen, dann ziehen wir doch einmal Bilanz. Ziehen Sie die Konsequenz, Herr Uldall, bevor es der Bürgermeister im November ohnehin tun wird, wenn Sie Ihre Pensionsansprüche erworben haben. Sie gehören nicht mehr in diesen Senat.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Zurufe von der CDU)

Und was kann ein größeres Scheitern, ein größeres Desaster bedeuten, als wenn der Wirtschaftssenator uns über das NDR-Fernsehen mitteilt, dass es ein Fehler gewesen sei, die Sperrminorität von 25,1 Prozent an unseren Hamburgischen Electricitäts-Werken zu verkau-

fen. Damit haben Sie eingestanden, dass Sie auf ganzer Linie gescheitert sind.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die Zahl 25,1 Prozent spielt ja heute in einem anderen Zusammenhang eine Rolle; mein Kollege Schäfer hat darüber auch schon gesprochen.

(*Hartmut Engels CDU*: Bei den neuesten Umfragen für Sie!)

Nachdem Sie gesehen haben, dass es falsch war, die Anteile an den Hamburgischen Electricitäts-Werken zu verkaufen, nachdem Sie erkannt haben, dass es ein Fehler war, die Steuerungsfähigkeit der Politik aus der Hand zu geben, wollen Sie jetzt bei den Hamburger Krankenhäusern dasselbe machen. Sie wollen auch dort das letzte Viertel verscherbeln und das Volk hatte schon einen guten Instinkt, warum es Ihnen beim Volksentscheid gesagt hat, wir wollen unsere Hamburger Krankenhäuser nicht verkaufen. Trotzdem haben Sie es getan und werden heute und in den nächsten Wochen und Monaten sehen, was die Quittung dafür ist.

(*Bernd Reinert CDU*: Wer die Quittung kriegt, das ist Gerhard Schröder!)

Herr Bürgermeister, Sie haben ja sehr charmant in Ihrer eigenen Art gesagt, wenn es den Menschen nicht gefalle, dann mögen sie mich 2008 abwählen; das wird geschehen. Was sich jetzt anbahnt, ist erst der Anfang vom Ende Ihrer Regierung in dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie haben Herrn Dräger nach vorne geschickt und sagen lassen, wir Sozialdemokraten sollten den Blick fürs Wesentliche haben. Wir haben den Blick fürs Wesentliche. So nett eine Bertelsmann-Stiftung ist, aber das ist keine Entschuldigung oder eine Perspektive für die Menschen, die in dieser Stadt keine Arbeit mehr haben. Wir haben im Wesentlichen die Menschen im Blick, die jetzt von Arbeitslosigkeit bedroht sind, die Sie offensichtlich nicht im Blick haben. Und deshalb werden Ihnen die Menschen die Quittung dafür ausstellen, dass Sie mit Ihren falschen politischen Entscheidungen, Verkauf der HEW mit den letzten 25,1 Prozent, Verkauf der Anteile des LBK gegen den Volksentscheid und auch der Nichtentscheidung für Phoenix die Quittung bekommen werden. Sie treiben die Menschen in Hamburg in die Arbeitslosigkeit und tragen auch ganz individuell dafür die Verantwortung, dass Sie den Volksentscheid nicht ernst genommen haben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Abschließend möchte ich Ihnen noch etwas zum Thema Gewerkschaft mitgeben. Zu denen scheinen Sie ein sehr gebrochenes Verhältnis zu haben.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Das haben Sie mittlerweile! – *Bernd Reinert CDU*: Die Gewerkschaften auch mittlerweile mit Ihnen!)

Nun ist bekannt, dass ich auch nicht gerade in allen Fragen der Vorsitzende des Fan-Clubs der Gewerkschaften bin; ich bin da durchaus in kritischer Distanz. Aber hier so zu tun, als ob Ver.di das Übel und das Problem des LBK wäre, ist eine völlige Verknennung der Tatsachen. Sie haben gegen den Volksentscheid den LBK verscherbelt, Sie tragen dafür die Verantwortung. Das ist nicht Ver.di, das sind nicht die Mitarbeiter, sondern das ist Ihre politi-

A sche Entscheidung und dafür werden Sie die Quittung von den Menschen bekommen, nicht nur von Ver.di, sondern von ganz Hamburg. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Bernd Reinert* CDU: Ihre Platte hat einen Sprung, Herr Neumann!)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Kruse.

Rüdiger Kruse CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Wenn der Kollege Neumann spricht, dann hat es für alle Menschen den Vorteil, dass sie wach werden; es sei denn, sie sind mit der Gnade eines ausgeschalteten Hörgerätes gesegnet. Das bedeutet allerdings, wach und nicht im Sinne von klüger werden, weil – das muss ich Ihnen leider sagen –, das, was Sie hier vorgetragen haben, nicht ganz der Wahrheit entspricht.

Ein Beispiel sind die oft erzählten 25 Prozent, mit denen man noch hätte Einfluss nehmen können. Nicht nur, dass es HEW oder Vattenfall möglich war, das jederzeit an sich zu ziehen, sondern unter Ihrer Führung – Bürgermeister Runde lässt grüßen – ist vereinbart worden, dass dieser Anteil ohne Einfluss auf die Geschäftspolitik bleibt. Es ist doch die Geschäftspolitik, um die es hier geht. Also ist das wertlos. Erzählen Sie gern etwas anderes, aber das ist so.

B

Wenn ich mir dann den Verlauf dieser Debatte ansehe, haben wir mit einem deprimierten Herrn Schäfer begonnen, dessen Tageslektüre einfach daraus besteht, dass er so lange in der Weltspresse, sprich Morgenpost, blättert, bis er die schlechte Nachricht des Tages erwisch hat, die tatsächlich enthalten war, nämlich "Hamburg blutet aus". Deprimiert lehnt er sich in seiner persönlichen Tristesse zurück und liest nicht die andere Zeitung.

(*Michael Neumann* SPD: Nicht jeder kann rote Krawatten tragen!)

Er schaut nicht, dass am gleichen Tage, Herr Neumann, die Ankündigung von 1000 neuen Arbeitsplätzen eines einzigen Unternehmens in Hamburg kommt.

(Beifall bei der CDU)

Diese Arbeitsplätze haben dann auch noch den Vorzug, dass sie aus dem freien Markt finanziert sind und nicht am Tropf einer staatlichen Dauerintervention hängt.

(*Dr. Willfried Maier* GAL: Wir hängen am Tropf unserer Hafeninvestitionen!)

Das ist das Problem mit dem geliebten LBK. Sie haben Herrn Kerstan erlebt. Herr Kerstan, Sie wissen, dass ich der Ökoecke nicht abgeneigt bin und vieles auch in Ordnung finde, aber das Recyceln von ausgelaufenen Teebeuteln kann man auch übertreiben. Das war jetzt der 35. LBK-Aufguss, den Sie angesetzt haben und er wird einfach nicht besser.

(*Ingo Egloff* SPD: Das liegt daran, dass die Zutaten so schwach sind! – Beifall bei der CDU)

Sie haben also bemängelt, dass der Senat nur einen Apfel und ein Ei für den LBK erhalten hat, was immerhin noch Millionenbeträge sind.

C

(*Ingo Egloff* SPD: Kriegt er ja gar nicht!)

Nun kann man natürlich bei einem nicht so guten Angebot keinen so guten Preis erwarten. Ich musste für mein Siemens-Handy noch einen Euro bezahlen. Dann kommen ein paar Taiwanesen, kaufen ein paar mehr Handys und erhalten 350 Millionen Euro dazu. Wer hat hier besser verhandelt, die freie Wirtschaft oder unser Senat? Offenkundig muss man sagen: Herzlichen Glückwunsch, liebe Kollegen vom Senat, hier haben Sie etwas Gutes herausgeholt. Gemessen an der bundesdeutschen Krankenhauszene haben wir einen guten Abschluss gemacht. Darauf kommt es an.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben, wie Senator Peiner einmal ganz nüchtern erklärt hat, einem Fass ohne Boden einen Boden eingezogen. Das ist die Leistung. Wir haben etwas abgestellt und haben Gefahren für den Haushalt abgewandt.

(*Gesine Dräger* SPD: Sie haben doch die gleichen Schulden!)

Dann sind Sie zu einem neuen Thema umgeschwenkt, Herr Kerstan, und haben etwas zu den Aluminium-Werken gesagt. Das war ganz spannend. Sie haben erklärt, dass der Senat nichts unternehmen würde.

Die Aluminium-Werke, Herr Kerstan, gehören genauso wie die Norddeutsche Affinerie und ein paar andere Stromverbraucher zu den Industrien, die von Ihnen als alt betitelt wurden. Das haben Sie in der Energiedebatte so geäußert. – Zitat:

"Herr Uldall, was soll das, was regen Sie sich über die Energiepreise auf. Das ist alte Industrie, das brauchen wir gar nicht in Hamburg. Geben Sie uns die Filmförderung und die Stadt blüht."

(*Christian Maaß* GAL: Das ist überhaupt nicht wahr! – Beifall bei der CDU)

– Das ist wahr. Das ist genauso wahr wie tragisch, Herr Maaß.

Wir beide sind uns energiepolitisch in vielen Fragestellungen einig. Natürlich wollen wir die erneuerbare Energie.

(*Dr. Till Steffen* GAL: Er glaubt noch an den Weihnachtsmann!)

Aber Sie sind diejenigen, die nicht aufgeben wollten, weil Sie ein politisch motiviertes Ziel aus der Kampfzeit Ihrer Vorväter, als man noch in Brockdorf gestanden hat, vor Augen haben. So wie es in der Vergangenheit nur einen Kompromiss zwischen Kohle und Kernenergie gab, haben Sie es nicht geschafft, einen Kompromiss zwischen Kernenergie und erneuerbarer Energie zu erreichen.

Herr Egloff, Sie können nicht bedauern, dass eine Industrie weggeht, die in den Industrialisierungsplanungen des früheren Senats "Billige Energie Industriestandort Elbe" nicht vorkam. Wenn man die billige Energie wegnimmt, dann wird es eben problematisch.

(*Ingo Egloff* SPD: Lesen Sie das Protokoll der Anhörung, dann werden Sie schlauer!)

D

- A Energiepolitisch, Herr Maaß, ist das ein Versagen. Daher bin ich auch ganz froh, dass voraussichtlich der einzig gute Plan Ihres Ganzen, nämlich die Regierungszeit zu beenden, in Erfüllung geht und wir dann die Möglichkeit haben, an den positiven Ansätzen der Energiepolitik, die die Union gelegt hat, wieder anzuknüpfen und eine wirtschaftliche erneuerbare Energieversorgung in den nächsten Jahren aufzubauen. Das werden wir auch durchführen.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mir wird das hier bei dieser Debatte ehrlich gesagt zu launig. Es geht hier um tausende von Beschäftigten, die im Laufe der letzten zwei Jahre ihre Arbeit verloren haben oder jetzt verlieren werden und Herr Uldall stellt sich hier hin und spricht von Wahlkampfeden. Das finde ich an dieser Stelle ausgesprochen unseriös.

Herr Kruse, Sie haben sich soeben in irgendetwas ergossen, was nun wirklich mit den Tatsachen nichts zu tun hat. Allein die beiden Vorgänge, über die wir heute sprechen, der LBK-Verkauf und die Frage der Aufgabe der Alu-Hütte, sind so belastende Vorgänge, dass man sich fragen muss: Wenn nicht hier, wann dann greift mal der Bürgermeister von Beust ein.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Rolf Harlinghausen* CDU: Reden Sie doch über Schule, davon verstehen Sie ein bisschen was!)

- B Hier lässt nicht nur die Standortpolitik dieses CDU-Senats und die angebliche CDU-Wirtschaftskompetenz, die Ihnen immer zugeschrieben wird, etwas zu wünschen übrig, sondern es zeigt sich bei solchen Vorgängen auch die Hilflosigkeit des Senats, dass er die Entscheidung in den Konzernzentralen fallen lässt und alles nur noch einen appellativen Charakter hat.

Es ist doch bereits eine beschlossene Sache, wenn sie heute lesen können, dass schon überlegt wird, wie die Anoden der Alu-Hütte nach China transportiert werden können. Das Kind ist doch schon längst in den Brunnen gefallen und Sie sprechen dann von den lächerlichen 20 Terminen. Das passt doch in Bezug auf wirkliche Standortpolitik für Hamburg hinten und vorne nicht zusammen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich möchte an dieser Stelle gern noch ein Wort zu dem LBK-Verkauf verlieren. Es ist sicherlich schon vieles gesagt worden. Ich möchte aber noch einmal den Aspekt aufgreifen, dass es sich hier um eine weitere Täuschung der Hamburgerinnen und Hamburger handelt. Entgegen Ihrer Aussagen und vollmundigen Versprechungen, dass die Sperrminorität nicht aufgegeben wird, sind Sie total von Ihrer bisherigen Linie abgewichen. Das Schlimme daran ist, dass Sie keinen weiteren Einfluss auf Asklepios ausüben können. Eine Sperrminorität hätte zumindest Einfluss auf das Allgemeinwohl.

Man sieht doch hier an Ihrem Verhalten, dass Sie im Grunde genommen die öffentliche Daseinsvorsorge überhaupt nicht mehr ernst nehmen. Das ist wirklich ein Indiz dafür, dass Sie das Allgemeinwohl in der Gesundheitsversorgung überhaupt nicht mehr interessiert. Diese

Täuschung der Hamburgerinnen und Hamburger möchte ich an dieser Stelle noch einmal besonders hervorheben. C

Jetzt haben Sie zum Schluss Asklepios wirklich den letzten Wunsch erfüllt. Es ist schon erwähnt worden, dass Sie die Drecksarbeit nicht machen wollen. Das ist für mich eine verantwortungslose Politik. Wie bereits gesagt, Sie haben Ihre Versprechungen gegenüber den Hamburgerinnen und Hamburgern nicht eingehalten.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Hinsichtlich HAW finde ich interessant, dass in der "Welt am Sonntag" stand, dass Ihnen anscheinend ein Frühwarnsystem fehlt, da Sie nicht mehr in der Lage sind, sich an die sich entwickelnde beherrschende Eigendynamik zu halten und erst jetzt die Verantwortlichen an einen Tisch holen. Das hätte alles schon viel früher geschehen müssen. Die hohen Strompreise waren bekannt. Das ist interessant und ich zitiere jetzt:

"Wer zu spät kommt, den bestraft die Wirtschaft."

Genau das musste Senator Uldall kürzlich bei seinem erfolglosen Krisentrip zu Norsk Hydro in Oslo erfahren. Jetzt aber, Herr von Beust, ist doch die große Frage: Warum haben Sie Herrn Uldall hier agieren lassen, ohne einzugreifen? Ich habe Ihnen bereits das letzte Mal vorgeworfen, dass Sie Ihre Senatorinnen und Senatoren nicht im Griff haben. Auf alle anderen fadenscheinigen Begründungen hinsichtlich der Energiepolitik, gerade auch die von Frau Ahrons, hat Herr Maaß bereits gekontert. Hier müssen Sie doch als Landesvater nicht immer den Schönwetter-Politiker spielen, sondern Sie müssen dann eingreifen und auf Ihren Herrn Uldall aufpassen. Von mir aus können Sie ihm noch einen Staatsrat zur Seite stellen, aber Sie dürfen ihn nicht allein agieren lassen. D

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Christian Maaß* GAL: Lüdemann muss ran!)

– Vielleicht Herr Lüdemann, dann kann er sich dritteln.

Es geht doch um tausende von Beschäftigten und hier kann man nicht einfach irgendwelche launigen Reden halten und sagen, dass man alles unternommen hat. Es geht um die Verantwortung und die haben Sie als Präses dieses ganzen Ladens, der hier rechts sitzt, nicht wahrgenommen. Das ist verantwortungslos.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Grund.

Uwe Grund SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Senator Dräger hat die Worte Fehlinformation und Verunsicherung im Munde geführt. Dazu will ich etwas sagen.

Seit über 30 Jahren begleite ich Unternehmen in schwierigen Prozessen. Das gehört zu meinem beruflichen Auftrag.

(*Bernd Reinert* CDU: Welchen Hut haben Sie gerade auf?)

Ich habe noch nie einen Eigentümer eines Unternehmens erlebt, der sein Unternehmen verkaufen will, so wie der Senat das getan hat, und dieses Unternehmen dann in Grund und Boden redet, schlecht macht und sich hinter-

- A her schlechte Verträge einhandelt. Das habe ich noch nie erlebt, Herr Dräger. Sie und Ihre Kollegen haben das mehrfach getan. Der Betrieb wurde schlecht und kaputt geredet. Dann wurde er für ein Butterbrot und Ei verscherbelt. So viel zum Thema Verunsicherung und Fehlverhalten.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Zum gleichen Thema, Herr Dräger, haben Sie gesagt, dass die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat des LBK den Stellenabbau vom alten Vorstand LBK geschlossen durchgewunken hätten.

Ich will Ihnen die Wahrheit sagen, denn diese sieht anders aus. Die Arbeitnehmervertreter im LBK haben gegen dieses Unternehmenskonzept gestimmt. Erst als der Vorstand bereit war zu sagen, dass er in der Lage ist, in diesem Zusammenhang über Beschäftigungssicherungsmaßnahmen zu verhandeln, haben sich die beschäftigten Vertreter im Aufsichtsrat schweren Herzens der Stimme enthalten. Jetzt hat der Aufsichtsrat beschlossen –

(Barbara Ahrons CDU: Warum lesen Sie nicht gleich das Protokoll vor?)

ich zitiere wörtlich:

"Eine Beschäftigungssicherung kann für den LBK erst nach Sanierung ausgesprochen werden. Das heißt, im Jahre 2008."

Ein zweites Mal das Thema Wahrheit und Dichtung in diesem Hause. Das, was Sie, Herr Dräger, erzählt haben, ist nicht die Wahrheit. Sie täuschen die Öffentlichkeit und beschädigen die Beschäftigten beim LBK.

B

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Herr Krüger, ich höre Sie hier reden. Ich sitze hier und weiß – vielleicht wissen Sie es nicht und ich sage Ihnen das gern noch einmal –, dass eine Krankenschwester nach erfolgreicher Ausbildung einen Bruttomonatslohn von 1800 Euro erhält. Nun wird dieser Kollegin gesagt, dass sie hierfür, obwohl sie Schicht- und Wochenendarbeit leistet, länger arbeiten soll. Außerdem soll das Weihnachtsgeld gestrichen und das Urlaubsgeld sowie Zulagen gekürzt werden. Sie reden hier in diesem Zusammenhang davon, dass das alles verantwortungsbewusst ist. Wo leben Sie eigentlich, frage ich mich?

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wer so handelt, handelt nicht gerecht und angemessen, wie Sie vermeinen, sondern derjenige handelt rücksichtslos, unverschämt und unverantwortlich. Das ist die Position der Sozialdemokraten in diesem Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Eine Warnung zum Schluss: Sollte der Senat wirklich die Sperrminorität am LBK aufgeben, dann ist das ein schwerer strategischer Fehler für Hamburg, der sich bitter auszahlen wird. Ich sehe das jetzt schon kommen, dass Sie in Zukunft bei weiteren Untaten von Asklepios Ihre Hände in Unschuld waschen und erklären werden, dass Sie hierfür nicht verantwortlich sind. Wir werden Ihnen das nicht durchgehen lassen. Sie stehen sich hier aus der Verantwortung und dafür müssen Sie zahlen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Reinert. C

Bernd Reinert CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Grund, Sie haben moniert, dass beim LBK eine Beschäftigungssicherung erst nach erfolgter Sanierung stattfinden soll. Nur eine erfolgreiche Sanierung eines Unternehmens sichert die Arbeitsplätze. Das schreiben Sie sich bitte einmal auf.

(Beifall bei der CDU)

Bei den Krankenhäusern geht es in erster Linie nicht darum, dass die Verwaltung, sondern dass die Medizin und die Pflege gut funktionieren.

(Jürgen Schmidt SPD: Das hängt doch voneinander ab. Beides muss funktionieren!)

In diesen Bereichen sollen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Nehmen Sie das bitte auch zur Kenntnis!

(Beifall bei der CDU)

Herr Grund, jetzt noch etwas zum LBK – Wer hat zu welcher Zeit eigentlich die Verschuldung verursacht? Das kann Ihnen offenbar auch nicht oft genug gesagt werden. Sie sind ein Teil des Problems, aber die Lösung haben Sie nicht gefunden. Ich glaube, dass jetzt Asklepios und damit der Landesbetrieb Krankenhäuser für diejenigen Hamburger auf einem guten Weg in die Zukunft ist, die medizinische Versorgung benötigen.

(Doris Mandel SPD: Das ist doch Unsinn, das ist nicht im Sinne der Patienten!)

D

Hamburgerinnen und Hamburger sind Menschen, Frau Mandel, das sollten sogar Sie wissen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn hier zu dem anderen Themenkomplex hinsichtlich industrieller Arbeitsplätze gesagt wird, dass der Senat nicht ausreichend gehandelt habe – Herr Neumann hat das mit seinen bekannten Versatzstücken, die er in jeder Rede wieder einbaut, auch wenn sie längst verbraucht sind, zum Ausdruck gebracht –,

(Michael Neumann SPD: Noch längst nicht so verbraucht, wie Sie es sind!)

dann haben Sie vorhin einmal wieder Herrn Uldall nicht zugehört. Im vergangenen Jahr war Hamburg das einzige Bundesland, welches einen Zuwachs an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen hatte. Das sind die Arbeitsverhältnisse, die an und für sich gerade aus Ihrer Sicht besonders positiv zu bewerten sind,

(Michael Neumann SPD: Aus Ihrer doch wohl auch!)

denn Sie sind doch diejenigen, die mit Selbständigen eigentlich wenig am Hut haben.

(Michael Neumann SPD: Das sagt der Lehrer!)

Wir sollten daher, Herr Beamter Neumann, wenn es um sozialversicherungspflichtige Beschäftigte geht, froh sein, dass wir entgegen dem Bundestrend hier eine positive Zahl haben.

(Michael Neumann SPD: Trotz, nicht wegen!)

- A Was die Probleme der Industrie in unserem Lande betrifft, möchte ich Folgendes bemerken: Warum wird eigentlich nicht nur über die Hamburger Aluminiumwerke geredet, sondern warum wird auch über das Aluminiumwerk in Stade diskutiert? Warum war es für das Aluminiumwerk in Neuss so kompliziert, eine neue Vereinbarung abzuschließen?

(Michael Neumann SPD: Das war Rotgrün!)

Warum beklagt sich die Norddeutsche Affinerie über die zu hohen Strompreise? Das ist ein Erfolg Ihrer Politik in Berlin und ich bin froh, dass wir hier die energiepolitische Wende bald einleiten können.

(Beifall bei der CDU – Michael Neumann SPD: Starker Auftritt!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Zuckerer.

Walter Zuckerer SPD:* Meine Damen und Herren! Ich möchte nur sehr kurz zum Landesbetrieb Krankenhäuser reden.

Es geht nicht darum, ob man dafür oder dagegen war, dass er verkauft wurde, sondern ich messe den Senat daran, was er selbst bezweckt, angekündigt und selbst zur Zielsetzung erklärt hat.

Das Ziel war, den Gesundheitsstandort Hamburg auszubauen. Dafür sollte der LBK privatisiert werden. Das Ziel war, die Beschäftigung an diesem Gesundheitsstandort auszubauen und das Ziel ist verfehlt. Das räumen Sie hier alle ein. Sie haben das Ziel verfehlt und dieses Ziel gibt es offensichtlich nicht mehr.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das ist die erste Anmerkung. Die zweite Anmerkung ist: Dieses Ziel war vertraglich fixiert und die Stadt lässt offensichtlich eine Vertragsverletzung von Asklepios zu. Hierzu kann man nur sagen: Schlechte Verträge ausgehandelt und ein wirklich guter Vertragspartner, der dem anderen Partner erlaubt, die Verträge zu verletzen. Das findet hier statt und Sie können darum herumreden, so viel Sie wollen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich komme zu meiner dritten Anmerkung und die betrifft Arbeitsplätze. Asklepios hat die volle unternehmerische Verantwortung für den Landesbetrieb Krankenhäuser und dieser Senat hält nach wie vor 51 Prozent. Das ist der Unterschied zu den Hamburger Aluminiumwerken, zu Phoenix und auch zu anderen Unternehmen dieser Stadt. In diesem Fall baut nicht das Management von Asklepios, sondern der Hamburger Senat Arbeitsplätze ab. Und sonst niemand.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dann komme ich zu meiner vierten Anmerkung, die zugegeben zynisch ist. Sie sind vermutlich für große Teile der Hamburger Wirtschaft, die derzeit auch Arbeitsplätze abbaut, die idealen Gesprächspartner, da Sie hier selbst agieren. Man ist dann im selben Club und hat eine gute Verhandlungsposition, wenn man sich hinstellt und sagt: Wir ja, ihr aber bitte nicht aus Verantwortung für die Stadt. Hier kann ich nur sagen: Weiter so!

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dann kommen wir zu einer der, wie soll ich sagen, unerheblichen Einlassungen von Senator Dräger. Herr Senator Dräger, wenn Sie in allen Ausschusssitzungen anwesend gewesen wären und alle Akten gelesen hätten, dann wüssten Sie, dass die Altlasten des Landesbetriebs Krankenhäuser – das sind unter anderem die Versorgungslasten und seine Schulden – zum großen Teil bei der Stadt verblieben sind. Wir sind hier voll im Risiko und nicht Asklepios. Es geht hier derzeit nur darum, dass Asklepios – wie im Übrigen im Kapitalismus üblich und auch gar nicht verwerflich – Zinsen und Tilgung für seine Kredite, die man zum Kauf aufgenommen hat, erwirtschaften muss. Und das erwirtschaften sie zurzeit. Wir haben ihnen nicht nur die Finanzierung hingestellt und alle Altlasten abgenommen, sondern wir sorgen jetzt auch noch dafür, dass das auf Kosten der Beschäftigten durchgeführt wird. Das ist hier Sache.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Hier sind wir wirklich ein guter Vertragspartner und somit komme ich zu meiner letzten Anmerkung.

Wie Sie wissen, haben Sie hier von Optionen gesprochen. Inzwischen reden wir darüber, ob wir nicht den ganzen Landesbetrieb Krankenhäuser verkaufen. Als wir 100 Prozent hielten, gab es kein Kartellproblem. Es gibt jetzt das Kartellproblem, weil der Betrieb verkauft wurde. Oder anders ausgedrückt: Das Problem ist ausdrücklich hausgemacht. Das ist eine Folge des Verkaufs. Nun stellen Sie sich hier hin und erklären: Wenn jetzt das Kartellamt das problematisch findet, was wir selbst erzeugt haben, dann müssten wir das ganze Problem verkaufen. Darauf läuft es hinaus.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Mitnichten ist es so, dass wir 100 Prozent verkaufen müssen. Es würde ohne weiteres genügen, einen Teil zu verkaufen. Aber für Asklepios ist es zweifellos besser, den gesamten Betrieb zu besitzen und wir sind ihn dann insgesamt los, doch seine Schulden behalten wir weiterhin. Vielleicht haben wir dann noch ein paar Einnahmen, die zusätzlich hereinkommen.

Das Schöne an der ganzen Geschichte ist nicht nur, dass wir auf den Altlasten beziehungsweise Schulden sitzen, sondern das Schöne ist, dass jeder Arbeitnehmer, der dort geht zur Stadt zurückkehrt. Was hat also die Stadt davon? Das müssen Sie sich einmal fragen.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Zuckerer, bitte kommen Sie zum Ende.

Walter Zuckerer (fortfahrend): So sage ich noch einen letzten Satz. Herr Bürgermeister, das war eine Bürgermeister-Entscheidung, was hier gelaufen ist. Jetzt übernehmen Sie hierfür auch die Verantwortung.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Mattner.

Dr. Andreas Mattner CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Spiel um die Alu-Hütte ist ein Schwarzer Peter-Spiel. Der "Schwarze Peter" heißt aber nicht Gunnar, sondern sicherlich immer noch Ortwin,

C

D

A (Michael Neumann SPD: Ist klar!)

aber meiner Meinung nach sitzt er auch in Oslo. Ich glaube, das ist hier in der Debatte bislang immer noch unzureichend erwähnt worden, insbesondere in der Debatte der Oppositionspolitiker.

(Zurufe)

– Na ja, Kollege, bringen Sie hier erst einmal etwas in die Stadt ein, dann dürfen Sie hier mitreden und nicht immer nur dummes Zeug reden.

(Beifall bei der CDU)

Die Sozialdemokraten wollen uns immer belehren, wie wir Gutes für die Stadt durchführen sollen. Reden nur, aber bringen selber nichts ein.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, es ist ein offenkundiges Geheimnis, dass die Alu-Hütte nicht zu den typischen Industrien Hamburgs gehört hat, als sie angesiedelt worden ist. Man kann darauf sicher stolz sein und das war kein Verdienst der letzten Senate, Herr Neumann, denn hierfür gibt es die Hütte schon zu lange. Aber es war auch keine Selbstverständlichkeit, dass sie kam.

Die Aluminiumaufbereitung hier ist nicht das, was seinerzeit typischerweise zu Hamburg passte. Aber es hat trotzdem funktioniert, jedoch die Zeiten sind weitergeschritten.

Im Zeitalter von Fusionen und natürlich auch globalen Interessen von immer größer werdenden Konzernen kann dann mal der Punkt kommen, dass hier strukturell diese Aktivität nicht mehr in das Portfolio passt. Ich fürchte, dass wir hier an diesen Punkt gekommen sind. Sollte es aber so sein, dass die Aktivität der Hütte hier nicht mehr zur Strategie gehört, muss man aufpassen, dass man in den Diskussionen dann auch wirklich die richtigen Verantwortlichen für die Misere findet, die wir zumindest im Ansatz jetzt schon haben. Hier machen es sich viele von Ihnen sehr leicht, immer auf die Energiepreise hinzuweisen, auf die ich noch zu sprechen komme. Das ist sicherlich nicht allein das Problem und das verkürzt auch alles.

B

Wenn Sie wirklich den Firmen helfen wollen, dürfen Sie sich nicht immer auf Plattitüden einlassen, sondern Sie müssen versuchen, hinter die Kulissen zu schauen, um zu sehen, wo die eigentlichen Probleme liegen. Ich wage hier einmal die These, dass es momentan dem Klima des großen Konzerns, der hier im Hintergrund agiert und auch weniger als andere hier vor Ort personifiziert wird, sehr entgegen kommt, dass die Hütte vielleicht gar nicht mehr in die Strategie passt. Das vermute ich und hierfür gibt es auch eine Reihe von Anzeichen.

Wenn das so ist, kann man es sich natürlich sehr leicht machen und auf die erhöhten Energiepreise schimpfen. In Wahrheit muss die Anstrengung dahingehend übernommen werden, den Konzern zu überzeugen, dass er hier bleibt. Aber er muss sich auch überzeugen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Sie wissen alle, dass ich kein Freund der hohen Energiepreise bin und das sind wir alle nicht. Aber, Herr Maaß, Sie machen es sich zu einfach, wenn Sie behaupten, dass man alles mit dem Thema der Durchleitungskosten hätte regeln können. Ich muss Ihnen im Übrigen auch entgegenhalten, dass wir uns bei der damaligen Anhö-

rung im Wirtschaftsausschuss einig gewesen wären, dass man allein nur mit der Frage der Durchleitungskosten alle Probleme hätte lösen können.

C

Wir waren uns nicht darüber einig, dass schon allein die hohen Rohstoffkosten und vor allem die Steuern, die die rotgrüne Regierung auf Energie erhebt, zu den hohen Energiepreisen geführt hat. Das war zumindest der Eindruck meiner Fraktion. Und nicht zuletzt – hier werden Sie natürlich überhaupt nicht mit einstimmen – ist es die übermäßige Bevorzugung der Windenergie, die zu den hohen Kosten führt. Das macht kein anderes Land in Europa.

Das heißt also, die Energiekosten, die hierbei zwar sicherlich eine Rolle spielen, sind aber mitnichten hier von örtlichen Betreibern abhängig oder von der CDU gemacht. Die hohen Energiekosten haben einen Namen und die heißen Trittin.

(Beifall bei der CDU)

Wenn es denn allein mit den hohen Durchleitungskosten zu regeln ist, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass es bislang kein Mensch geschafft hat, daran etwas zu ändern, außer Gunnar Uldall.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Dr. Mattner, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Egloff?

Dr. Andreas Mattner (fortfahrend): Aber selbstverständlich.

D

Zwischenfrage von Ingo Egloff SPD: Herr Kollege Dr. Mattner, Ihnen ist doch sicherlich bekannt, dass die Erzeugerkosten bei HEW-Vattenfall ungefähr 22 Euro pro Megawattstunde sind, die Preise, die sie an der Börse erzielen, aber bei 41 Euro pro Megawattstunde liegen und HEW-Vattenfall – so der Vorstandsvorsitzende in unserer Anhörung – selbst zugegeben hat, dass sie nur 12 Prozent Strom vom der Börse beziehen. Da stellt sich doch die Frage, wo dann diejenigen sind, die die Strompreise treiben?

Dr. Andreas Mattner (fortfahrend): Das habe ich gesagt. Zunächst einmal: Alle waren dafür, eine Börse zu haben, auch Ihre Fraktion. Jetzt kritisieren Sie alle, dass es die Börse gibt.

(Beifall bei der CDU – Nein-Rufe von der SPD)

– Doch.

Als Sie auf dem Weg zum Mikrofon waren, hatte ich schon gesagt, was die eigentlichen Ursachen sind. Sie liegen nur bedingt in der Frage der Börsenpreise, sondern sie liegen an den

(Glocke)

überhöhten Rohstoffkosten und an der Bevorzugung der Windenergie.

Nun ist meine Redezeit weg. Ich bitte, bei dieser Geschichte noch viel stärker nach Oslo zu schauen. Mein Verdacht ist, dass die Preise hier nur willkommener Anlass sind, eine Hütte zuzumachen. Bestärken Sie lieber unseren Senat und kräftigen Sie Gunnar Uldall in dem Ziel,

A (Glocke)

die Hütte dort zu retten und machen Sie es nicht durch billige Polemik hier kaputt.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Wir haben Einvernehmen erzielt, dass die Themen 2 und 3 in der aktuellen Stunde nicht mehr debattiert werden. Wir hätten dafür noch drei Minuten zur Verfügung gehabt.

Wir kommen zu den Tagesordnungspunkten 3 und 3 a, zur Wahl eines vertretenden, ehrenamtlichen Mitgliedes der Kreditkommission und der Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Inneres.

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl eines vertretenden ehrenamtlichen Mitglieds für die Kreditkommission – Drucksache 18/2404 –]

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Inneres – Drucksache 18/2444 –]

Die Fraktionen haben vereinbart, dass die Wahlen in einem Wahlgang durchgeführt werden können. Die Stimmzettel liegen ihnen vor. Sie enthalten bei den Namen jeweils ein Feld für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen bei jedem Namen ein Kreuz machen, aber bitte nur eins. Weitere Eintragungen oder Bemerkungen würden zur Ungültigkeit führen. Auch unausgefüllte Zettel gelten als ungültig. Bitte nehmen Sie jetzt Ihre Wahlentscheidung vor.

B

Ich möchte noch einen Hinweis auf die Farbfolge geben. Den grünen Zettel dürfen Sie heute behalten. Diese Wahl findet morgen statt. Eingesammelt werden jetzt nur blau und gelb.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)

Ich darf die Schriftführerinnen bitten, mit dem Einsammeln der Zettel zu beginnen.

Sind alle Stimmzettel abgegeben worden?

(Nein-Rufe)

– Dann wäre es vielleicht hilfreich, wenn Sie den Schriftführerinnen kenntlich machen würden, wo noch Stimmzettel vorhanden sind.

Gibt es jetzt noch Stimmzettel, die nicht abgegeben worden sind? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung. Das Wahlergebnis wird nun ermittelt. Ich werde es Ihnen im Laufe der Sitzung bekannt geben.*

Wir kommen zu Punkt 21 der Tagesordnung. Da wäre es für die Diskussion sehr hilfreich, wenn sich diejenigen, die daran interessiert sind, hinsetzen würden und still wären und die anderen hinaus gingen.

Wir kommen zum Bericht des Haushaltsausschusses: Hamburg Port Authority.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 18/2332: Hamburg Port Authority (Senatsvorlage) – Drucksache 18/2382 –]

C

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 18/2462 ein Antrag der CDU-Fraktion vor.

[Antrag der Fraktion der CDU: Hamburg Port Authority – Drucksache 18/2462 –]

Wer begehrt das Wort? – Herr Ohlsen, bitte.

(Unruhe im Hause)

Bevor ich Herrn Ohlsen endgültig das Wort gebe, bitte ich darum, dass Sie aus Rücksicht auf den Kollegen, der jetzt spricht, etwas stiller sind beziehungsweise, wenn Sie unbedingt reden wollen, hinausgehen.

Olaf Ohlsen CDU: Frau Präsidentin, ich bedanke mich für den Hinweis. Es ist nicht so einfach, da die erste Debatte natürlich viel Raum, Platz und Zeit eingenommen hat.

Ich denke, wir kommen zu einem Thema, "Port Authority", wo wir nicht nur über eine Einrichtung sprechen, die wir zu realisieren haben. Wir sprechen auch über den Hamburger Hafen. Dort gibt es natürlich, wie Sie auch der Presse entnehmen, positive Nachrichten. Auf die Gefahr hin, Herr Neumann, mich zu wiederholen, nehme ich noch einmal Bezug – natürlich kann ich es verstehen ...

(Michael Neumann SPD: Ständiges Wiederholen übt!)

– Nein, Herr Neumann, ich denke schon, dass Sie aufmerksam zuhören sollten. Nicht, dass Sie nachher mit Halbwissen nach Hause gehen.

D

(Beifall bei der CDU)

So meldete das "Hamburger Abendblatt" in seiner Ausgabe vom Montag, dass im aktuellen Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung – dies ist ja heute Nachmittag schon einmal angesprochen worden – Hamburg zum dritten Mal in Folge die Spitzenposition belegt. Als große Pluspunkte werden die Wirtschaftskraft und die Politik des Senates, der die Metropole auf Wachstumskurs bringt, genannt. Dem ist nichts hinzuzufügen. Beispielhaft ist hier das gute Ergebnis – Herr Egloff, Sie wissen es – die Hamburger Hafen- und Lagerhausgesellschaft mit der Aussage genannt, mittelfristig hier 1000 Arbeitsplätze zu schaffen – ich sage ausdrücklich "mittelfristig" –, aber auch der Staatskasse 8,5 Millionen Euro aus den Überschüssen zu überweisen. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass der Senat, insbesondere auch Wirtschaftssenator Uldall mit seiner Politik auf dem richtigen Weg ist: Hier haben wir es schwarz auf weiß.

(Beifall bei der CDU)

Als wichtige Weichenstellung nennt die Untersuchung unter anderem die Verwaltungsmodernisierung, den Einsatz für die Belange der Wirtschaft und die Stärkung der Rolle als internationaler Drehscheibe. So erfreulich die Ergebnisse dieser Untersuchung sind, dürfen sie nicht dazu führen, dass wir uns auf den Lorbeeren ausruhen. Wir müssen vielmehr weiterhin alles tun, die Wettbewerbsfähigkeit der Hamburger Wirtschaft und insbesondere des Hamburger Hafens zu stärken, denn der Hafen hat für unsere Stadt eine ganz wesentliche Bedeutung. 25 Prozent der Hamburger Wirtschaftsleistung sind vom Hafen abhängig. Der Hafen ist das Rückgrat der Ham-

* Ergebnisse siehe Seite 1747 A.

- A burger Wirtschaft. Entsprechend gut muss man mit ihm umgehen. Der Hamburger Hafen befindet sich im Wettbewerb mit den Nordseehäfen Rotterdam, Antwerpen sowie mit den bremischen Häfen. Diese werden zum Teil schon seit längerem privatwirtschaftlich betrieben, wie zum Beispiel in Antwerpen mit der Hafengesellschaft "Havenbedrijf Antwerp". Rotterdam hat seinen städtischen Hafenbetrieb zum 1. Februar 2002 von einer Art rechtlich unselbständigem Landesbetrieb in eine Aktiengesellschaft niederländischen Rechtes umgewandelt und Bremen hat zum 1. Januar 2002 die Bremen Ports and Service GmbH & Co. KG gegründet, mit der Folge, dass sie schneller und flexibler auf die Anforderungen des Marktes reagieren kann.

Mit der Port Authority als Anstalt öffentlichen Rechtes zieht Hamburg jetzt nach und schafft Strukturen, die es dem Hafen erlauben, auch künftig im Wettbewerb die Nase vorn zu haben. Schifffahrt und Hafenverkehre wachsen ganz erheblich. Ein Ende dieses Wachstums ist nicht in Sicht. Gleichzeitig steigt der Kostendruck auch im Transportbereich. Benötigt werden also Investitionen in die Infrastruktur und die Optimierung der Abläufe. Mittels des Hafensonderinvestitionsprogrammes stellt der Senat bis 2010 rund 750 Millionen Euro für den Ausbau des Hafens, für neue Anlegeplätze für Großschiffe, für die Verkehrsinfrastruktur und Flächenerschließung und für Logistikunternehmen zur Verfügung. Ein etwa gleich hoher Betrag für die Verbesserung und Ertüchtigung der Infrastruktur wird von der Hafenwirtschaft investiert.

- B Mit der Port Authority wird die Verwaltung des Hafens optimiert. Bislang ist die Zuständigkeit für den Hafen auf mehrere Ämter verteilt, was zu Mehrfachbefassung und zeitlicher Verzögerung führt. Die Budgethoheit liegt beim Parlament. Auch dies führt zu zeitlichen Verzögerungen, insbesondere bei Investitionen. Jetzt werden das Amt für Strom- und Hafenbau, das Amt Häfen, Dienstleistungen und Wirtschaftsinfrastruktur sowie relevante Teile der Liegenschaftsverwaltung zu einer neuen Einheit in der Hamburger Port Authority zusammengeführt. Würde weiter so verfahren wie bislang, bestünde die Gefahr, das Hamburg den quantitativen und qualitativen Anforderungen der Hafenwirtschaft nicht schnell genug entsprechen könnte. Dies könnte eine Gefährdung der Wettbewerbssituation nach sich ziehen.

Aber diese Gefahr ist mit der Gründung der Port Authority gebannt, weil sie Folgendes erreicht: erstens Effizienzsteigerung durch Optimierung der Arbeit und kundenorientierte Bündelung der Aufgaben, zweitens mehr Flexibilität und Handlungsspielraum durch die Möglichkeit der Kreditaufnahme und drittens, dass Hafenpreise und Hafeninvestitionen durch direkte Zuordnung der Einnahmen und Ausgaben in einem eigenständigen Budget marktgerecht und transparent gesteuert werden. Durch die Übertragung der Hafengrundstücke von der Liegenschaftsverwaltung in das Eigentum der Port Authority wird ein Management der Flächen und der Infrastruktur aus einer Hand möglich und die optimale Erfassung, Verwaltung und Vergabe der Hafenflächen, auch unter Berücksichtigung langfristiger Entwicklung im gesamtstädtischen Interesse. Hafeneinnahmen wie zum Beispiel Mieten und Gebühren werden hafenspezifischen Aufgaben und Entwicklungsvorhaben zugeordnet. Die Möglichkeit ergänzender Kreditaufnahme führt dazu, dass wettbewerbsentscheidende Investitionen auch kurzfristig realisiert werden können. Die Bündelung der Kompetenz führt zu effizienterem Mitteleinsatz. Es entsteht ein in Beziehung zu an-

deren Häfen der Nordrange marktfähiger Akteur bei voller Wahrung des städtischen Interesses und der hoheitlichen Aufgaben.

Die vorhin erwähnte Bertelsmann-Studie nennt die Anstrengungen des Senates zur Gründung der Port Authority vorbildlich. Ich kann mich dem nur anschließen.

(Beifall bei der CDU)

Mit Gründung der Port Authority kann der Hafen der Wirtschaft auch künftig ein starkes Rückgrat sein zum Wohle Hamburgs und der hier lebenden Menschen. Wir wünschen der Port Authority allzeit gute Fahrt, eine glückliche Hand, viel Erfolg und immer eine Hand breit Wasser unter dem Kiel. – Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Egloff.

Ingo Egloff SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die hier heute vorliegende Drucksache zur Hamburg Port Authority beinhaltet eine für die Zukunft des Hafens bedeutende Veränderung. Die Herauslösung der Hafenverwaltung aus der unmittelbaren Verantwortung der Behörde und die Schaffung einer eigenständigen Anstalt öffentlichen Rechtes verändert Strukturen, die in dieser Stadt Jahrzehnte gegolten haben. Aber so wie es zu Zeiten Helmut Kerns Mitte der Sechzigerjahre richtig und wichtig war, die Weichen in Richtung Containerverkehr zu stellen und die Konkurrenzfähigkeit des Hamburger Hafens zu sichern, so wichtig und richtig ist es, die Verwaltung des Hafens auf eine schnellere Zeit, auf Innovationen, die in schnellerer Folge eingeführt werden, und auf den künftigen Finanzbedarf einzustellen. Deshalb haben wir diesem Antrag des Senates im Interesse des Hafens in den Ausschüssen zugestimmt und werden das auch heute hier in der Bürgerschaft tun.

Jede Veränderung ist mit Angst verbunden, mit konservativem Beharrungsvermögen, mit einem Risiko und vielleicht auch mit der Angst, Vorteile zu verlieren. Angst hatten und haben sicherlich die Beschäftigten – immerhin 1600 Mitarbeiter –, die aus der klassischen Behörde in einen neuen Betrieb wechseln müssen. Ihnen diese Angst zu nehmen, wird Aufgabe der neuen Geschäftsführung sein. Gleichzeitig wird es Aufgabe der neuen Geschäftsführung sein, die Mitarbeiter auf die neue Zeit einzustellen und für neue Aufgaben vorzubereiten. Deshalb ist der Senat gut beraten, wie er es in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses auch schon angedeutet hat, den Mitarbeitern nicht die Rückkehr zur FHH zu verstellen, sondern hier Flexibilität zu zeigen, denn nur mit motivierten Mitarbeitern wird man diese großen Zukunftsaufgaben bewältigen können.

Angst haben und hatten natürlich auch die Hafenunternehmen, Angst bezüglich der Miete und Pacht, Angst bezüglich der Standorte der Firmen. Hier wird es einerseits Aufgabe der Port Authority sein, den Firmen deutlich zu machen, dass auch unter EU-Kriterien Miete und Pacht bei aller Konkurrenz Bestand haben sollen, und andererseits Veränderungsprozesse so zu gestalten, dass die Interessen der Firmen berücksichtigt sind. Hier gilt es, das Risiko mit dem nötigen Augenmerk zu minimieren und nicht zu glauben, man habe nun eine Kuh zum Melken vor sich, die jedes Risiko verkraftet. Wir

- A werden uns angesichts der Haushaltssituation und der begrenzten Möglichkeiten der Hamburg Port Authority, alle Investitionen kreditär zu finanzieren, irgendwann in gar nicht so ferner Zukunft unterhalten müssen, ob nicht andere Finanzierungsmöglichkeiten gesucht werden müssen, beispielsweise die Kooperation mit Reedereien, die wahrscheinlich in naher Zukunft erforderlich sein wird und die in anderen Häfen auch praktiziert wird.

Lassen Sie mich an dieser Stelle ein kritisches Wort zum Verhalten des Senates beim Thema "innerer Freihafen" einfügen: Für die betroffenen Firmen ist es nicht gut, von Veränderungen aus der Zeitung zu erfahren. Das hat man vorher bilateral zu klären. Dies ist nicht in hinreichendem Maße geschehen. Die neue Port Authority geht hier mit einem Handicap an die Arbeit. Hier sind sowohl Sie, Herr Senator Uldall, als auch die Geschäftsführung der HPA gefordert, das zerbrochene Porzellan zu kitten und zwar schnell,

(Beifall bei der SPD und bei *Jens Kerstan* GAL)

auch deswegen, weil die Firmen ihrerseits unter Druck stehen. Der Hafen ist zwar bekannt für raue Worte. Trotzdem ist es ein sensibles Gewerbe. Wenn bei den Firmen die Kunden auflaufen und fragen, ob sie denn noch eine Zukunft hätten, ob es denn noch weitere Investitionen in diesem Bereich gebe, ob der Standort gesichert sei, bedeutet dies auch Unsicherheit für Arbeitsplätze und Unternehmer in dieser Stadt. Deswegen ist diese Frage möglichst schnell zu lösen. Regeln Sie das bitte umgehend.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

- B Beruhigt hat uns die Aussage von Senator Uldall im Wirtschaftsausschuss, dass es nicht dazu kommen werde, dass die Hafenfirmen den Aufsichtsrat majorisierten, wie es im Rahmen der Anhörung gefordert wurde. Der Hafen ist für die Hamburger Wirtschaft insgesamt zu wichtig, als dass man wichtige Entscheidungen ohne politische Rückendeckung treffen könnte.

Wir werden diesem Gesetz heute zustimmen, im Interesse des Hafens, im gesamtstädtischen Interesse und um den Hafen für die Zukunft zu rüsten. Wir werden aber auch sehr genau die Arbeit der neuen Hamburg Port Authority beobachten und uns auch zukünftig als Politik in die Belange des Hafens einmischen, wenn dies erforderlich ist. Deshalb können wir dem Wunsch der Handelskammer nicht entsprechen, alles politikferner zu gestalten. Als Politiker tragen wir Verantwortung für den Hafen und diese werden wir auch wahrnehmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bei der Beratung dieser Vorlage haben wir fast eine Premiere: In der Regel ist ja die Hafenpolitik hier im Hause zumindest zwischen den Grünen und den beiden großen Parteien sehr umstritten. Diesmal, bei diesem Projekt, gibt es eine Zustimmung, auch von unserer Fraktion. Das liegt unter anderem daran, dass – obwohl wir es jetzt mit einem CDU-Senat zu tun haben – der Senat mit der Verwirklichung der Port Authority einige uralte grüne Forderungen umsetzt, die wir schon seit vielen Jahren erhoben haben. Das begrüßen wir natürlich.

(Beifall bei der GAL)

C

Bei der Bewertung dieses Vorhabens möchte ich auf drei Punkte eingehen. Der erste Punkt ist, dass nicht nur die Effizienz staatlichen Handelns durch die Einrichtung der Port Authority zunimmt, sondern auch die Transparenz darüber, was im Hafen passiert und was die Investitionen im Hafen betrifft. Der zweite Punkt sind die Auswirkungen auf die Politik der Mieten, Pachten und generell die Refinanzierung der staatlichen Investitionen im Hafen. Der dritte Bereich wäre dann, wie zukünftig bei einer Ausgliederung der Port Authority die politische Steuerung dieses für die Wirtschaft der Hansestadt Hamburg wichtigen Bereiches sichergestellt wird.

Zum ersten Punkt: Während in der Vergangenheit mehrere Ämter für die Hafenunternehmen Ansprechpartner waren, ist es eine eindeutige Verbesserung, wenn man jetzt nach den modernen Konzepten – one face to the customer – einen Ansprechpartner für die Firmen hat. Das ist zum einen eine Erleichterung für die Firmen, zum anderen aber auch eine Effizienzsteigerung aufseiten staatlichen Handelns. Das ist zu begrüßen.

Was allerdings aus unserer Sicht noch viel entscheidender ist – davon haben die anderen Redner noch nicht so viel gesprochen –, ist, dass mit der Port Authority auch erstmals eine ehrliche Bilanz des Hafens möglich wird. Bisher wurden nämlich die Ausgaben für den Hafen im Wesentlichen in den Titeln der Wirtschaftsbehörde aufgeführt, die Einnahmen aus dem Hafen tauchten dann aber in einem allgemeinen Liegenschaftstitel der Finanzbehörde auf, sodass man nur sehr schwer eine Bilanz ziehen konnte, inwieweit die doch beträchtlichen Investitionen der Stadt im Hafen eigentlich von welchem Erfolg gekrönt waren. Ich möchte nun an einige Debatten erinnern, die wir hier geführt haben, in denen es um Gutachten und deren Bewertung ging. Dort tauchten teilweise Vorwürfe auf, es würden Äpfel mit Birnen verglichen. In Zukunft wird das sehr viel einfacher sein, es wird eine Bilanz und eine GUV der Port Authority geben. Dort sind dann alle Investitionen enthalten und dann wird man nicht mehr über Gutachten streiten müssen, sondern hat die Fakten wirklich auf dem Tisch. Aus unserer Sicht ist es ein großer Vorteil, dass die Politik dann auch die Informationen hat, die sie braucht, um die Entscheidung zu treffen, die sie zu treffen hat.

(Beifall bei der GAL)

D

Dann sind wir auch schon beim zweiten Punkt, welche Auswirkung diese Entscheidung auf Mieten und Pachten haben wird. Wir haben ja im Bereich des Hafens den Containerumschlag, und auch Reedereien, die seit vielen Jahren Wachstumsraten von mehr als 10 Prozent bis 14 Prozent haben. Vor diesem Hintergrund ist es natürlich eine wichtige Frage, ob man als Staat eigentlich in der Pflicht steht, Branchen zu subventionieren, auch bei der Flächenbereitstellung, die in den letzten Jahren so außerordentlich gut verdient haben. Insofern ist Transparenz sehr schön. Wir werden dann aber auch darüber zu reden haben, inwieweit denn bisher die Beiträge der Wirtschaft zu den Investitionen der Stadt ausreichen. Insofern ist mit der Port Authority ein institutioneller Mechanismus eingebaut worden, dass der zentrale hafenpolitische Akteur in Zukunft selbst darauf achten wird, dass ein Teil der Kosten auch durch die Wirtschaft wieder gedeckt wird. Das ist eine alte grüne Forderung und wir begrüßen es sehr, dass wir vielleicht auch in diesem Punkt in Zukunft einen weiteren Bündnispartner

- A haben werde, die Lasten der Stadt bei den Hafeninvestitionen doch auf mehr Schultern, gerade auch der Wirtschaft, zu verteilen.

Der dritte Punkt ist allerdings einer, wo man sagen muss, wie es dabei in Zukunft aussehen wird, kann man jetzt noch nicht abschließend sagen. Es ist natürlich schon ein ganz beträchtlicher Einschnitt, auch in die Rechte dieses Parlamentes, wenn ein Großteil des hamburgischen Staatsgebietes in eine Körperschaft öffentlichen Rechtes ausgegliedert wird, die dann dem direkten Zugriff dieser Bürgerschaft und der gewählten Abgeordneten entzogen ist. Vor allem auch, wenn es darum geht, dass diese Körperschaft auch das operative Geschäft übernimmt und über diese Flächen verfügt. Insofern wird es in Zukunft ein wichtiger Punkt sein, inwieweit es gelingt, der Politik auch weiterhin Einfluss auf die Flächennutzung in diesem Bereich zu geben. Die Regelungen, die bisher in dem Gesetz vorgesehen sind, lassen darauf hoffen, dass es gelingen wird, aber wenn man sich andere öffentliche Unternehmen ansieht und das Verhalten dieser öffentlichen Unternehmen gegenüber der Bürgerschaft – ich möchte nur auf Bäderland verweisen. Das sind sicherlich Präzedenzfälle, bei denen man feststellen muss, dass es für dieses Haus nicht akzeptabel wäre, wenn Fragen in Bezug auf Flächenproduktivität und auch auf Mietverträge oder aber auch für städtebauliche Projekte – die ja alternativ im Hafen angedacht sein können – ähnlich behandelt würden, wie sich der Senat und Bäderland im Moment gegenüber der Bürgerschaft verhalten. Ich glaube, wir müssen darauf achten, dass das in Zukunft in Bezug auf die Port Authority verhindert wird.

- B Insofern unterstützen wir auch den Zusatzantrag der CDU, nach einer gewissen Phase der Arbeit der Port Authority eine kritische Bilanz zu ziehen, ob sich die Erwartungen erfüllt haben, die wir im Moment alle einvernehmlich an die Port Authority haben, oder inwieweit dort nachgesteuert werden muss.

Wir hoffen, mit der Port Authority in Zukunft die Informationen über die Vorteilhaftigkeit der Investitionen im Hafen zu bekommen, über die Steuereinnahmen und das Anwachsen der Zahl der Arbeitsplätze, die bisher – das müssen wir ganz ehrlich sagen – diesem Parlament bei seinen Entscheidungen vorenthalten worden sind. Insofern begrüßen wir es, dass wir vielleicht dadurch ein neues Instrument in die Hand bekommen, in Zukunft unsere Pflichten und Rechte als Parlamentarier verantwortlicher wahrnehmen zu können. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Uldall.

Senator Gunnar Uldall: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Parlament wird heute eine weit reichende Entscheidung treffen, eine Entscheidung, die für Jahrzehnte das Geschehen im Hamburger Hafen prägen wird. Es wurde bereits die große Hafenreform Helmut Kerns 1970 erwähnt, die Hamburg zu einem Containerhafen, einem fortschrittlichen Hafen umwandelte und die dafür gesorgt hat, dass Hamburg heute unter den Top Ten der Weltcontainerhäfen zu buchen ist. Wir wollen diesen Spitzenplatz behalten, den wir errungen haben. Deswegen ist die Herauslösung der Hamburg Port Authority aus meiner Behörde und die

- C Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechtes ein wichtiger Schritt, der in die Zukunft reicht.

Ich habe einen Brief von meinem Vor-vor-vorgänger bekommen, Helmut Kern, über den ich mich sehr gefreut habe und in dem er schreibt,

"der vom Senat angestrebte Beschluss, die Hamburger Hafenverwaltung und das Amt Strom- und Hafenbau aus der Wirtschaftsbehörde sowie die Zuständigkeit für die Hafengrundstücke aus der Liegenschaftsverwaltung der Finanzbehörde herauszulösen und als Port Authority in eine selbständige Gesellschaft öffentlichen Rechtes umzuformen, ist eine für den Hafen kühne und richtungsweisende Entscheidung."

Für diese Worte möchte ich Helmut Kern herzlich danken.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Ich möchte aber auch den drei Rednern der Fraktionen, Herrn Ohlsen, Herrn Egloff und Herrn Kerstan, für ihre Reden herzlich danken. Sie mögen gewiss sein, dass die Punkte, die Sie nachdenklich angesprochen haben, gehört wurden und weiterverfolgt werden. Wir legen Wert darauf, dass wir zu diesem Punkt einen weiteren Gedankenaustausch betreiben werden.

Der Hafen ist einer der wichtigsten Standortfaktoren nicht nur für unsere Region, sondern für Norddeutschland und sogar für Deutschland insgesamt. Für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt ist er einer der ganz entscheidenden Motoren. Mit der Gründung der Port Authority

(Vizepräsidentin Bettina Bliebenich übernimmt den Vorsitz.)

D machen wir nun den großen Schritt von der Hafenverwaltung hin zu einem Hafenunternehmen. Während es früher in erster Linie darum ging, auf Anforderung der Hafenwirtschaft Infrastruktur bereitzustellen, geht es heute darum, das Verständnis unseres Hafens und der Menschen, die für diesen Hafen Verantwortung tragen, neu zu definieren. Ein moderner Hafen muss als Unternehmen alle Aktivitäten im Hafen fördern, um so den Gesamtnutzen zu erhöhen. Kennzeichnend für ein Unternehmen ist vor allem unternehmerisches Denken und die Flexibilität, auf die Anforderungen des Marktes zeitnah zu reagieren.

Beides wird die Port Authority erfüllen. Diesen Weg, weg von einer reinen technischen Verwaltung bis hin zu einem unternehmerisch denkenden Management, sind mittlerweile alle unsere großen Konkurrenten gegangen. Sie haben ihr Hafen-Management auf eigene Füße gestellt und das Alltagsgeschäft entsprechend gut organisiert.

Um international nicht den Anschluss zu verlieren, muss der Hamburger Hafen in zukunftsfähige Bereiche investieren, durch vertiefte Branchenkenntnisse die neueste Entwicklung rechtzeitig erkennen können und die Abläufe auf der operativen Ebene beschleunigen sowie optimieren.

Der Ausgangspunkt allen unternehmerischen Denkens ist der Markt. Wer diesen in seinen vielfältigen Facetten nicht kennt und das in seinem unternehmerischen Agieren nicht berücksichtigt, wird früher oder später Probleme bekommen. Das klingt etwas abstrakt. Daher möchte ich einige konkrete Beispiele zur Erläuterung nennen.

Zurzeit findet bei den Reedern eine Umstellung der Schifffahrtsflotten auf 8500 TEU-Schiffe statt, die als

- A Arbeitspferde im Fernosthandel eine wichtige Rolle übernehmen werden.

Heute gibt es weltweit rund 60 dieser Schiffe. In den Orderbüchern stehen zusätzlich über 170 Bauaufträge für Einheiten dieser Größe, die in den nächsten Jahren im Asien-Europa-Verkehr eingesetzt werden. Hamburg hat sich auf diese Schiffsgröße mit seinen Liegeplätzen bereits eingerichtet.

Bei der Gründung der Port Authority gilt es, einen modernen Hafen zu schaffen, an dem der Standort und damit auch zu einem großen Teil das Wohl unserer Stadt hängt.

Im vergangenen Jahr waren in Hamburg gut 130 000 Menschen direkt oder indirekt hafenabhängig beschäftigt. Das sind mehr als jemals zuvor. Diese Tendenz, nämlich Zunahme der Beschäftigung im Hamburger Hafen, ist erfreulicherweise weiterhin steigend.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte auf einen anderen interessanten Punkt hinweisen, der uns in Hamburg noch gar nicht so richtig bewusst geworden ist. Wir sind – das haben wir registriert – einer der Top-Häfen weltweit, aber wir sind inzwischen auch der Schifffahrtsplatz Nummer eins weltweit geworden.

Von den 3000 Containerschiffen, die in der ganzen Welt fahren, werden 725 von Hamburg aus bereedert. Das ist etwa ein Viertel. Nicht zuletzt sind die beiden wichtigsten Klassifizierungsgesellschaften, also der Schiffs-TÜV, hier in Hamburg ansässig. Das ist einmal der Germanische Lloyd und wir können uns besonders darüber freuen, dass auch der zweite große Klassifizierer, Det Norske Veritas, jetzt seinen Sitz von London nach Hamburg verlegt hat. Das unterstreicht die Bedeutung, die wir als Schifffahrtsplatz gewonnen haben, dass auch entsprechende Konsequenzen gezogen werden.

B

80 Prozent der weltweiten Containerfracht wird von Hamburg aus gemakelt und weltweit ist Hamburg der Schiffsfinanzierungsplatz Nummer eins. Letztendlich wollen wir nicht vergessen, dass auch der Seegerichtshof hier in Hamburg seinen Platz hat.

Die Globalisierung schreitet unaufhaltsam weiter. Die Arbeitsteilung wird weltweit weiter zunehmen. Damit steigen die Anforderungen an logistische Lösungen und der Überseeverkehr wird sich fortsetzen.

Für das Funktionieren der Transportabläufe in den Seehäfen sind daher leistungsfähige Hinterlandverkehre unbedingt erforderlich. Gerade das ist eine der Stärken des Hamburger Hafens. Mit seinen attraktiven Verkehrsangeboten von und zu den Umschlagsterminals im Hamburger Hafen hat sich unser Standort einen Vorsprung gegenüber seinen Wettbewerbshäfen verschaffen können. Aber das erfordert weitere Investitionen.

Im Schienenverkehr kommt es darauf an, dass wir die Knotenpunktprojekte weiter fördern. Nur so erschließen wir die Chancen im Verkehr mit Mittel- und Osteuropa. Auf der Straße werden die Anforderungen an das örtliche und überörtliche Verkehrsnetz ebenfalls steigen.

Wenn wir einen Anstieg des Container-Umschlags von 7 Millionen TEU im vergangenen Jahr auf 18 Millionen TEU im kommenden Jahr verzeichnen wollen, dann müssen wir in der Verkehrsstruktur auch eine seeseitige Anbindung verbessern. Dazu gehört auch eine Verbesse-

rung der Wasserstraßen. Die Elbe muss nicht nur auf 14,5 Meter vertieft werden, sondern auch auf der Mittel- und Oberelbe muss einiges erreicht werden, damit wir dort an 360 Tagen im Jahr mit einer Wassertiefe von 1,60 Meter garantieren können, dass hier ein ökologischer und ökonomischer Weitertransport der Güter aus dem Hamburger Hafen möglich ist.

(Beifall bei der CDU und bei *Hans-Christoff Dees SPD*)

Das ist jetzt also eine richtungsweisende Entscheidung, die wir heute treffen möchten. Ich möchte mich beim Parlament, der Bürgerschaft, für die Unterstützung bei den Beratungen im Ausschuss bedanken.

(*Bernd Reinert CDU*: Immer gerne!)

Weiterhin wünsche ich der Geschäftsführung der neuen Port Authority viel Glück und Erfolg. Außerdem bitte ich, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die an der Erarbeitung dieses Konzepts mitgewirkt haben, ebenfalls meinen Dank auszurichten. Sodann hoffe ich auf gute Arbeit der neuen Port Authority für Hamburg.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Zunächst zum Bericht des Haushaltsausschusses aus der Drucksache 18/2382.

In Ziffer 4 des Berichtes wird eine Kenntnisnahme empfohlen. Diese ist erfolgt.

Wer möchte den übrigen Empfehlungen des Haushaltsausschusses folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig.

Nun zum CDU-Antrag aus der Drucksache 18/2462. Wer möchte diesen Antrag beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist einstimmig.

Zu Punkt 1 der Drucksache 18/2332 bedarf es einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu? –

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall.

Wer möchte das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz zur Errichtung der Hamburg Port Authority auch in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen. Damit ist das Gesetz auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Auch zu den Punkten 3 und 5 der Drucksache 18/2332 bedarf es einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu? –

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall.

Wer will die soeben in erster Lesung gefassten Beschlüsse in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig. Das ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

C

D

- A Meine Damen und Herren! Mir liegen jetzt die Wahlergebnisse vor.

Bei der Wahl eines vertretenden ehrenamtlichen Mitglieds für die Kreditkommission sind 113 Stimmzettel abgegeben worden. Davon war ein Stimmzettel ungültig, also 112 Stimmzettel gültig. Frau Regina Möller erhielt 98 Ja-Stimmen, sechs Nein-Stimmen und acht Enthaltungen. Damit ist Frau Möller gewählt.

Bei der Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Inneres sind 114 Stimmzettel abgegeben worden. Alle waren gültig. Herr Lars Ostermeyer erhielt 101 Ja-Stimmen, acht Nein-Stimmen und fünf Enthaltungen.

Dann kommen wir zu Punkt 4 der Tagesordnung, Drucksache 18/2161, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Pflegedienstleistungen in der Metropole – wie ein planloser Senat die Versorgung und den Pflege-Standort Hamburg gefährdet. Die Behörde für Soziales und Familie (BSF) verstößt weiterhin gegen das Hamburgische Landespflegegesetz (HmbLPG).

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD: Pflegedienstleistungen in der Metropole – wie ein planloser Senat die Versorgung und den Pflege-Standort Hamburg gefährdet
Die Behörde für Soziales und Familie (BSF) verstößt weiterhin gegen das Hamburgische Landespflegegesetz (HmbLPG) – Drucksache 18/2161 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Sozialausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Brinkmann.

B

Petra Brinkmann SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir Menschen haben eine besondere Fähigkeit, im Vorfeld von Alter und Krankheit die Notwendigkeit einer guten Pflege auszublenken. Dabei kann es jeden von uns treffen.

In Deutschland gibt es zurzeit 2,8 Millionen Pflegebedürftige und der Bedarf an Gesundheits- und Pflegeleistungen ist steigend. Die derzeit vorhandenen Strukturen zur Versorgung Pflegebedürftiger werden diesen Bedarf aber nicht decken, auch nicht in Hamburg.

Mit unserer Großen Anfrage haben wir der Senatorin noch einmal deutlich gemacht, welche erheblichen Defizite es im Pflegebereich gibt und welchen Schaden sie mit ihrem Desinteresse und ihrer Unkenntnis an dem Pflegestandort Hamburg anrichtet.

Frau Senatorin, Sie haben sich vor 14 Tagen in der Debatte darüber beklagt, dass es ein immer wiederkehrendes Ritual sei, dass die Opposition Ihre Arbeit nur kritisiert und bemECKern würde. Ich kann Ihnen dazu nur sagen: So lange Sie aufwendige und qualifizierte Anfragen unsererseits, wie die vorliegende, so oberflächlich beantworten und immer wieder behaupten, dass sich damit der Senat nicht befasst hat, werden Sie mit unserer berechtigten Kritik weiterhin rechnen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Schauen wir uns die Antworten genauer an. Schon bei den einfachsten Fragen, nämlich den Zahlen zur Statistik, geben Sie bei den unterschiedlichsten Fragen keine übereinstimmenden Antworten. Hier gibt es in Hamburg mal 488 Einrichtungen, an anderer Stelle sind es nur 318.

Auch bei den Platzzahlen sind erhebliche Differenzen zu verzeichnen. Hier fragt man sich natürlich: Weiß die Behörde das eigentlich nicht besser oder interessiert das dort keinen?

C

Im November 2003 hatte die Bürgerschaft beschlossen, mit einer Globalrichtlinie das Verwaltungshandeln der Heimaufsicht zu optimieren. Heute nach 18 Monaten heißt die Antwort: Die Vorbereitungen der Behörde sind noch nicht abgeschlossen. Die Senatorin bekommt es nach 18 Monaten nicht hin, eine einfache Globalrichtlinie durch ihre Behörde zu bringen. Das nennt man Unfähigkeit, Frau Senatorin.

(Beifall bei der SPD)

Dabei wäre gerade im Bereich der Heimaufsicht dringend eine Arbeitserleichterung geboten. Sieht man sich die Stellenausstattungen in den Bezirken an, so fragt man sich, wie eine wirksame und erfolgreiche Arbeit von beispielsweise zwei Stellen in Wandsbek für 8350 Plätze beziehungsweise von einer dreiviertel Stelle in Nord für 3316 Plätze geleistet werden kann.

(Frank-Thorsten Schira CDU: Verraten Sie uns doch mal die Zahlen, die es vor zehn Jahren gab!)

– Nun, Herr Schira, ich will gern eingestehen, dass auch zu sozialdemokratischen Regierungszeiten die Stellenbesetzung nur wenig besser aussah.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Das war gut eingefädelt!)

Aber dieser Senat und Sie, Frau Senatorin, sind mit dem Anspruch angetreten, alles besser machen zu wollen. Das ist dann das Ergebnis.

D

(Frank-Thorsten Schira CDU: Ich glaube, das war Schröder!)

– Ach, Herr Schira, solche Äußerungen können Sie machen, wenn Sie dann in den Bundestag gewählt sind.

Sieht man sich die demographische Entwicklung genauer an, so wird man feststellen, dass die Gesellschaft nicht nur älter, sondern dass auch die Zahl der an Demenz erkrankten Menschen ansteigt.

Der CDU-Schill-FDP-Senat erklärte noch in seinem Regierungsprogramm 2001, die Plätze in der besonderen Demenzbetreuung dem Bedarf anzupassen. Eine von der Bundesregierung finanzierte Begleitstudie sollte hierüber Aufschluss geben. Die Evaluation dieser Studie kommt zu einem positiven Ergebnis. Aber der Senat, der nicht einmal Auskunft über die Auslastung der vorhandenen 750 Plätze geben kann, sieht für eine Platzaufstockung keinen Anlass.

Dafür kündigt der Senat aber an, die Qualitätsoffensive in der Altenpflege fortzusetzen. Frau Senatorin, welche Qualitätsoffensive meinen Sie eigentlich? Geht es Ihnen hier um Ihre Plakatoffensive? Richtig ist, dass die Bewerbungszahlen für eine Ausbildung in der Altenpflege zuletzt angestiegen sind. Aber schauen Sie sich doch einmal die Abschlusszahlen und die damit einhergehenden Abbrüche an. Wir haben damals diese Werbeaktion begrüßt. Wir haben Ihnen aber vorausgesagt, dass Sie keine Erfolge erzielen würden, wenn in diesem Bereich die Arbeitsbedingungen nicht verändert werden.

Im Übrigen ist der Senat auch an der Ausbildungsfrage in der Pflege nicht sonderlich interessiert, beantwortet er

- A doch gerade in diesem Bereich fast alle Fragen mit: "Damit hat der Senat sich nicht befasst."

Und wie, Frau Senatorin, erklären Sie sich eigentlich den Rückgang an Ausbildungsplätzen bei p&w, wo wir Ende 2000 dort noch 142 Menschen in der Ausbildung hatten und heute nur noch 52. Wir werden diese Fachkräfte brauchen. So heißt es in dem Länderbericht des Bundesgesundheitsministeriums zu Hamburg – Zitat:

"Bis zum Jahre 2015 rechnet die BSF aufgrund der demographischen Entwicklung mit einer Steigerung der Zahl der Pflegebedürftigen um ca. sieben Prozent."

Das heißt, wir werden zusätzlich circa 1000 Stellen brauchen. Hier fragt man sich natürlich, wo diese Stellen dann ganz plötzlich herkommen sollen, wenn heute nicht genügend ausgebildet wird.

(Doris Mandel SPD: Genau! – Beifall bei der SPD und der GAL)

Unsere Kritik, Frau Senatorin, macht deutlich, dass Sie offensichtlich den Überblick im Bereich der Altenpflege verloren haben. Aber wie sollten Sie auch den Durchblick ohne jede Rahmenplanung haben. Nach dem Landespflegegesetz sind Sie verpflichtet, eine Rahmenplanung vorzulegen. Aber das interessiert Sie offensichtlich alles gar nicht. Sie verstoßen weiterhin gegen das Gesetz und antworten, wie so häufig: "Damit hat der Senat sich nicht befasst."

(Beifall bei der SPD und bei Martina Gregersen GAL – Dr. Andrea Hilgers SPD: Der hat Urlaub!)

- B Ohne das seit Monaten angekündigte Konzept bei p&w schließen Sie zwei Pflegeheime. Das bedeutet einen weiteren Abbau von Plätzen und das bei der demographischen Entwicklung. Wo wollen Sie eigentlich die immer größer werdende Zahl von zu Pflegenden unterbringen? Wie sollen eigentlich Träger und Pflegebetriebe ohne jede Vorgabe planen und investieren?

Zusammengefasst: Sie entwickeln sich zu einem Investitionshindernis und sorgen für ein Planungschaos in Hamburg.

(Beifall bei der SPD und bei Christa Goetsch GAL)

Die Pflege älterer Menschen ist eine schwierige Aufgabe, Frau Senatorin. Sie lassen die Betroffenen und die Angehörigen mit ihren Schwierigkeiten allein. Sie wollen die Situation in der stationären Pflege nicht wahrhaben. Wir brauchen für die Zukunft intelligente Modelle, um eine menschenwürdige Pflege auch noch in 20 oder 30 Jahren aufrechtzuerhalten. Auch wenn Pflege eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, müssen Sie mit Zukunftsplänen vorangehen. Dazu muss sich der Senat aber erst einmal mit dem Thema befassen und Sie, Frau Senatorin, sollten schnellstmöglich eine Rahmenplanung vorlegen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Fischer.

Lydia Fischer CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Brinkmann, Sie sind eine engagierte Sozialpolitikerin. Sie sind in der Opposition und müssen natürlich Dinge aufgreifen, die Ihrer Meinung nach bei uns nicht in Ordnung sind. Ich werde versuchen, dieses hier und heute zu widerlegen.

C Ich habe Ihre Große Anfrage gelesen und sehe das aus unserer Sichtweite natürlich etwas anders. Hier werde ich jetzt einsteigen.

(Beifall bei der CDU)

Wir hatten gestern den Sozialausschuss. Dort ging es um die Privatisierung von pflegen & wohnen und auch um Investitionskosten von 25 Millionen Euro, die unbedingt vorgenommen werden müssen. Diese Summe stellt der Senat zur Verfügung. Ich denke, dass das ein Schritt in die richtige Richtung ist und dort haben Sie uns und der Senatsvorlage auch zugestimmt. Ich bin der Meinung, dass wir hier gemeinsam auf einem richtigen Weg sind. Privatisierung bedeutet für uns eine bessere Zukunft finanzieller Art und auch für die Betreuung unserer alten Menschen.

(Beifall bei der CDU – Uwe Grund SPD: Wieso das denn?)

Ich glaube, dass es so viele private Heime in Hamburg gibt und die Einwohner werden dort gut gepflegt und betreut. Hierfür möchte ich mich bei allen Beteiligten bedanken.

(Frank-Thorsten Schira CDU: Das will Herr Grund nicht wahrhaben!)

Sie fordern in Ihrer Anfrage die Rahmenplanung für eine bedarfsgerechte pflegerische Versorgung ein. Dieses ist auch selbstverständlich und richtig. Zugleich unterstellen Sie aber, dass der Pflegestandort Hamburg gefährdet sei. Das ist nun wohl wirklich übertrieben. Hier fühlen sich die Menschen wohl, werden gut gepflegt und es gibt auch Plätze. Das höre ich von sehr vielen Einrichtungen. Es gibt keine Wartezeiten.

D Im Paragraph 4 Absatz 3 des Hamburgischen Landespflegegesetzes ist die regelmäßige Fortschreibung der Rahmenplanung festgelegt.

(Petra Brinkmann SPD: Eben!)

Das Gesetz enthält hierfür aber keine Fristen.

(Petra Brinkmann SPD: Das stimmt nicht!)

Dieses Gesetz ist 1996 mit Ihren Stimmen hier beschlossen worden. In anderen Bundesländern gibt es teilweise Fristen für die Fortschreibung der Rahmenplanung. Sie haben seinerzeit offensichtlich aus gutem Grund für Hamburg darauf verzichtet.

Voraussetzung für eine verlässliche Rahmenplanung sind Datenerhebungen und sorgfältige Auswertungen.

(Petra Brinkmann SPD: Richtig!)

Die Fachbehörde hat mit Recht zunächst die Ergebnisse der zehnten koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung abgewartet.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Die gibt es schon länger!)

Bei der Vorlage einer Rahmenplanung ist für die CDU-Fraktion Sorgfalt und Qualität wichtiger als Schnelligkeit.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin mir ganz sicher, dass der Rahmenplan von der Fachbehörde noch in diesem Jahr vorgelegt wird. Er wird den Bedürfnissen aller Beteiligten sorgfältig Rechnung tragen.

A (Tanja Bestmann SPD: Wissen Sie mehr als wir?
– Gegenruf Bernd Reinert CDU: Weniger als Sie kann man nicht wissen!)

Das habe ich gehört. Was in den letzten Jahren erreicht worden ist, können Sie in der Senatsantwort im Einzelnen nachlesen. Lassen Sie mich kurz nur zehn Punkte erwähnen.

(Beifall bei der CDU)

– Gut zuhören, das geht schnell.

Erstens: Die Zahl der Pflegeplätze in stationären Einrichtungen ist von 2001 bis 2004 erhöht worden – Seite 2 der Drucksache.

Zweitens: Gleiches gilt für die Anzahl von Plätzen in teilstationären und Tagespflege-Einrichtungen – Seite 2.

Drittens: Die Finanzmittel für Subjektförderungen sind von 2001 bis 2004 um mehr als 15 Prozent gestiegen – Seite 3.

Viertens: Die Mittel der Wohnungsbaukreditanstalt für Objektförderung von Pflegeeinrichtungen sind seit 2001 fast verfünffacht. Sie sind von 4,5 Millionen Euro auf mehr als 22 Millionen Euro gestiegen – Seite 3.

(Bernd Reinert CDU: Das ist doch was! – Karl-Heinz Warnholz CDU: Bravo! – Beifall bei der CDU)

Fünftens: Pflegekonferenzen sind erstmalig 1998 in Hamburg eingeführt worden. Ich war selbst dabei und habe mitgewirkt. Das ist eine tolle Einrichtung, die es jetzt in fünf Bezirken gibt. Hierfür stellt der Senat Sachmittelzuschüsse bereit – Seite 6.

B

Sechstens: Die Zahl der Prüfungen in Einrichtungen durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen hat sich in den letzten drei Jahren mehr als verdoppelt. Die Beanstandungen entsprechen dem Bundesdurchschnitt.

Siebtens: Die Begehungen durch die Heimaufsicht sind in fast allen Bezirken zum Teil erheblich gesteigert worden – Seite 11.

Achtens: Für Demenzzranke gibt es auch in Hamburg nach wissenschaftlichen Erkenntnissen ausreichend Angebote – Seite 17.

Neuntens: Es sind gut ausgebildete Fachkräfte für Pflege und Betreuung in ausreichender Zahl vorhanden. Die Fachkraftquote in den Einrichtungen liegt bei 57 Prozent.

Zehntens: Die Zahl der Ausbildungsplätze und Absolventen im Pflegebereich ist in den letzten Jahren gestiegen. Gleiches gilt für die Zahl der erfolgreichen Abschlüsse – Seite 19.

Ich könnte hier noch weitere Punkte nennen,

(Günter Frank SPD: Nein, nein!)

aber die Zeit ist knapp.

Unser Senat hat gut gearbeitet. Die Betreuung ist uns wichtig und wir sind auf einem guten Weg. Das wird so weitergehen. – Dankeschön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Gregersen.

Martina Gregersen GAL: Frau Vorsitzende, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Fischer, Sie haben gesagt: Wenn wir alles privatisieren, wie pflegen & wohnen, dann wird alles besser. Wenn es keine Verbindlichkeiten im Gesetz gibt, dann muss man sich auch nicht daran halten und kann dann über fünf Jahre warten, bis man mal eine Pflegeplanung vorlegt.

C

(Bernd Reinert CDU: Das hat sie nicht gesagt! Reden Sie doch mal über die Verbindlichkeiten von pflegen & wohnen! Die sind das Problem!)

– Herr Reinert, es muss kein Armutsbericht vorgelegt werden. Das ist gesetzlich nicht verpflichtend. Es muss jetzt keine Rahmenplanung für Pflege vorgelegt werden. Es ist nicht zum Wohl der Bürger dieser Stadt und das betrifft sehr viele. Und jeder von Ihnen wird vielleicht auch irgendwann einmal alt und pflegebedürftig.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Frau Schnieber-Jastram, Sie sind verpflichtet, eine Rahmenplanung vorzulegen. Frau Brinkmann hat das erwähnt. Sie müssen das weiter erarbeiten und Sie müssen eine Versorgungsstruktur vorlegen sowie diese regelmäßig fortschreiben. Sie tun das nicht. Die letzte Planung ist aus dem Jahre 2000, also nicht von Ihnen.

Wir Grünen, aber auch die Pflegeverbände und die Träger, fordern schon seit Jahren diese Planung. Sie sind doch eigentlich sonst so stark für die Wirtschaft. Dieses würde endlich einmal für die privaten Pflegeanbieter, aber auch für die Dienste und für die Träger, Planungssicherheit sein, die Sie ihnen vorenthalten. Sie hätten aber auch Planungssicherheit in Ihrer Behörde, die es jetzt wahrscheinlich auch nicht gibt.

D

Was wir aber dringend in Hamburg benötigen, ist eine pflegepolitische Diskussion, die die Entwicklung aufgreift, die sich in der Gesellschaft abzeichnet, und hierfür endlich eine Lösung erarbeitet. Leider ist aber davon gegenwärtig nichts zu erkennen. Ich möchte einmal ein paar Beispiele geben.

Es wird immer mehr ältere Bürger geben und somit wird die Zahl der Pflegebedürftigen weiter steigen. Auch durch die veränderte Familienstruktur geht die private Pflegebereitschaft weiter zurück. Die Bedürfnisse pflegebedürftiger Menschen haben sich auch verändert. Die individuellen Lebensentwürfe pflegebedürftiger Menschen erfordern auch vielfältige Angebote und Versorgungsformen. Der Wunsch der Pflegebedürftigen, in ihrem gewohnten Quartier weiter gepflegt zu werden, ist enorm gestiegen und muss beherzigt werden.

Eine pflegepolitische Diskussion muss diese Entwicklung endlich aufgreifen und versuchen, darauf Antwort zu geben. Um den Grundsatz einer menschenwürdigen und ganzheitlichen Pflege trotz finanzieller Einschränkung umzusetzen, müssen wir uns über das Zusammenwirken von professioneller Pflege, aber auch von ehrenamtlicher Hilfe, Gedanken machen. Wir müssen Pflege als Querschnittsaufgabe betrachten.

Es ist nicht nur die Pflege, es betrifft auch die Wohnungspolitik, die Quartiers- und Infrastruktur, aber auch die Wohnungswirtschaft. Einer steigenden Nachfrage nach selbstbestimmtem Wohnen in der Stadt muss auch ein entsprechendes Angebot an ausreichendem und auch bezahlbarem sowie barrierefreiem Wohnraum entgegenstehen. Wir müssen wohnungsnah ambulante Dienste

- A verfügbar haben und es muss zum Austausch in der Nachbarschaft Treffpunkte geben. Aber es muss auch mehr Angebote in der Tages- und Kurzzeitpflege geben.

Lassen Sie uns einen Blick auf die Hamburger Situation werfen. In der Pflege, Frau Schnieber-Jastram, wollen Sie verstärkt auf ambulante Betreuung und Pflege in seniorengerechter und stadtteilintegrierter Wohnform setzen. Das schreiben Sie in Ihrem Haushalt. Ihre Kennzahlen im Jahre 2005/2006 weisen den gleichbleibend hohen Anteil stationär gepflegter Menschen aus. Wo findet diese Umsteuerung statt?

Außerdem ist die nachweislich gut funktionierende Koordinierungsstelle für Haus- und Wohngemeinschaften in St. Georg nicht weiter gefördert worden. In dieser Beratungsstelle wurde die Entwicklung integrativer Wohnformen im Alter und bei Pflegebedürftigkeit betrieben. Eine Alternative für diese Stelle ist nicht in Sicht.

Kommen wir zu Ihrer Imagekampagne zum Altenpflegeberuf. Diese Kampagne hat versucht, den Beruf in der Öffentlichkeit zu verbessern. Aber es gibt keine Planung der künftigen behördlichen Zuständigkeit der Pflegeausbildung. Außerdem beteiligt sich der Senat bisher nicht an der Personalbedarfsermittlung nach dem Sozialgesetzbuch XI. Und das, obwohl der Personalmangel in der stationären Pflege wirklich eklatant ist. Die hohe Arbeitsbelastung führt zu vorzeitiger Berufsaufgabe vieler ausgebildeter Pflegekräfte. Die Diskussion hierüber mit der Hamburgischen Pflegegesellschaft haben Sie ergebnislos beendet.

- B Entgegen Ihrer Ankündigung, Frau Schnieber-Jastram, tun Sie wenig für die Verbesserung der Pflege und die Neuorientierung der Pflegepolitik in Hamburg. Es fehlt eine umfassende übergreifende Diskussion über Pflege in Hamburg und ich fordere Sie im Sinne der pflegebedürftigen Menschen dieser Stadt auf: Lassen Sie uns diese Diskussion bitte endlich ernsthaft führen.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die zweite Bürgermeisterin Schnieber-Jastram.

Zweite Bürgermeisterin Birgit Schnieber-Jastram: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Brinkmann, ich glaube, es ist an der Zeit, dieses Thema, das Sie angemeldet haben, einmal ganz sachlich und ohne Aufgeregtheit zu betrachten.

Wir haben 43 000 Menschen in der Stadt, die pflegebedürftig sind und die unstrittig zu denen gehören, denen man besondere Beachtung schenken muss, die die Hilfe der Gemeinschaft brauchen. Die allermeisten Senioren sind aktiv und selbstständig, aber mit zunehmendem Alter steigt das Pflegerisiko sehr deutlich. Es gehört zu den ganz großen Herausforderungen an unser Gemeinwesen, der aufgrund demografischer Entwicklung zunehmenden Zahl pflegebedürftiger Menschen Unterstützung und Hilfe anzubieten. Hamburg kann eine gut ausgebaute und leistungsfähige Infrastruktur vorweisen.

(Beifall bei der CDU)

Der Senat hat sich vorgenommen – Sie haben das auch alle gesagt –, die vorhandenen Pflegekonzepte daraufhin zu überprüfen, ob sie noch zeitgemäß sind oder weiterentwickelt werden müssen. Dabei haben wir einiges erreicht.

C Wir haben gemeinsam mit den Pflegekassen zusätzliche Betreuungsangebote für zu Hause gepflegte Demenzkranke und ihre Angehörigen aufgebaut und gefördert. Als Alternative zur Heimversorgung werden kleine stadtteilintegrierte Wohn- und Pflegegruppen erprobt, in denen pflegebedürftige und demenzkranke Menschen eine ihnen vertraute Atmosphäre erleben können und Angehörige maßgeblich das Leben mitgestalten. Wenn Sie das nicht wollen, dann müssen Sie das sagen. Bisher habe ich das anders verstanden.

Konkrete Schritte zur Entbürokratisierung der Pflege haben wir gemeinsam mit den Trägerverbänden, mit den Pflegekassen und mit dem Landesseniorenbeirat vereinbart. Nun vermitteln Sie alle beide – Frau Gregersen und Frau Brinkmann – den Eindruck, die Pflege würde von einer staatlichen Rahmenplanung abhängen. Ich halte das für völlig abwegig. Das Landespflegegesetz sieht vor, dass die zuständige Behörde in regelmäßigen Abständen einen Überblick über die Angebote und die absehbaren Bedarfe in der Pflege gibt.

(Martina Gregersen GAL: Für die Weiterentwicklung!)

Das ist gut und wichtig und daran können sich öffentliche Förderentscheidungen und private Investoren – beide gleichermaßen – orientieren. Der von der SPD geführte Senat hat im Jahre 2000 – immerhin vier Jahre nach dem In-Kraft-Treten des Landespflegegesetzes – eine Rahmenplanung vorgestellt, die Aussagen für das Jahr 2005 enthielt. Wir legen im Jahre 2005 eine neue Rahmenplanung vor, die den Zeitrahmen bis 2010 und einige Ausblicke auf 2020 im Fokus hat.

D Ich kann überhaupt nicht erkennen, wieso darin ein Problem für die pflegebedürftigen Menschen, für ihre Angehörigen oder für Arbeitnehmer und Arbeitgeber in der Pflege liegen soll.

(Beifall bei der CDU)

Manchmal denke ich, Sie haben es überhaupt noch gar nicht mitbekommen: Die pflegerische Versorgung ist seit Einführung der Pflegeversicherung vor zehn Jahren nach Marktprinzipien organisiert. Keinem Träger kann die Zulassung durch den Staat oder die Pflegekassen aus so genannten Bedarfsgründen verwehrt werden. Jeder Träger muss die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen durch gute Leistungen und durch marktgerechte Preise überzeugen. Die hohe Zahl von weit über 300 ambulanten Pflegediensten, die Entwicklung bei den Tagespflegeplätzen und die rege Investitionstätigkeit von Pflegeheimträgern in Hamburg zeigen, dass diese Praxis funktioniert.

Ein Pflegeangebot in kommunaler Trägerschaft wird in diesem System nicht benötigt und – Sie wissen es, wir haben es gestern gerade wieder diskutiert – wir werden die Anstalt öffentlichen Rechts pflegen & wohnen an einen privaten Betreiber übergeben. Über die Grundzüge der Planung hat der Senat die Bürgerschaft mit einer eigenen Drucksache informiert. Wir haben gestern im Ausschuss – zwar strittig, aber im Ergebnis einig – darüber diskutiert.

Die Heimbewohner bei pflegen & wohnen, ihre Angehörigen und die Beschäftigten können dadurch mit spürbaren Verbesserungen durch private Investitionen und mit einer sicheren Zukunftsperspektive rechnen.

- A In den Gesprächen mit Pflegebedürftigen und ihren Familien erfahre ich immer wieder, wie stark die erlebte Pflegequalität von jeder einzelnen Pflegekraft abhängt. Die Frage, wie man angesprochen wird, wie auf Sorgen reagiert wird, auf Nöte eingegangen wird, wie Absprachen eingehalten werden, entscheidet ganz maßgeblich über die Lebensqualität der Kunden ambulanter Pflegedienste und auch der Heimbewohner. Bei aller Notwendigkeit von Qualitätsprüfungen durch die Heimaufsicht und den Medizinischen Dienst der Krankenversicherungen: Durch Prüfungen von außen lassen sich drastische Missstände abstellen, aber kaum Veränderungen im alltäglichen Umgang miteinander bewirken. Positive Qualitätsentwicklung erfordert Verantwortungsübernahme der Einrichtungsleitung, eine gute Aus- und Fortbildung des Pflegepersonals und vor allen Dingen auch eine Entlastung von bürokratischen Zwängen. Hier setzen wir Schwerpunkte und mit der Imagekampagne für Pflegeberufe haben wir die Zahl der Ausbildungsbetriebe in der Altenpflege von 98 auf 123 erhöht und auch das Interesse an dem Beruf der Altenpflege ist deutlich gestiegen. Sie sollten es nicht schlecht reden, sondern jungen Menschen Mut machen zu diesem Beruf, der ihnen die besten Chancen bietet, jedenfalls keine Perspektive von Arbeitslosigkeit, von der heute so viele bedroht sind.

(Beifall bei der CDU – *Doris Mandel SPD*: Warum bilden Sie dann nicht mehr aus?)

- B Ohne eine funktionierende und leistungsfähige Pflegeversicherung ist das alles nicht zu leisten. Eine gute Versorgung pflegebedürftiger Menschen kostet viel Geld und meistens mehr, als jeder einzelne Pflegebedürftige überhaupt zur Verfügung hat. Deshalb müssen sich die Menschen auf die Pflegeversicherung verlassen können. Gerade in diesem Sozialversicherungszweig hinterlässt jedoch jetzt schon die demografische Entwicklung ganz deutliche Spuren. Die Finanzsituation der Pflegekassen wird durch das anwachsende Missverhältnis von Leistungsempfängern und Beitragszahlern immer schwieriger. Das, Frau Gregersen, ist die pflegepolitische Diskussion, die Sie hätten in Berlin führen müssen und die Sie leider nicht geführt haben.

(Beifall bei der CDU – *Martina Gregersen GAL*: Führen Sie doch mal eine familienpolitische Diskussion!)

Hier ist also eine grundlegende Reform dringend erforderlich und gleichzeitig muss der seit 1995 unveränderte Leistungskatalog endlich der allgemeinen und der pflegespezifischen Kostenentwicklung angepasst werden. Es ist wirklich ein mittelgroßes Desaster, dass zugeguckt wird, wie auch dieser Bereich der Sozialversicherung am Ende dafür sorgen wird, dass entweder ein Bundeszuschuss kommt oder die Leistungen nicht mehr zeitgerecht sind.

Ich fasse zusammen: Es gibt keinen Grund, die Menschen in dieser Stadt zu verunsichern. Wir sind uns unserer Sorgfaltspflicht den Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen gegenüber bewusst und wir handeln dementsprechend. Insofern wäre vor aller Verunsicherungsstrategie ein Blick in den Berliner Spiegel angebracht.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Brinkmann.

Petra Brinkmann SPD: Dazu muss ich noch ein paar Anmerkungen machen.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Das haben wir schon befürchtet!)

– Genau, Herr Beuß.

Ihren letzten Satz hätten Sie sich sparen können, Frau Senatorin,

(*Frank-Thorsten Schira CDU*: Nein!)

das ist ja immer der Grund und die Ausrede für alles. Darauf will ich gar nicht weiter eingehen. Aber ich bin gern bereit, eine sachliche Diskussion mit Ihnen zu führen, wenn Sie bereit sind, uns zukünftig besser zu informieren. Es ist bemerkenswert, dass die Rednerin der CDU weiß, dass in diesem Jahr noch die Rahmenplanung kommt. Da fragt man sich, wie die Informationen laufen: Im Sozialausschuss oder bei Ihnen auf der Fraktionssitzung und privat?

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Sie sagen, es gibt in Hamburg eine leistungsfähige Infrastruktur. Ich will das für den heutigen Tag gar nicht bestreiten. Uns geht es vor allen Dingen um die Zukunft. Gucken Sie sich die demografische Entwicklung in Hamburg an. Wir brauchen Zukunftsplanungen. Dazu schreiben Sie immer wieder, damit habe der Senat sich nicht befasst und hierzu würde er keine Aussagen machen. Das ist das, was wir bemängeln.

Sie sagen, Sie haben konkrete Schritte mit den Trägern und dem Seniorenbeirat abgeschlossen. Denen ist offensichtlich nichts davon bekannt und uns auch nicht und wir bitten Sie, uns gegenüber das konkret zu äußern.

(Unruhe im Hause – *Doris Mandel SPD*: Es ist zu laut!)

– Vielleicht könnten die Herren der Schöpfung einmal zuhören, denn auch Sie könnten vielleicht einmal in die Verlegenheit kommen, gepflegt zu werden, und das nicht nur von ihren Ehefrauen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL – *Hartmut Engels CDU*: Bei Ihnen sind alle Herren weg! – *Wolfhard Ploog CDU*: Das berechtigt Sie nicht, uns alle anzusprechen! – Unruhe im Hause und Zurufe – Glocke)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Meine Damen und Herren, das Wort hat Frau Brinkmann.

Petra Brinkmann (fortfahrend): Frau Senatorin, Sie sagen, Sie haben bürokratische Zwänge abgebaut. Warum beschließen Sie nicht die Globalrichtlinie, die 2003 mit den Stimmen der CDU beschlossen wurde, aber bis heute nicht vorliegt? Warum arbeiten Sie an diesen Dingen vorbei?

Frau Fischer, es genügt nicht, während der Debatte einer Großen Anfrage zu sagen, alles war gut, alles war schön, es ist alles ganz wunderbar, denn wir haben jetzt sehr viele Zahlen vorliegen und es gilt, diese Zahlen auszuwerten.

(*Frank-Thorsten Schira CDU*: Das hat sie nicht gesagt!)

– Darauf komme ich gleich, Herr Schira.

- A Sie sagen zum Beispiel auf Seite 2, die Pflegeplätze sind um 100 Plätze erhöht worden. Sie müssen sich dann aber genau angucken, worum es eigentlich geht. Bei pflegen & wohnen, das habe ich schon gesagt, sind 400 Plätze abgebaut worden. In anderen Bereichen, in denen günstige Plätze angeboten wurden, wird abgebaut und private Träger ohne Gemeinnützigkeit bauen zusätzlich Plätze auf. Das heißt, wer in dieser Stadt Geld hat, der kann sich jede Pflege leisten.

(Frank-Thorsten Schira CDU: Das stimmt nicht!)

Für die Leute stehen wir aber nicht. Wir wollen, dass jeder und jede in dieser Stadt Möglichkeiten der Pflege haben. Das fehlt.

(Beifall bei der SPD)

Sie erwähnen in der Drucksache die Pflegekonferenzen, die hier vor Jahren mit der Einrichtung beschlossen wurden. Es ist richtig, Harburg ist ein besonders gutes Vorbild und Vorreiter.

(Frank-Thorsten Schira CDU: Ja, weil Frau Fischer da ist!)

Dort gibt es seit langem eine gute Pflegekonferenz. Aber es gibt sie in keinem anderen Bezirk, außer in Wandsbek. Ob sie dort so gut ist wie in Harburg, weiß ich nicht.

Zur Demenzauswertung sagt der Senat, Frau Fischer, er habe keinen weiteren Bedarf. Es ist selbstverständlich, dass er die Studie so auswertet. Was erwarten Sie anderes?

- B Wir bleiben bei unseren Forderungen, unsere Kritik ist berechtigt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 18/2161 an den Sozialausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Große Anfrage, Drucksache 18/2161, besprochen worden ist.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 30, Drucksache 18/2391, Bericht des Haushaltsausschuss zum Haushalt 2005/2006, Sonderinvestitionsprogramm "Hamburg 2010", Zuschuss zur Errichtung eines Tropariums bei Hagenbecks Tierpark.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 18/2304: Haushalt 2005/2006 Sonderinvestitionsprogramm "Hamburg 2010" (SIP) Zuschuss zur Errichtung eines Tropariums bei Hagenbecks Tierpark (Senatsvorlage) – Drucksache 18/2391 –]

Wer wünscht das Wort? – Herr Beuß.

Wolfgang Beuß CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

"Geh'n wir mal zu Hagenbeck",

das haben schon Generationen von Menschen wie selbstverständlich nicht nur in dieser Stadt, sondern auch weit über Hamburg hinaus gesungen.

Nach Alster, Michel,

(Klaus-Peter Hesse CDU: Ole!)

– ich weiß, da fehlte noch einer, ich hatte gedacht, es kommt jetzt vielleicht von hier –

kommt Reeperbahn und muss in einem Atemzug mit Hagenbeck genannt werden. Das ist ein guter Zusammenhang und alles für sich genommen eine Visitenkarte für die Stadt. Hagenbeck ist vor allen Dingen ein Standortfaktor für unsere Stadt,

(Beifall bei der CDU)

ein Hamburg-Magnet und es reizt Leute, die in den Sommerferien an Nord- und Ostsee Urlaub machen, einen Zwischentrip in unsere Stadt zu machen und Hagenbeck zu besuchen. Dadurch steigen die Übernachtungszahlen in Hamburg. Insgesamt kommt es unserer Wirtschaft zugute.

Die Finanzsituation von Hagenbeck ist im Unterschied zu den meisten großen Zoos in der Bundesrepublik völlig anders. Fast alle bedeutenden Zoos in der Bundesrepublik hängen am Tropf staatlicher Investitionen und permanenter Zuschüsse. Hagenbeck ist privatwirtschaftlich organisiert und finanziert und so soll es auch bleiben.

(Beifall bei der CDU)

Bis auf eine Ausnahme, den Bau des Orang-Utan-Hauses, hat es bisher keine staatlichen Investitionen für Hagenbeck gegeben. Der Tierpark finanziert sich ausschließlich durch Eintrittsgelder, Sponsoren und Spender.

(Zuruf von Dr. Monika Schaal SPD)

– Frau Schaal, zu Ihnen komme ich gleich noch.

Dieses ist eine unsichere Situation, weil sie wetterabhängig ist, und selbst die Dschungelnächte sind im Hochsommer kein Garant dafür, dass Besucher kommen, denn wenn das Wetter schlecht ist, dann bleiben sie nämlich zu Hause.

(Bernd Reinert CDU: Obwohl es im Dschungel auch regnet!)

Deshalb wollen wir versuchen, an dieser Stelle unsere Unterstützung für den Tierpark auszubauen, indem wir sagen, das von Hamburg geplante Troparium ist für Hagenbecks Tierpark eine Investition in die Zukunft. Dort wird auf über 7000 Quadratmetern eine neue Erlebniswelt geschaffen. Es wird einen Expeditionsrundgang geben mit Möglichkeiten des Abstiegs in die Unterwelt, mit Höhlen und Grotten oder durch ein U-Boot-Wrack in die Unterwasserwelt zum Haibecken hin. So etwas hat es bisher nicht in Hagenbeck gegeben. Es ist aber heute Standard für viele andere Events. Vor allem ist es ein wetterunabhängiges Angebot, die Besucher werden auch im Winter gerne in den Tierpark gehen und auch wenn es regnet.

Für Hamburg wird dieses neue Troparium ein Kulturhighlight werden und – das ist mir besonders wichtig – für Hagenbeck wird es durch den Neubau ein neues wirtschaftliches Standbein geben.

- A Wir wollen 10 Millionen Euro investieren, um Hagenbeck langfristig durch den Bau dieses Tropariums wirtschaftlich von staatlichen Investitionen unabhängig zu machen. Mir ist in diesem Zusammenhang ein Präventionsgedanke wichtiger und wertvoller, als das Risiko einzugehen, dass dieses Unternehmen eines Tages "auf der Matte steht" und sagt: Wir können nicht mehr, "Staat, richte du jetzt mal aus".

In der fast hundertjährigen Tradition Hagenbecks in Stellingen gibt es noch einen zweiten Komplex, der mit dieser Drucksache erwähnt wird. Es ist die Freilaufhalle für die Elefantenzucht. Diese noch relativ junge Tradition im Tierpark ist sehr zukunftsfördernd und konnte von Hagenbeck immer wieder promotionmäßig genutzt werden. Gleichzeitig dient der Bau dieser Halle aber auch der Verbesserung der Haltung und Forschung im Bereich der Elefantenzucht.

Ich freue mich sehr über die SPD-Einsicht, Frau Schaal, Hagenbeck an dieser Stelle zu unterstützen. Was Sie, Frau Schaal und Ihre Kollegen vor zehn Jahren in der Bezirksversammlung Eimsbüttel abgeliefert haben, das war kein Ruhmesblatt. Sie haben sich damals gemeinsam mit der Bezirksamtsleiterin sperrig gegen alle Veränderungen bei Hagenbeck ausgesprochen. Sie haben Hagenbeck damals alleine gelassen, das war nicht gut, bis Henning Voscherau Ihnen offensichtlich gesagt hat, wo es längs geht. Aber wenn es an Ihnen gelegen hätte, wäre es für den Tierpark grauslich geworden.

(Beifall bei der CDU)

- B Umso besser ist es – man soll ja auch versöhnlich sein –, dass wir jetzt für die Metropolregion eine neue Initiative auf den Weg bringen. Beide Ausschüsse haben den Bau des Tropariums und der Elefantenhalle einstimmig befürwortet. Jetzt muss heute noch die Bürgerschaft zustimmen. Ich gehe davon aus, dass sie es tun wird. Wir werden dann in absehbarer Zeit ein neues Troparium und ein neues Elefantenhaus im Tierpark in Stellingen bekommen. Das wird hoffentlich der Garant dafür sein, dass auch unsere Kinder und Enkelkinder noch singen können:

"Geh'n wir mal zu Hagenbeck".

– Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält Frau Dr. Stapelfeldt.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Duell der Bundestagskandidaten. Jetzt wissen wir, was dort diskutiert wird!)

Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Tierpark Hagenbeck in Stellingen wird durch den Bau des Tropariums mit der neuen Elefantenhalle noch attraktiver. Das ist gut für Hamburg und das ist gut für die Hamburgerinnen und die Hamburger. Wir stimmen ausdrücklich dafür, mit 10 Millionen Euro aus städtischen Mitteln dieses Projekt zu unterstützen.

Die Präsentation im Kulturausschuss ist bei allen Fraktionen ausgesprochen gut angekommen, hat uns gar begeistert. Herr Beuß, vielleicht wäre es besser gewesen, Sie wären in dem Ausschuss dabei gewesen, vielleicht

auch im Haushaltsausschuss, und würden dieses Thema nicht als Foto-Shooting

(Wolfgang Beuß CDU: Haha!)

für die Kandidatur benutzen. Dann hätten Sie mitbekommen, welche Begeisterung es für das Projekt gibt. Das ist das Erste. Das Zweite ist, dass Sie bei diesem Thema heute in der Bürgerschaft überhaupt nicht auseinander spalten können: hier die Regierung, die etwas Positives gemacht hat, und da die Opposition, die dagegeengehalten hat. Mitnichten, das werden Sie nicht finden.

(Beifall bei der SPD und bei Claudius Lieven GAL)

Wir sind jedenfalls alle gespannt darauf, wie sich das Troparium mit Haibecken, Krokodilsee, Schlammsspringern und dem Reptilienurwald darstellen wird.

Der Tierpark Hagenbeck, meine Damen und Herren, ist weltweit ein Begriff, vor allen Dingen durch die Idee und den Anspruch, die Tiere möglichst artgerecht in gitterlosen Freisichtanlagen und Panoramen, die ihrem natürlichen Lebensraum nachempfunden sind, zu halten und zu präsentieren. Das Troparium wird in diesem Sinne auch im internationalen Maßstab und Vergleich ein ganz neues Highlight sein.

Der Tierpark Hagenbeck ist eine hamburgische Institution und für die Stadt ein hoher Sympathieträger. Er ist ein Ort, der viele Besucherinnen und Besucher, vor allem Familien mit Kindern, auch von außerhalb anzieht, weil er etwas ganz Besonderes hat. Ein Tag bei Hagenbeck ist immer wieder ein Eintauchen in eine ganz neue, ganz besondere Welt. Diese besondere Attraktivität unseres Tierparks lässt sich auch an den Besucherzahlen ablesen. Rund eine Million Gäste besucht jedes Jahr die Freigehege und die wunderschönen Grünanlagen.

Was ich auch wichtig finde und was positiv in einer solchen Debatte hervorzuheben ist, der Tierpark Hagenbeck versteht sich als moderner Zoo. Er hat es sich zur Aufgabe gemacht, die neuen Erkenntnisse über Art und Wesen der Tiere, die im Zuge von wissenschaftlichen Untersuchungen gewonnen werden, an die Bevölkerung weiterzugeben, auch als dauernder Ausbildungsort für Schüler und Schülerinnen, für Studenten und Studentinnen. Auch das ist wichtig für Hamburg.

Außerdem unterstützt der Tierpark Hagenbeck die Ziele der Weltzoo-Naturschutzstrategie und arbeitet durch die Haltung und Zucht vieler von der Ausrottung bedrohter Tierarten mit an der Verwirklichung dieser Ziele, was wir im Übrigen außerordentlich begrüßen.

Sie haben schon darauf hingewiesen, Herr Kollege Beuß, dass der Tierpark Hagenbeck der einzig bedeutende europäische Zoo ist, der noch nie laufende Zuschüsse von der Stadt erhalten hat. Dazu zwei Vergleichszahlen: Der Zoo in München wird jährlich mit 5 bis 8 Millionen Euro, die beiden Berliner Zoos in Ost und West jeweils mit 8 bis 16 Millionen Euro subventioniert. Da ist es klar, dass, wenn man sich nur aus Eintrittsgeldern finanziert, wenig Spielraum für Bewegung ist. Deswegen will ich auch unterstreichen, wie positiv es ist, dass eine 1998 gegründete Stiftung "Tierpark Hagenbeck" es sich zur Aufgabe gemacht hat, den Tierpark mit Spenden und anderen Zuwendungen kontinuierlich zu unterstützen, ebenso wie der "Verein der Freunde des Tierparks".

Die Stadt hat im letzten Jahrzehnt allerdings zweimal nachhaltig den Tierpark unterstützt: einmal durch den

- A Investitionszuschuss von 5 Millionen Euro für das Affenhaus, was erst vor zwei Jahren der Fall gewesen ist, und zum zweiten Mal nachhaltig durch den städtebaulichen Vertrag, der 1996 zwischen dem Bezirk und Hagenbeck geschlossen wurde und der damit dem Tierpark die Möglichkeit gab, auch die überlassenen Flächen zu vermarkten, und damit natürlich auch neuen unternehmerischen Handlungsspielraum ermöglicht hat.

Zur Finanzierung des Tropariums mit der neuen Elefantenhalle Folgendes: Das Projekt wird 21 Millionen Euro kosten. Davon übernimmt jetzt knapp die Hälfte die Stadt, also 10 Millionen Euro, die nach meiner Auffassung gut angelegt sind. Die andere Hälfte erbringt Hagenbeck selbst unter anderem durch Grundstücksverkäufe, aber nicht nur daraus, sondern auch aus Mitteln der Stiftung.

Wir unterstützen diesen Investitionszuschuss und wir wollen, dass Hagenbeck sich als vielfältiger, interessanter und moderner Tierpark weiterentwickeln kann und eine natürlich von Wetter und Jahreszeit unabhängige Attraktion sein wird.

Die Präsentation im Ausschuss hat alle überzeugt. Troparium und Elefantenhaus sind ansprechend gestaltet, wissenschaftlich interessant und können in ihrer Konzeption mit Öffnungszeiten bis in den Abend hinein und gastronomischen Angeboten auch ein Publikumsmagnet werden.

Wir werden also als SPD-Fraktion dieses Projekt ausdrücklich unterstützen und hoffen sehr, dass beides rechtzeitig fertig wird, damit wir am 7. Mai 2007 mit diesen neuen Einrichtungen das hundertjährige Jubiläum von Hagenbeck in Hamburg feiern können.

- B

(Beifall bei der SPD, einzelner Beifall bei der CDU und Beifall bei *Farid Müller GAL*)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält Herr Dr. Maier.

(*Bernd Reinert CDU:* Kandidieren Sie etwa auch für Eimsbüttel als Direktkandidat?)

Dr. Willfried Maier GAL: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Ich muss zugeben, ich hatte diese Inszenierung vorher nicht begriffen. Darum stehe ich jetzt hier. Unser Kandidat für Eimsbüttel heißt Till Steffen und weder Beuß noch Stapelfeldt.

(Zurufe aus dem Plenum)

– Ja, wir haben den Sinn dieser Inszenierung zu spät begriffen.

Ich darf aber – auch im Namen von Herrn Steffen – sagen, dass wir mit dieser städtischen Geldausgabe für Hagenbeck einverstanden sind, damit die Möglichkeit geschaffen wird, dort ein Troparium zu bauen, das hoffentlich viele Besucher und Besucherinnen anziehen wird. Hagenbeck wird 2007 100 Jahre alt und dann soll es fertig sein.

Hagenbeck hat eine merkwürdige Geschichte. Als es gegründet wurde, war es der erste Bürgerzoo.

(*Wolfgang Beuß CDU:* Tierpark, Herr Maier!)

Es handelte sich um kein Gehege, das sich ein Fürst anlegte, sondern eine Bürgerstadt schuf sich einen Zoo,

ein bisschen vor dem kolonialen und dem überseeischen Hintergrund, den Hamburg hatte und hat.

C

Heute ist ein Zoo eine Art Öko-Nische für das Überleben gefährdeter Tierarten. Insofern ist es eine gewisse Ironie der Geschichte, dass ein Zoo inzwischen diese Art von Entwicklung durchgemacht hat.

Man kann sich als Nächstes fragen, warum die zweifellos von allen begrüßte Erweiterung Hagenbecks bei der Kulturbehörde gelandet ist.

(Zurufe: Ja, ja!)

Das ist nicht selbstverständlich. Wahrscheinlich hat die Wirtschaftsbehörde gesagt, sie wolle gar nicht erst in den Verdacht kommen, subventionieren zu wollen. Die Wissenschaftsbehörde hat wahrscheinlich gesagt, sie sei schon völlig überlastet. Am Ende hat man gesagt, die Kulturbehörde könnte das am besten, denn die hat das Programm "Kinder- und Jugendregion Hamburg" aufgelegt. Und wer hat größere Liebe zu den Tieren als Kinder und Jugendliche, die ihre Eltern hinterher ziehen, um dann den Weg über den Trampelpfad zu gehen? Der Trampelpfad, der durch das Troparium geht, ist geschickt angelegt. Er geht vom tropischen Dorf über die Reptilien im Urwald zum Krokodilsee, geht in die Höhlengrotte, am Schlangendorf vorbei, durch die Unterwasserwelt. Dann atmen die Eltern auf und es geht in die Gastronomie.

Also eine ordentliche Anlage des Tropariums, die viel Freude machen wird. Es gibt eine Sache, die man möglicherweise mit einem schmerzenden Augen ansehen kann. Durch den Umstand, dass dort ein großes Warmwasseraquarium entsteht, das sicherlich viele Besucherinnen und Besucher anziehen wird, ist die Planung für ein Ozeanarium in der HafenCity faktisch gestorben. Das kann man wahrscheinlich sagen. Es war ohnehin schon immer schwierig, dafür einen Betreiber zu finden.

D

(*Olaf Ohlsen CDU:* Das ist ja – Gott sei Dank – erledigt!)

Hagenbeck hat sich bereit erklärt, auch am Standort HafenCity mit einem Betreiber zusammenzuarbeiten, aber naheliegenderweise möchte Hagenbeck vor allem seinen Standort stärken. Das ist eine bittere Pille, die wir uns wahrscheinlich dabei einhandeln. Trotzdem bin ich der Meinung, dass es eine vernünftige Sache ist, Hagenbeck zu stärken und dass wir uns darin einig sind, führt dann dazu, dass ich auch weiter nichts mehr sage. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält Senatorin von Welck.

Senatorin Dr. Karin von Welck: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Hamburg setzt mit der heutigen Entscheidung erneut ein Zeichen dafür, dass diese Stadt nicht nur die staatlichen Einrichtungen, sondern auch die traditionsreichen privaten Initiativen im Kulturbereich fördert und dass sie ihr wichtig sind.

Der Tierpark Hagenbeck – wir haben es schon gehört –, der einzige familiengeführte und eigenfinanzierte zoologische Garten in Deutschland – das ist wirklich eine tolle Leistung –, ist eine der wichtigsten Institutionen der Freien und Hansestadt Hamburg, deren Vorbildfunktion inter-

- A nationalen Charakter hat und er ist in der Tat – wie Frau Stapelfeldt es gesagt hat – ein ganz großer Sympathieträger für Hamburg.

Meine Damen und Herren! Die Frage, wie wir mit den natürlichen Lebensgrundlagen umgehen, ist zweifellos eine kulturelle Frage, lieber Herr Maier, und deshalb stehe ich als Kultursenatorin sehr gerne für dieses Thema vor Ihnen.

Hagenbeck hat die modernen Leitgedanken für eine artgerechte, naturnahe Gehegegestaltung und gleichzeitig publikumswirksame, besuchergerechte Präsentationen der Tiere eingeführt. Das Hagenbecksche Tierparkkonzept und die weitläufigen Panoramen gelten heute als ein Meilenstein und als richtungsweisend für die Entwicklung von den ersten Menagerien bis zu den modernen Zoos des 21. Jahrhunderts.

So ist es nur richtig und natürlich, dass die Freie und Hansestadt Hamburg und dieser Senat im Rahmen des Möglichen nicht nur die großartige Tradition dieses Familienunternehmens bewahren, sondern auch dessen Schritte in die Zukunft begleiten und fördern will. Wir wissen, dass gerade im Bereich der Freizeitwirtschaft sowohl die Konkurrenz als auch der Kostendruck, aber auch die Nachfrage wächst. Deshalb, lieber Herr Maier, bin ich ganz sicher, dass ein Aquarium auch in der HafenCity hohe Attraktivität hat. Hagenbeck hat im Übrigen in den Ausschusssitzungen gesagt, dass das Unternehmen auch mit einer derartigen Institution gerne eng zusammenarbeiten werde.

- B Hagenbeck hat es sich zum Ziel gesetzt, mit dem Neubau eines Tropariums, das zum hundertjährigen Jubiläum des Tierparks 2007 fertiggestellt sein soll, die Attraktivität und betriebswirtschaftliche Sicherung des Tierparkbetriebes zu erhöhen. Ein wesentlicher Schritt ist dabei, dass der Tierpark mit dem Bau des Tropariums hinsichtlich der Besucher- und Umsatzzahlen weit weniger abhängig von den Witterungsverhältnissen sein wird und das ist hier in Hamburg natürlich besonders zu begrüßen. Herr Beuß hat darauf schon hingewiesen.

Die neu gewonnene Vielfalt an Veranstaltungen und neuen Angeboten kann zudem die verschiedenen Zielgruppen, die Hagenbecks Tierpark anspricht – ich nenne hier vorrangig und im Kontext der aktuellen Senatspolitik die Familien –, mit neuen Angeboten besser erreichen. Das Troparium ist damit ein weiterer Baustein auf dem Weg Hamburgs zur familienfreundlichen Metropole.

Meine Damen und Herren! Ich bin sicher, dass das Troparium ein ganz großartiges Projekt werden wird. Sie wissen, dass die Finanzierung nach dem Modell der Public-private-partnership erfolgt, das hier sehr gut funktioniert. Ich bin sehr dankbar dafür, dass das private Engagement dafür da ist, aber auch dafür, dass es in unserer Stadt die Möglichkeiten des Sonderinvestitionsprogrammes gibt, mit dem die Stadt zukunftsfähig gemacht werden kann.

Wir sind die Partnerschaft mit Hagenbecks Tierpark sehr gerne eingegangen, weil uns die besondere Bedeutung dieses, zumindest im deutschsprachigen Raum, einzigartigen Tierparks bewusst ist. Deshalb bin ich außerordentlich dankbar, dass diese Initiative von Ihnen, meine Damen und Herren, über alle Fraktionen hin einmütig unterstützt wird. Ich danke Ihnen dafür auch im Namen der künftigen Besucher des Tropariums und freue mich,

das Sie wahrscheinlich jetzt alle für dieses wichtige Projekt stimmen werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen dann zur Abstimmung.

Wer möchte der Empfehlung des Haushaltsausschusses folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall.

Wer möchte den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist einstimmig.

Das ist dann auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Wir kommen zu den Tagesordnungspunkten 41 und 50, zu den Drucksachen 18/2405 und 18/2414: Antrag der Fraktionen der SPD und CDU: Zwangsheirat ächten – Zwangsehen vorbeugen zusammen mit dem Antrag der GAL-Fraktion: Gewalt gegen Frauen nachhaltig bekämpfen: Zwangsheirat ächten – Zwangsehen verhindern.

**[Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU:
Zwangsheirat ächten – Zwangsehen vorbeugen
– Drucksache 18/2405 –]**

**[Antrag der Fraktion der GAL:
Gewalt gegen Frauen nachhaltig bekämpfen:
Zwangsheirat ächten – Zwangsehen verhindern
– Drucksache 18/2414 –]**

Beide Drucksachen möchte die SPD-Fraktion an den Sozialausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Koop.

Karen Koop CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Thema ist in der letzten Zeit in den unterschiedlichsten Gazetten und auch im Fernsehen für meine Begriffe sehr emotional aufgearbeitet worden. Ich habe mich eigentlich ein bisschen dagegen gewehrt und möchte das heute etwas nüchterner betrachten.

Ich erinnere mich da an einen Satz von Dr. Christier, der einmal zu mir bei einem ähnlichen Thema gesagt hat: Hören Sie doch auf mit Ihrem Betroffenheitskult, Frau Koop. Deshalb möchte ich es auf eine nüchterne Basis stellen.

Wir haben in unserem Verwaltungslogo, das wir nicht geschaffen haben, statt des geschlossenen Tors, das wir bisher gehabt haben, ein offenes Tor und das war in den letzten Jahren wahrhaftig weit offen. Wir haben eine Menge an Zuwanderern in unserer Stadt willkommen heißen. Diesen Neubürgern auf Zeit oder auf Dauer steht natürlich, genau wie uns allen, der Schutz der Grundrechte, das heißt der Schutz unseres Grundgesetzes, unserer Verfassung zur Verfügung. Das Bewusst-

C

D

- A sein, diesen Schutz genießen zu können oder auch nötig zu haben, hat eine merkwürdige Entwicklung genommen.

Lassen Sie uns ein wenig zurückgehen und überlegen, wie. Die Zuwanderer sind ja in einzelnen Wellen gekommen. Die erste Welle, die bei uns angekommen ist, war geprägt von Arbeitssuche. Da hat man eigentlich das Gefühl gehabt, dass sie sich zum Teil ganz abgeschottet haben, weil sie das Gefühl hatten, wir gehen sowieso bald wieder zurück, zum Teil aber haben sie auch starke Anpassungs- und Assimilierungstendenzen gezeigt und waren in der Religionsausübung dann eher unauffällig. Das war nicht der treibende Teil, mit dem sie sich identifiziert haben.

Die zweite Welle war geprägt vom Familiennachzug. Jetzt kommen ganze Familienverbände zusammen und pflegen mit Intensität auch ihre heimatlichen, kulturellen Eigenarten. Das ist die hohe Zeit der positiven Multikulti-Erfahrung, die wir auch alle mitgemacht haben. Da entstanden mit einem Mal die italienischen, spanischen und türkischen Restaurants. Die Läden sind entstanden, es waren Straßenfeste. Ich erinnere mich, dass wir bei uns auch einen ganz intensiven Austausch mit unseren Nachbarn hatten. Diese Zeit war auch davon geprägt, dass man die Religion neugierig betrachtete, dass man sie kennen lernen wollte und auch eine größere Bedeutung gefunden hat.

In den letzten Jahren sind die Zuwanderer, die nach Deutschland gekommen sind, eher von negativer, kriegserfahrener Erfahrung geprägt gewesen. Das heißt, wir haben einen großen Teil Flüchtlinge dazu bekommen – Flüchtlinge, traumatisiert, vertrieben und ohne besonderen heimatlichen Bezug, weil sie ganz sicher sein konnten, dass sie nicht wieder zurück konnten. Die haben einen ganz starken Rückhalt in ihrem Familienverband und auch in ihrer Religion gehabt und jetzt wird die Religion zur Identität. Ich habe das am eigenen Leib erlebt, dass mir ein kleiner Türke gesagt hat, guck mal die ist eine Ungläubige, weil er mein kleines Kreuz gesehen hat. Wir haben dann darüber gesprochen und er hat eingesehen, dass das wohl nicht der Fall ist, sondern dass man als Christ auch ein gläubiger Mensch sein kann. Aber er brachte dieses Wissen eben von Zuhause mit. Da wird die Religion jetzt in zunehmendem Maße auch zur Abgrenzung und das ist eigentlich das, was auch besorgniserregend ist, denn aus meinen kleinen selbstbewussten Türken sind dann ganz bewusste Moslems geworden, was zuweilen durchaus positiv zu sehen ist. Aber man muss auch sehen, dass es da auch andere Effekte gibt. Mit diesem ganz bewussten Moslemtum ist natürlich auch die Rückbesinnung gekommen.

(Luisa Fiedler SPD: Wie reden Sie denn?)

– Ich lebe in einer ganz normalen Umgebung und habe mit ganz normalen Kindern zu tun,

(Luisa Fiedler SPD: Was benutzen Sie für Begriffe?)

die dieses in unsere Schulen hineintragen, liebe Frau Fiedler, und das gebe ich hier wieder.

Die Einhaltung der patriarchalischen Ordnung – und genau das ist es, was unsere Zwangsheirat begründet – ...

(Unruhe im Hause – Glocke)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Frau Abgeordnete, darf ich Sie kurz unterbrechen. Es ist hier so laut. Ich möchte darum bitten, die Gespräche draußen weiter zu führen. Vielen Dank.

Karen Koop (fortfahrend): Die patriarchalische Herrschaftsordnung bringt natürlich mit sich, dass man sich ein- und unterordnen muss. Wer meint, dass er diese überkommene Ordnung auf deutschem Boden oder hier bei uns in Hamburg ausüben kann, der muss sich darüber im Klaren sein, dass er verfassungswidrig handelt.

Ich gehe einmal die Grundrechte durch: Artikel 1, Artikel 2, Artikel 3. Wer diese missachtet, muss wissen, dass er sich strafbar macht.

Die Einhaltung der starken patriarchalischen Ordnung bringt natürlich ganz besonders junge Frauen, aber natürlich auch junge Männer, in Gewissenskonflikte, einmal zwischen den von den Familien geforderten Verhaltensweisen und zum anderen zur Gesellschaftsordnung, die wesentlich freier und verführerischer ist, wenn man das so nennen will.

Aber wir müssen deutlich machen – und das ist auch etwas, das immer wieder in unsere Erziehungsprogramme gehört –, wer seine Kinder oder seine Frau als persönliches Eigentum betrachtet und meint, über sie verfügen zu können, handelt verfassungswidrig. Wenn einer jemanden zu Verhaltensweisen zwingt – sei es in der Bildung, sei es in der Kleidung oder in der Lebensweise –, die dieser nicht will, denen er aber gehorchen will, weil er den Eltern gehorchen muss, dann ist das verfassungswidrig.

(Beifall bei der CDU)

Wer physische und psychische Gewalt ausübt und jemanden zur Heirat zwingt, der handelt verfassungswidrig. Eine erzwungene Zustimmung, nur weil man den Eltern nicht widersprechen darf, ist auch nicht mit Artikel 4 oder Artikel 6 zu rechtfertigen. Wer dennoch so handelt, handelt verfassungswidrig. Es ist beschämend für uns, dass uns junge muslimische Frauen auf den Umstand aufmerksam machen müssen, dass sie ein Recht auf die Erfüllung ihrer Grundrechte haben. Und es ist unerträglich, wenn Leute über diesen Umstand hinwegsehen und irgendwie versuchen, das mit einer multikulti-rosaroten Brille zu erklären und als kulturelle Eigenart verteidigen wollen.

Darüber hinaus ist es unverantwortlich – auch für den Fortbestand unserer rechtlichen Ordnung –, dass wir diese Verletzungen der Verfassung einfach tolerieren oder anscheinend tolerieren, denn im Grunde genommen verhalten wir uns dem gegenüber gleichgültig. Eine solche Toleranz ist keine echte Toleranz. Es gibt keine Toleranz zur Intoleranz. Das ist nicht von mir, sondern das ist von Jaspers.

Ich will jetzt keine generelle Schuldzuweisung geben. Ich weiß, dass viele Muslime diese Handlungsweisen genauso verwerflich finden. Aber wer Integrationsmaßnahmen fordert, der muss auch auf Integrationsbereitschaft stoßen. Solche Zwangsmaßnahmen, wie sie uns in zunehmendem Maße berichtet werden, konterkarieren jede Integrationsmaßnahme. Wir haben noch eine Menge offener Fragen in diesem Fall und müssen eine Menge Ideen verwirklichen. Wir brauchen dazu Fakten, Daten und Auflistungen, die wir in unserem Antrag auch einge-

- A fordert haben. Wir brauchen darüber hinaus auch den Kontakt mit den entsprechenden muslimischen Kulturvereinen, um uns darüber, wenn Sie sagen, dass es Einzelfälle sind, genauer zu informieren. Es sollte letztendlich ein Handlungskonzept entstehen, das uns diesem Missstand Abhilfe leisten lässt.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Mandel.

Doris Mandel SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wer hätte vor 30 Jahren gedacht, dass wir im Jahre 2005 in einem deutschen Parlament über ein Phänomen wie Zwangsehe debattieren werden? Ich glaube, niemand von uns. Frau Koop, Sie sagten, es sei ein gemeinsamer Antrag, und ich freue mich auch sehr, dass Sie unserer Initiative, diesen Antrag stellen zu wollen, gefolgt sind. Vielen Dank.

Frau Koop, in Deutschland leben mehrere Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Darunter etwa 3,5 Millionen Muslime. Davon sind circa 70 Prozent aus der Türkei zu uns gekommen. Ich möchte an dieser Stelle ganz deutlich sagen, dass sich der größte Teil dieser Menschen in Deutschland gut integriert hat und wir ihnen vieles zu verdanken haben. Sie haben einiges aufgeführt. Noch in unserer Kindheit gab es im Winter mit Sicherheit nicht so leckeres Gemüse, es gab eine weniger große Auswahl. Wir haben von dieser Vielfalt in ganz vielen Lebensbereichen profitiert. Ich kann nur unterstreichen, wie freudig wir auch diese Menschen, die uns Neues und andere Sichtweisen gebracht haben, begrüßt haben.

- B Aber ein Teil dieser dauerhaft in Deutschland lebenden Migranten lebt in Parallelgesellschaften, in denen den Frauen einzig und allein die traditionelle Frauenrolle zugeordnet wird: Heim, Herd und Kind. Das kann mit unseren Ansprüchen, die auf unserem Grundgesetz beruhen, natürlich nicht in Einklang gebracht werden. Traditionell werden in der Türkei oft Ehen gestiftet, also von den Familien arrangiert. Dies ist ein Phänomen, das wir bis vor 100 Jahren auch in Deutschland kannten. Das gab es bei uns überwiegend in ländlichen Bereichen. Das Problem hierbei ist aber die Abgrenzung zur Zwangsheirat und diese Grenze, meine Damen und Herren, ist fließend. Ein Hauptgrund für die Zwangsheiraten liegt sicherlich auch in unserem deutschen Ausländerrecht, denn der Ehepartner erhält nur durch die Heirat das Aufenthaltsrecht, das offensichtlich zu einer Art teurer Handelsware geworden ist.

Nach der derzeit geltenden rechtlichen Definition liegt eine Zwangsheirat vor, wenn mindestens ein Partner mittels körperlicher oder psychischer Gewalt zu dieser Ehe gezwungen wird. Religiöse Begründungen für eine Zwangsverheiratung gibt es nicht, denn eine gültige Ehe setzt auch im Islam ein gegenseitiges Einverständnis beider Ehepartner voraus, diese Ehe eingehen zu wollen. Offizielle Daten über das Ausmaß dieser Zwangsverheiraten liegen uns leider noch nicht vor. Beratungsstellen und Menschenrechtsorganisationen berichten aber – so zum Beispiel TERRE DES FEMMES –, dass man davon ausgehen muss, dass es in Deutschland mehrere tausend Zwangsverheiraten pro Jahr in Deutschland gibt und das ist aus meiner Sicht eine unerträgliche Situation.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

C

Wir müssen sicherstellen, dass alle kulturellen und religiösen Gruppen in Deutschland das Grundgesetz achten. Das Recht auf Gleichberechtigung, Gleichstellung im grundgesetzlichen Sinne steht allen in Deutschland lebenden Menschen zu und nicht nur den Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit. Wir brauchen ein Klima der Akzeptanz der verfassungsrechtlichen Grundwerte, damit auch die Gleichberechtigung der Frauen, ob mit oder ohne deutsche Staatsangehörigkeit, gelebt werden kann. Wir brauchen Deutschkurse für diejenigen Frauen, die kein Deutsch können, oder aber deren Sprachkenntnisse so gering sind, dass sie sich über ihre Rechte in Deutschland gar nicht richtig informieren können. Wir müssen diejenigen Frauen unterstützen, die einer Zwangsheirat entkommen wollen, sei es vor oder nach der Hochzeit. In erzwungenen Ehen wird nicht selten Gewalt ausgeübt, sondern es ist sehr häufig gerade in diesen Fällen von übermäßig vorhandener Gewalt die Rede.

Wir brauchen für diejenigen, die aus solchen Familien flüchten, Plätze in Frauenhäusern und wir brauchen dringende Beratungs- und Therapiestellen, die in der Lage sind, auch fremdsprachliche Beratung leisten zu können.

(Beifall bei der SPD, vereinzelt bei der GAL und bei *Ekkehart Wersich und Alexander-Martin Sardina*, beide CDU)

Gerade in diesem Bereich der Beratungsstellen für Frauen hat der Senat die Mittel gekürzt. Wenn wir Integration wirklich wollen und nicht nur Sonntagsreden halten wollen – so wie ich jetzt gerade –, muss der Senat die Mittel für Beratung und die Hilfen für Opfer aufstocken. Auch das sollte uns klar sein.

D

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Wir wollen ihnen ja helfen und ihnen die Flucht aus diesen Zwängen ermöglichen. Deswegen müssen wir dann auch – wie man hier in Hamburg sagt – "Butter bei die Fische" tun. Wir müssen die muslimischen Gemeinden und die Imane erreichen. Sie können wichtige Mittler zwischen den Kulturen sein. Wenn in den Moscheen das Thema Zwangsheirat auf der Grundlage unseres Grundgesetzes und der Menschenrechte im Allgemeinen diskutiert und offiziell abgelehnt wird, kann dabei vielleicht etwas für die Frauen erreicht werden. Eine Zwangsheirat verstößt gegen die Menschenwürde. Gegenüber Zwangssehen darf es in unserer Gesellschaft, auch nicht unter dem Vorwand Traditionen oder Sitten und Gebräuche, keine Toleranz geben. Null Toleranz gegenüber Zwangssehen und Zwangsverheiraten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte Sie, mit Ihrer Stimme die Überweisung unseres gemeinsamen Antrages in den Sozialausschuss zu unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Möller.

Antje Möller GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das ist tatsächlich eine der wenigen Gelegenheiten, wo wir einvernehmlich ein Thema diskutieren und auch versucht haben, einvernehmlich einen interfraktionellen Antrag zu entwickeln. Ich möchte in dieser Debatte

- A aber auch deutlich machen, warum dieses nicht gelungen ist. Allein diese zwei Redebeiträge und meiner dazu werden Ihnen sicherlich deutlich machen, dass uns der Ansatz, wie man an das Thema Zwangsheirat herangeht – vielleicht sogar Verbrechen im Namen der Ehre, um das noch ein bisschen deutlicher zu sagen –, schon sehr unterscheidet.

Wir haben zum Thema Zwangsheirat noch zwei deutliche Punkte. Wir haben auf Initiative der Grünen das Thema auf Bundesebene als besonderen Nötigungstatbestand in das Strafgesetz aufgenommen. Inzwischen hat der Bundesrat zugestimmt. Von daher ist das auch einvernehmlich gewesen. Damit ist ein gesetzliches Instrumentarium zur wirksamen Bekämpfung von Zwangsheirat geschaffen. Aber das reicht nicht, wir müssen ja in der Gesellschaft etwas verändern. Wir haben es nicht mit einem neuen Phänomen in dieser Gesellschaft zu tun, Frau Koop. Es sind auch nicht die Neuzuwanderer, die dieses Thema in unsere Gesellschaft bringen, sondern das ist ein traditionelles Problem der Gewalt gegen Frauen in patriarchalen Systemen.

(Luisa Fiedler SPD: Seit Jahrhunderten!)

So ist es nun mal.

(Beifall bei der GAL)

Deswegen muss man es auch genau dort einordnen. Es hat etwas mit Gewalt gegen Frauen zu tun. Es ist sozusagen die Kampfansage gegen die Gleichstellung von Männern und Frauen und so möchten wir es auch gerne behandelt sehen. Es ist überhaupt kein Problem der Religion. Die UN formuliert nicht ansatzweise, dass es ein religiöses Problem ist, sondern sie geißelt sehr stark dieses Phänomen, dass die traditionelle patriarchale Gesellschaftsstruktur dazu führt, den Frauen nicht ihre Recht zuzugestehen,

B

(Karen Koop CDU: Aber im Koran ist es drin!)

sondern sie auch noch zu Heiraten zu zwingen. Das ist ein kulturelles und kein religiöses Problem, Frau Koop. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der GAL – Karen Koop CDU: Es ist auch ein religiöses Problem!)

– Nein, es ist keins. Frau Mandel hat das auch schon sehr deutlich gesagt.

(Luisa Fiedler SPD: In Italien ist es auch so, seit Hunderten von Jahren!)

– Frau Fiedler, vielleicht können Sie nach mir noch einmal reden. Dann können wir das alle hören.

Frau Mandel hat sehr deutlich gesagt, dass es kein religiöses Problem ist. Deswegen brauchen wir zum Beispiel auch die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in der Migrantengemeinschaft auf unserer Seite. Wir müssen gemeinsam mit der Schura und anderen religiösen Gemeinschaften auf die Gemeinde zugehen und sagen: Hier habt ihr und wir alle ein Problem, das wir lösen müssen. Das können wir nicht hier in einer fast akademischen Debatte in der Bürgerschaft, im Übrigen auch nicht im Ausschuss, sondern wir müssen die Menschen, die betroffenen Frauen und Mädchen erreichen. Wir müssen aber auch die Vereine und Gruppen auf der Seite der Migrantinnen und Migranten erreichen. Die müssen sich des Themas annehmen, nicht wir. Das ist eines der Hauptprobleme.

Natürlich hat es etwas mit versäumten Integrationsbemühungen zu tun. Wir sind bei diesem Themenbereich auch bei der Teilnahme am Schwimmunterricht, Sexualkundeunterricht. Das ganze Thema der Geschlechterrollen in unserer Gesellschaft ist viel zu lange vernachlässigt worden. Das ist aber trotzdem nicht ein Teilproblem in unserer Gesellschaft, sondern wir alle müssen es lösen. Ich glaube, das kann man so, wie wir es jetzt hier versuchen, natürlich auch angehen. Wir müssen die Betroffenen wirklich erreichen. Das kann man nicht, indem man immer wieder sagt, es hat etwas mit der Religion zu tun, sondern es ist eine Tradition, die seit Jahrtausenden in der Welt gepflegt wird und wir in der westlichen Welt sind ein bisschen weiter damit, sie abzubauen. Trotzdem sind wir nicht frei davon, denn das Thema Gewalt gegen Frauen – auch das hat Frau Mandel eben gesagt – ist weiterhin ein aktuelles.

C

Wir wollen, dass dieses Thema die Öffentlichkeit erreicht, dass sich das Problembewusstsein zu diesem Thema weiter entwickelt und dazu gehört auch, dass die Männer und die Jungen in die Arbeit an diesem Thema einbezogen werden. Das fehlt in dem Antrag der SPD und der CDU. Wir wünschen uns natürlich auch, dass in der gemeinsamen Ausschussbefassung – ich freue mich, dass das überwiesen wird – vielleicht eine Ergänzung dieses Forderungskataloges an den Senat in Bezug auf die Unterstützung von Jungen- und Männerarbeit in diesem Bereich stattfindet und dass wir uns dann vielleicht doch auf eine gemeinsame Herangehensweise an dieses Thema verständigen können. Nicht gemeinsam unter den Fraktionen, sondern auch gemeinsam mit allen Gruppen in der Gesellschaft, die mit Migrations- und Flüchtlingsarbeit zu tun haben, die sich aber auch mit kultureller und religiöser Arbeit auseinander setzen. – Vielen Dank.

D

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Özoguz.

Aydan Özoguz SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das meiste ist schon gesagt worden. Ich möchte nur ganz wenige Punkte ergänzen.

Frau Koop, Sie sagten zu Recht, dass Gleichgültigkeit kein guter Ratgeber sei. Aber ich möchte dazu doch kritisch anmerken, dass ein einseitiges Weltbild auch kein guter Ratgeber ist.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich möchte auch sagen, warum. Sie haben das Bild aufgemacht von den Menschen, die zu uns gekommen sind, geprägt von negativer, kriegerischer Erfahrung et cetera. Die wenigsten Flüchtlinge – wie Sie wissen – durften überhaupt bei uns bleiben. Die meisten müssen das Land wieder verlassen. Das heißt, diese Gruppe allein, die solche Erfahrungen mitgebracht hat, ist gar nicht unbedingt nur unser Problem. Wir haben aber durchaus auch in Hamburg die Erfahrung, dass bei uns Menschen nachziehen. Sie haben den Familiennachzug angesprochen. Menschen, die nachziehen, ziehen häufig – übrigens in allen Einwanderungsländern dieser Welt – dort hin, wo schon andere leben, die ähnlich sind wie sie, die die gleiche Sprache sprechen et cetera. Das ist zunächst einmal ein ganz normales Phänomen.

Schwierig wird es aber in dem Moment, wo sich dann Clans bilden und junge Frauen und übrigens auch junge

- A Männer – das muss man hier einmal ganz deutlich sagen – unter den Druck geraten, nicht mehr frei wählen und entscheiden zu können, wie ihr Lebensweg sein soll. Darum müssen wir sehr viel über die Ursachen nachdenken, die dazu führen, dass diese Wahlentscheidung nicht da ist.

Nun ist schon eben sehr viel gesagt worden. Ich möchte aber noch einmal Folgendes im Besonderen betonen: Die Bildungsmöglichkeit beispielsweise – und das ist in diesem Fall tatsächlich schon wissenschaftlich belegt – bei jungen Frauen und Männern führt zum Beispiel dazu, dass sie sehr viel seltener in eine Situation kommen, in der sie unter solchem Druck der Eltern stehen, dass sie sich zwangsverheiraten lassen.

Ich möchte Sie in diesem Fall schon auf die Politik Ihres Senates aufmerksam machen. Wir werden ja darüber diskutieren. Wir müssen ja, Gott sei Dank, heute gar keine abschließende Diskussion darüber führen. Wir müssen uns aber darüber Gedanken machen, wie es dann zusammen passt, wenn man Sprachkurse nicht mehr überall, zum Beispiel an den Volkshochschulen, anbietet, wenn man in bestimmten Bereichen Menschen die Beratungsangebote wegekürzt, gerade diesen Frauen, über die wir ja gerade sprechen. Wir werden uns diesem Thema ja widmen.

Ich möchte auf eine Sache hinweisen, ich glaube, sie ist nicht so explizit genannt worden: Vielleicht erinnern sich einige hier in der Saal an den Film "Yasemin" von Hark Boom. Er hat eines – finde ich –, und damals einzigartig, herausgearbeitet: Junge Frauen und junge Männer, die unter einem solchen Druck stehen, wollen nicht immer nur aus der Familie herausgerettet werden – das ist manchmal auch das politisch romantische Bild –, sondern sie wollen eine Basis dafür bekommen, dass sie dennoch mit ihrer Familie, so gut es eben geht, in Kontakt bleiben können, mit ihrer Familie leben können und trotzdem den Weg in unsere, die gewünschte Gesellschaftsordnung finden. Wir sind diejenigen, die hier die Brücken bauen müssen. Unsere Verfassung sieht ja alles schon vor. Wir brauchen gar kein neues Strafrecht hierzu. Das wissen wir. Aber wir dürfen uns eben nicht nur damit begnügen, zu sagen, wir müssen ein neues Strafrecht finden, damit dies noch stärker bestraft wird. Bestrafung ist völlig klar, aber wir müssen die Brücken für diese jungen Menschen bauen, um sie auf eine sehr gute Plattform zu stellen, damit sie sich behaupten können, und damit dann diejenigen, die wiederum nachkommen, genau dies weiter mit sich führen. Das ist eine sehr schwierige Aufgabe, die wir zu meistern haben. Meine Kollegin, Luisa Fiedler, rief ja eben ein, in Italien hätten wir dieses Problem schon seit hundert Jahren. Ich wehre mich persönlich dagegen, dass man alles in einen Topf wirft, arrangierte Ehen seien immer gleich Zwangsehen et cetera. Wir müssen uns sehr stark auf den Bereich konzentrieren, wo Zwang, wo Druck ausgeübt wird, wo die Wahlfreiheit von jungen Menschen beschnitten, wo diese sich eben nicht so behaupten können, wie sie es selbst wollen.

Wir müssen diesen Weg gemeinsam finden, denke ich. Wir werden auch dem GAL-Antrag zustimmen, weil wir ihn auch in dieser Richtung sehr schön finden. Wir glauben aber, dass auch der Schritt sehr wichtig ist, den wir hier gemeinsam gegangen sind, nämlich einmal eine gemeinsame Basis zu finden, die Diskussion im Ausschuss zu führen. Ich hoffe, dass wir – und zwar nicht immer nur mit dem Bild "die Religion bestimmt alles", da

kommen wir auf den falschen Pfad – auf den Weg kommen, wie junge Menschen zu einer wirklich freien Wahlentscheidung gelangen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL und bei Karen Koop CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 18/2405 und 18/2414 an den Sozialausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 42 auf, die Drucksache 18/2406, den Antrag der CDU-Fraktion: Nutzung von öffentlichen und privaten Flächen zur Werbung.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Nutzung von öffentlichen und privaten Flächen zur
Werbung – Drucksache 18/2406 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Hesse, bitte.

Klaus-Peter Hesse CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Braucht Hamburg mehr Werbung? Tendenziell und emotional würde ich ja sagen, unsere Stadt ist so wunderbar, so schön ...

(Glocke)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Ich möchte Sie kurz unterbrechen. Meine Herren dort hinten rechts, ich bitte Sie, Platz zu nehmen oder hinaus zu gehen. Vielen Dank.

Klaus-Peter Hesse (fortfahrend): – Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Tendenziell und emotional würde ich ja sagen, wir brauchen eigentlich gar nicht mehr Werbung im Stadtbild. Das, was wir haben, reicht.

(Beifall bei der GAL)

Wir wollen auch unser Stadtbild erhalten, wie es ist. Wir haben ein wunderschönes Stadtbild, auf das wir stolz sein können, mit fünf Hauptkirchen, mit dem Rathaus, mit denkmalgeschützten Gebäuden. Aber wenn man sich mit diesem Thema ein bisschen intensiver beschäftigt, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, findet man doch den einen oder anderen Punkt, wo es sich vielleicht lohnt, nachzudenken, ob nichts von dem, was in Vergangenheit beschlossen wurde, vielleicht ein bisschen reformbedürftig ist. Bei diesen Gedanken, die man sich gemacht hat, gibt es Beispiele, wo wir als CDU-Fraktion gesagt haben, da müssen wir reformieren und Ansätze bringen, weil es nicht mehr zeitgemäß ist. Werbung hat mittlerweile in unserer Gesellschaft im Stadtbild eine ganz andere Bedeutung und Werbung hat auch als Einnahmewerkzeug eine immer größere Bedeutung für die Stadt. Deswegen müssen wir auch gucken, wo Veränderungen sinnvoll sind, ohne auf der anderen Seite unser wunderschönes Stadtbild zu beeinträchtigen.

(Beifall bei der CDU – Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe übernimmt den Vorsitz.)

C

D

- A Da gibt es Beispiele. Ich nenne einmal eines, über das auch schon öfter in der Stadt diskutiert wurde, das ist unsere Alster. Dort finden regelmäßig Segelveranstaltungen statt, aber die Vereine, die wir an der Alster haben – große Segelvereine mit Tradition, NRV, HSC – sagen, sie hätten ernsthaft Probleme, sich für Regatten zu bewerben, weil die Anforderungen für solch eine Regatta es mittlerweile notwendig machen, dass zumindest während der Regatta für die Finanzierung der Veranstaltung Werbung gemacht wird. Das ist zurzeit in Hamburg nicht möglich. Wir wollen eine Sportstadt sein, wir wollen hier auch Sportveranstaltungen haben und deswegen, glaube ich, ist es notwendig, sich diese Verordnung anzuschauen und die Änderungen zu treffen, die notwendig sind, damit wir weitere und auch größere Veranstaltungen auf der Alster haben können.

(Beifall bei der CDU)

Ich nenne ein zweites Beispiel, Museen und Kultureinrichtungen. Häufig müssen wir ja – die Senatorin hört zu – sehr viel Geld in die Restaurierung oder Sanierung unserer Museen stecken. Warum soll allein der Steuerzahler dafür aufkommen? Warum schafft man hier nicht zum Beispiel einmal Ausnahmetatbestände, dass in der Phase, in der ein Gerüst an so einem Museum steht, dort auch Werbung hängen kann. Es geht ja nicht darum, unsere Museen für immer mit irgendeiner Werbung zu verhängen, sondern es geht wirklich nur darum, durch Werbung Einnahmen zu akquirieren und damit das Geld, das der Steuerzahler dafür bezahlen würde, zu minimieren. Warum nicht? Ich denke, da müssen wir neu nachdenken, da müssen wir Möglichkeiten schaffen und ich würde mich sehr freuen, wenn der Senat da kreative Lösungen vorschlagen würde, dass auch solche Finanzierungen möglich sind.

B

Ein weiterer Punkt: Wir haben in der letzten Legislaturperiode in den Medien eine große Diskussion zum Dock von Blohm & Voss gehabt. Darf da Werbung hängen? Wenn ja, welche Werbung darf da hängen? Ist sie maritim, ist sie nicht maritim? Ich habe festgestellt, dass es, was zum Beispiel das Dock betrifft, aber ich kann auch das SAS Plaza nennen, doch sehr unterschiedlich gehandhabt wird, ob einmal etwas hängen darf oder einmal nicht. Der CDU-Fraktion geht es darum, dass kurzfristig zu bestimmten Veranstaltungen auch gewisse Werbung am Dock und am SAS Plaza hängen darf. Dafür muss es klare, transparente Vorschriften geben. Ich glaube, dass eine Weltstadt wie Hamburg es auch erlauben muss, dass an solch exponierten Stellen zeitweise, während Kultur- oder Sportveranstaltungen Werbung hängen darf.

Als letzter Punkt: Wir sind eine wachsende Stadt, wir sind eine Wirtschaftsmetropole, aber unsere Hamburger Bauordnung sieht zum Beispiel, was Beflagung von Firmen oder Werbung auf Böschungen angeht, ganz restriktive Verbote vor. Auch hier, das muss man deutlich sagen, müssen wir umdenken. Wir müssen auch sagen, wenn wir in Hamburg Arbeitsplätze haben wollen, wenn wir Unternehmen nach Hamburg ziehen wollen, dann müssen wir ihnen auch die Möglichkeit geben, sich darzustellen und für ihren Zentralsitz, den sie dann hier in Hamburg haben, zu werben. Auch dort, denke ich, ist eine Überarbeitung der Hamburger Bauordnung notwendig.

(Beifall bei der CDU)

Das letzte Mal habe ich mit Herrn Müller, als wir unsere Große Anfrage hier eingebracht haben, diskutiert und er

hat auch signalisiert, dass er auch den einen oder anderen Veränderungs- oder Verbesserungsbedarf in dieser Frage sehe. Ich habe auch mit Frau Veit debattiert. Ich hatte letztes Mal den Eindruck, dass sie die Bedeutung dessen, was wir diskutieren noch nicht richtig verinnerlicht hatte. Frau Veit, für die SPD-Fraktion eine klare Antwort, die wir hier alle verstehen: Erstens sind Sie dagegen, dass zeitweilig am Dock Werbung hängen kann. Zweitens sind Sie dagegen, dass auf der Alster zeitweise Veranstaltungen beworben werden können, und drittens sind Sie dagegen, dass durch Unterstützung von Museen und kulturellen Einrichtungen in der Zeit, da dort ein Gerüst steht, Firmen werben können, um Geld zu akquirieren. Ich hoffe nicht. Es wäre schön, wenn ich gleich in Ihrer Rede eine klare Antwort darauf bekäme.

Zum Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich Ihnen etwas berichten. Ich bin vorhin, als ich ins Rathaus gekommen bin, am Völkerkundemuseum vorbei gefahren und habe dort ein wunderschönes WM-Plakat gesehen, das auf die Weltmeisterschaft 2006 hinweist.

(Beifall bei der CDU)

So ist es richtig. So erfreut es und ich glaube, wir sollten alle Freude an der Weltmeisterschaft 2006 in unserem Land haben und sollten auch gerade zu solch besonderen Ereignissen, was Werbung angeht, gucken, was in unserer Stadt möglich ist.

Wenn man sich allerdings unseren rotgrünen Bezirk Nord anguckt, hat der gerade in seiner letzten Bezirksversammlung beschlossen, dass zur Weltmeisterschaft 2006 im Bezirksamt Nord nicht geworben werden solle, weil man meinte, das Stadtbild des Bezirkes Hamburg-Nord würde verschandelt.

(Frank-Thorsten Schira CDU: Unmöglich!)

Das ist Ihre WM-Politik, das ist Ihre Sportpolitik. So gehen Sie mit Werbung für wichtige Veranstaltungen um, die in unserer Stadt stattfinden. Das ist der falsche Weg. Insofern, liebe Kolleginnen und Kollegen, unterstützen Sie bitte diesen Antrag, schaffen Sie mehr Flexibilität und stimmen Sie hier zu.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Das Wort hat jetzt Frau Veit.

Carola Veit SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ja, Herr Hesse, Werbung in Hamburg ist ja ein schönes Thema, aber ich denke, die CDU zumindest macht im Augenblick keine Werbung für Hamburg, jedenfalls nicht angesichts der wirtschaftspolitischen Katastrophen, die dieser Senat derzeit produziert und die wir ja heute schon besprochen haben.

(Beifall bei der SPD)

Aber zum Thema. Herr Hesse, dass offenbar auch Sie davon überrascht waren, dass Ihr Erster Bürgermeister gestern öffentlich verkündet hat, der Senat sei nicht beratungsresistent, finde ich ja beruhigend. In Wahrheit hätten Sie das aber auch schon früher erkennen können, spätestens nämlich, als der zweite Entwurf für die neue Bauordnung bekannt wurde, den der Senat bekanntlich nächste Woche beschließen will. Nach mehrjähriger Prüfung und auch in Kenntnis Ihrer eben angesprochenen, vor einem halben Jahr in diesem Hause diskutierten Gro-

C

D

- A ßen Anfrage ist, o Wunder, auch der für Werbeanlagen zuständige Paragraph 13 der Hamburgischen Bauordnung neu gefasst worden. Herr Hesse, haben Sie eigentlich Ihren Laden gar nicht im Griff? Das hätte Ihnen wirklich einmal jemand sagen können, bevor Sie hier mit solch einem überholten Antrag antanzen. Oder ist das schon Ihre vorweggenommene Kritik am Senatsentwurf für die neue Bauordnung?

Wir werden uns im Stadtentwicklungsausschuss sicher darauf verständigen, uns im Herbst ausführlich, vielleicht sogar in einer Anhörung, mit der Neufassung der Bauordnung zu beschäftigen. Genau dort gehört Ihr Antrag auch hin. Jedenfalls ist er in der Ausschussberatung besser aufgehoben als in der Rundablage des zuständigen Senators.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Beantworten Sie doch einmal meine Fragen, Frau Veit!)

– Dazu kommen wir, Herr Hesse.

Weil Sie die Entwürfe ja offenbar nicht gelesen haben, will ich Ihnen gern auch mitteilen, wie Ihr Senat nächsten Dienstag über die von Ihnen aufgeworfenen Fragen zu entscheiden gedenkt. Die Baubehörde ist nach eingehender Prüfung auf die gleichen Bedenken und Schwierigkeiten gestoßen, die ich hier für meine Fraktion schon vor einem halben Jahr geäußert habe. Der entscheidende Punkt ist nämlich ganz einfach, dass es "ein bisschen erlaubt" nicht gibt. Der Erhalt unseres einmaligen Stadtbildes braucht klare Regeln – da haben Sie völlig Recht, da sind wir uns total einig –, Regeln, die auch Bestand haben, wenn Lidl, Aldi und Beate Uhse Gleichbehandlung fordern.

- B Fünf Punkte hat Ihr Antrag, drei davon sind völlig überholt. Ich will es Ihnen erklären: Wie schon bisher finden wir auch künftig in Paragraph 13 der Bauordnung die Vorschriften für Werbeanlagen. Da wollen Sie jetzt den Senat ersuchen – Sie haben es eben erläutert –, Hamburger Firmen Außenwerbung zum Beispiel durch Beflaggung zu genehmigen. Erstens ist und war Außenwerbung stets an der Stätte der Leistung zulässig, sogar in Wohn- und Kleinsiedlungsgebieten. Wer hier einen Gewerbebetrieb hat, darf am Betriebsgebäude werben. Das ist überhaupt nicht neu. Und zweitens, was die Flaggen angeht: Der Entwurf der neuen Bauordnung sieht vor, auf das bisherige, generelle Werbeverbot, unter anderem an Masten, zugunsten einer gegebenenfalls zu treffenden Einzelentscheidung zu verzichten. Wer also Flaggen möchte, stellt künftig einen Antrag und bekommt seine Flaggen dann auch in der Regel genehmigt. Ganz einfach, Herr Hesse, und: Völlig überflüssig, Ihr Antrag.

Dann bitten Sie den Senat, zu prüfen, ob für das Bewerben von Gerüsten an Gebäuden in der Bauphase klare Richtlinien hinsichtlich der Größe der Werbung zur Gesamtfläche aufgestellt werden sollen. Auch da kann ich Ihnen das Ergebnis mitteilen: Der Senat hat geprüft. In Paragraph 13 der neuen Bauordnung heißt es jetzt, unzulässig seien Werbeanlagen störenden Umfangs.

Hören Sie eigentlich zu, Herr Hesse?

Das ist vielleicht nicht so eine klare Regel, wie Sie sie gerade fordern, Herr Hesse. Wir finden den Senatsentwurf an dieser Stelle aber vernünftiger. Wenn am DAG-Gebäude am Brahms-Platz zum Beispiel eine vollflächige Werbung am Gerüst erlaubt wird, ist das in Ordnung. Das gleiche Transparent aber in der geschlossenen Bebau-

ung in der Innenstadt wäre vielleicht völlig störend. Da kann es eben keine klare Richtlinie geben, wie Sie sie sich wünschen.

Dann wollen Sie den Senat auffordern, rechtlich zu prüfen, ob und wie kulturelle Einrichtungen – das haben Sie eben auch erläutert – durch zeitweilige Werbung Einnahmen akquirieren können. Auch diese Prüfung ist im Grunde schnell erledigt. Ein Blick ins alte wie ins neue Gesetz erleichtert die Rechtsfindung. Der Senat hat vor, die Vorschriften zu lockern, er möchte aber, dass die Werbung an öffentlichen Gebäuden repräsentativen oder städtebaulich herausragenden Charakters in den Stadtteilen Altstadt und Neustadt verboten bleibt. Das schließt einige kulturelle Einrichtungen definitiv aus, andere aber nicht und – das ist auch neu – alle Einrichtungen, die nicht in der Alt- oder Neustadt liegen, sind künftig von dem Verbot nicht mehr erfasst. Das Beispiel des Stuhlmannbrunnens am Altonaer Rathaus zur Finanzierung dürfte also in Zukunft klappen.

Ich kann mir vorstellen – Sie haben es eben auch dargestellt –, dass Sie da liberalere Formeln suchen, gerade für die Innenstadt. Da war das Bezirksamt Mitte, das können wir ja sehen, bisher mit der Gewährung von Ausnahmen liberaler als es die strikten Formulierungen der alten und auch die weniger strikten der neuen Bauordnung auf den ersten Blick vorsehen. Aber, Herr Hesse, da hätten Sie schon konkreter formulieren müssen. Wenn Sie zum Beispiel Regelungen für die Hauptkirchen suchen, dann müssen Sie sagen, was und wie. Aber ich glaube, in Wahrheit haben Sie selbst ein bisschen Angst vor dem Kondom über der Michelkuppel.

(Lachen bei der SPD und der GAL)

Zu Ihrem vierten Punkt, der Segelei: Da wollen Sie die die Alster betreffenden Vorschriften durch klare Richtlinien so überarbeitet haben, dass mehr Sondergenehmigungen für Sponsoren möglich sind. Herr Hesse, das ist schon wieder so ein Knaller. Man überarbeitet eine Vorschrift nicht durch eine Richtlinie. Man ändert vielleicht die Außenalsterverordnung und die internationalen Segelvorschriften. Falls Sie die gemeint haben: Die können Sie jedenfalls nicht überarbeiten.

Wir verstehen aber Ihren Ansatz. Wir haben damit auch gar kein Problem. Weil der Senat das ja auch noch nicht in seinen Entwürfen aufgegriffen hat, sind wir auch dabei, wenn es uns gelingt, eine sinnvolle Regelung zu finden.

Der letzte Punkt: Sie wollen mehr kurzzeitige Werbung zu kulturellen Ereignissen und Veranstaltungen. Das soll dann eine optisch nette, Hamburg-bezogene Reklame sein. Das Problem damit haben wir hier schon vor einem halben Jahr erörtert: wie man dies nämlich in ein Regelwerk packt, wenn man verhindern will, dass am Ende doch Hundefutter von Penny, Windeln von Aldi oder Bekleidungsartikel von Frau Uhse dort hängen. Der Senat hat Sie damals auflaufen lassen und Ihnen in der Antwort auf die Große Anfrage ganz trocken aufgelistet, welche Vorschriften es heute gibt. Es sind sehr viele, da wäre eine Zusammenfassung und Vereinfachung vielleicht sinnvoll. Aber das beantragen Sie ja gar nicht. Da wäre das Thema Deregulierung, Herr Hesse, einmal ganz sinnvoll anzubringen gewesen, aber das haben Sie offenbar vergessen.

Ich glaube nicht, dass es an dieser Stelle brauchbare Ergebnisse geben kann, die über den Senatsentwurf hinausgehen, wenn gleichzeitig der Erhalt unseres ein-

C

D

- A maligen Stadtbildes nicht gefährdet werden soll. Ein bisschen zulässig gibt es so wenig wie ein bisschen schwanger. Aber bitte, lassen wir den Senat ruhig noch einmal schauen, was er tun kann. Wir wollen ja Kultur- und Werbestadt sein. Das Ergebnis wird dann hoffentlich auch durch unsere Beratungen in die neue Bauordnung einfließen.

Herr Hesse, ich finde das wirklich nervig. Sie hören überhaupt nicht zu, die ganze Zeit nicht!

(Frank-Thorsten Schira CDU: Natürlich hört er zu, reden Sie doch weiter!)

Liebe CDU-Fraktion, der Antrag scheint ziemlich lange bei Ihnen geschmort zu haben und ist deshalb nicht nur recht zäh, sondern, wie dargestellt, teilweise überholt. Er gehört in den Ausschuss, damit dort die richtigen und wichtigen Aspekte herausgefiltert werden können, und dann gehört das Thema in die Bürgerschaft, aber nicht jetzt. So etwas muss man in diesem Stadium wirklich nicht auch noch zur Debatte anmelden. Aber wahrscheinlich ist es wieder nur eines Ihrer üblichen Manöver, um von den wirklich wichtigen Themen in dieser Stadt abzulenken.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Jetzt erhält das Wort Herr Müller.

- Farid Müller GAL:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Veit, das mit dem Kondom über dem Michel wäre doch einmal etwas. Ich würde sagen, das machen wir nicht nur zum 1. Dezember.

(Olaf Ohlsen CDU: Würden Sie den rüberziehen?
– Frank-Thorsten Schira CDU: Ist das Ihr Kondom?)

Kommen wir zum Thema! Ich fand den Einstieg von Herrn Hesse eigentlich gut, emotional dächten wir doch, wir hätten hier in Hamburg genug Werbung. Dem schließe ich mich an und, ich denke, auch die meisten Hamburgerinnen und Hamburger. Letztlich kommt es auf drei Wörter an: Wo, was und wie viel?

Bezüglich des Wo habe ich mich ja schon vor einigen Monaten dafür ausgesprochen, dass wir uns an den herausragenden Stellen wie am Dock oder auch gern am SAS Plaza dafür öffnen, Werbung für kulturelle Zwecke zuzulassen. Ich bin aber auch dafür, dass wir uns dann all den Schwierigkeiten im Ausschuss widmen, die uns die Bürokraten – das meine ich ernst – aus der Baubehörde vorlegen, warum das alles möglicherweise nicht gehe. Ich sehe schon die Möglichkeit, das hinzubekommen. Es hat ja bisher geklappt. Vor ein paar Wochen hing ja auch zum Hafengeburtstag ein Plakat der Telekom, "Junge, komm bald wieder!", das passte einigermaßen, auch wenn es ein bisschen gedehnt war. Ich würde sagen, es war gerade noch okay. Das Thema würde ich gern hier vertiefen. Dafür scheint die Bauordnung eine Gelegenheit zu sein.

Was das Was betrifft, haben wir in der Innenstadt sehr unterschiedliche Erfahrungen machen können. Rotgrün in Mitte hat das ja bisher – ich will es einmal so sagen – eher locker gehandhabt, wie wir bei St. Petri in der Mönckebergstraße gesehen haben. Solange die Verwaltung gerade hier in Mitte, wo das Stadtbild besonders geprägt ist, weiterhin ein gutes Händchen dabei hat, würde ich

nicht daran rütteln wollen. Es besteht momentan kein Grund, die Praxis auszuweiten. Es besteht aber auch kein Grund, sie einzuschränken.

Zum Wieviel gebe ich ein gutes Beispiel: Die Firmen, die sich professionell damit beschäftigen, Werbung ausstrahlen, wie zum Beispiel Radiosender, haben inzwischen eigene Begrenzungen geschaffen. Wir als Landesparlament haben den Radiosendern in diesem Land zwölf Minuten pro Stunde für Hörfunkwerbung eingeräumt. Sie selbst nutzen sie aber nur zu 50 Prozent aus und das nicht, weil sie nicht genug Werbespots hätten, die sie ausstrahlen und an ihnen verdienen könnten, sondern einfach, weil sie durch einige Untersuchungen die Erkenntnis haben, dass ein Zuviel an Werbung die Hörer verscheucht.

Auf Hamburg übertragen würde ich auch davor warnen, dass wir die Hamburger aus der Stadt verscheuchen, wenn wir hier zu viel Werbung hinstellen. Das mag in Wahlkämpfen von den Bürgerinnen und Bürgern einmal geduldet werden, aber ich glaube, die Normalität soll es nicht sein.

(Beifall bei der GAL)

Vor diesem Hintergrund sehen wir erstens keine Notwendigkeit bei der Alster etwas zu ändern. Da sind wir anderer Meinung. Die individuellen Bedürfnisse der Segler mögen ihrem kleinen Umfeld vielleicht gerechtfertigt sein, sind aber ein schwieriger Präzedenzfall. Denn dann werden nicht nur die Segler kommen, sondern auch noch ganz andere, die auch ihre eigenen Gründe haben, warum es gerade jetzt ganz wichtig sei, auch dort Werbung zuzulassen. Ich muss ehrlich sagen, ich bin froh, dass wir das zurzeit auf der Alster nicht haben.

Was die anderen Sachen betrifft: Wir haben an Baugerüsten schon Plakate. Auch die öffentlichen Gebäude, wenn sie umgebaut werden, dürfen da ihre Plakate aufhängen. Ich verstehe nicht, worauf es hinauslaufen soll. Es gibt Befürchtungen auch der Institutionen, die sagen, na ja, wenn wir die Einnahmen demnächst mit unserem Haushalt verrechnen müssen, sehen wir das nicht so. Ich bin auch eher skeptisch. Vielleicht haben Sie es anders gemeint, Herr Hesse, und es kommt nur falsch an. Deswegen werden wir diesem Punkt auch nicht zustimmen.

Die anderen Punkte, was mit den Fahnen sei,

(Olaf Ohlsen CDU: Flaggen!)

den Flaggen an den Masten: Ich kenne sehr viele Hamburger Firmen wie zum Beispiel die Hanse Merkur, die ihr eigenes Logo flaggen. Ich habe keinerlei Beschwerden gehört, dass es da ein Problem gebe. Sie konnten es auch nicht wirklich erklären. Wenn Sie hier eine Änderung vorschlagen, dann sagen Sie doch auch genau, wo, in welcher Verordnung was wie geändert werden soll und wo das Problem liege. Das ist hier ein bisschen pauschal. Ich denke. So können wir das nicht machen. Wenn sich unser wirtschaftsfreundlicher Senat – wie er sich ja immer gern betitelt – dort schon ein Problem entdeckt hätte, hätte er es doch schon längst geändert. Dafür braucht er doch das Parlament nicht. Solche Kleinigkeiten, finde ich, sind es nicht wert, in der Bürgerschaft groß debattiert zu werden.

Unter dem Strich bleibt, dass wir für kulturelle Werbung an bestimmten Orten sind, die wir hier genannt haben. Den Rest sehen wir momentan nicht als zustimmungs-

- A fähig an. Wir warten gespannt auf die Bauverordnung, die wir dann im Herbst hier diskutieren werden.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 18/2406 an den Stadtentwicklungsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit wurde dieses Überweisungsbegehren abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Die SPD-Fraktion möchte dies ziffernweise tun. Wer Ziffer 1 des Antrages aus der Drucksache 18/2406 annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig angenommen.

Wer stimmt Ziffer 2 des Antrages zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich angenommen.

Wer schließt sich Ziffer 3 an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch dies ist mehrheitlich angenommen.

Wer nimmt Ziffer 4 an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit bei einigen Gegenstimmen angenommen.

Wer möchte Ziffer 5 zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dieser Punkt ist mehrheitlich angenommen worden.

- B Ich rufe den Tagesordnungspunkt 6 auf, die Drucksache 18/2189, die Große Anfrage der SPD-Fraktion zu Grundstückspolitik und Wohnungsbau.

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Grundstückspolitik und Wohnungsbau
– Drucksache 18/2189 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Quast hat es.

Jan Quast SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Was der Senat uns hier als Antwort auf unsere Große Anfrage vorgelegt hat, ist ein Dokument des Scheiterns des Senates auf einem zentralen Politikfeld, dem Wohnungsbau.

(Beifall bei der SPD)

Wohnungsunternehmen, Wohnungsverbände, der Mieterverein schlagen seit Jahren Alarm, Hamburg baue zu wenig Wohnungen. Jetzt schlägt auch die Landesbausparkasse in dieselbe Kerbe. Sie meldet einen Bedarf von 5600 neuen Wohnungen per annum an. Der Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen hatte vor zwei Jahren noch 6000 bis 8000 neue Wohnungen in Hamburg als notwendigen Bedarf gefordert. Tatsächlich liegt der Wohnungsneubau mit weniger als 4000 Wohnungen, die 2004 errichtet wurden, dramatisch darunter.

Als es das Leitbild der Wachsenden Stadt noch nicht gab, aber Hamburg gleichwohl eine wachsende Stadt war, nämlich 2001 unter der SPD-GAL-Regierung, wurden pro Jahr noch über 5000 Wohnungen gebaut. Das sind 25 Prozent mehr als heute.

(Beifall bei der SPD)

Nun lamentiert der Senat ja immer, wenn er mit diesen schlechten Wohnungsbauzahlen konfrontiert wird, dass er ja nur die Rahmenbedingungen schaffen könne und sonst wenig Einfluss habe. Unter Eugen Wagner war das übrigens anders: Da hatte man Einfluss auf Wohnungsbau.

Aber welche Rahmenbedingungen sind es denn, die der Senat schafft? Er stellt weniger städtische Grundstücke für den Wohnungsbau zur Verfügung. Während es 2001 noch 158 Grundstücke mit 12,6 Hektar waren, sind es 2004 gerade noch die Hälfte gewesen, 87 Grundstücke und 8,3 Hektar. Er stellt auch weniger städtische Flächen für den geförderten Wohnungsbau zur Verfügung. 2001 wurden noch städtische Flächen für 257 geförderte Wohnungen zur Verfügung gestellt, 2004 waren es – man höre und staune – null Flächen für null geförderte Wohnungen.

Gleichwohl machen Sie es beim Geld ganz anders. Die Einnahmen verdoppeln Sie und darauf sind Sie wahrscheinlich auch noch stolz. Der Finanzsenator erzielt für halb so viele Grundstücke für den Geschosswohnungsbau doppelt so viel Einnahmen. Das ist toll. Aber was heißt das? Was bedeutet das für den Wohnungsbau in der Stadt? Sie schaffen dies damit, dass Sie Wohnungsbauflächen nur noch zum Höchstpreisverfahren verkaufen. Das ist negativ für den Bau günstiger Wohnungen.

(Beifall bei der SPD)

Gerade dem genossenschaftlichen Wohnungsbau schadet es schwer. Die Genossenschaften, die bekannt dafür sind, dass sie günstige Wohnungen errichten, schreiben zum Beispiel; ich zitiere die Hanseatische Baugenossenschaft im Geschäftsbericht 2004:

"Der Ankauf von Flächen der Freien und Hansestadt Hamburg nach Höchstgebotverfahren ist für uns keine Alternative, um Mietwohnungsbau zu angemessenen Preisen realisieren zu können."

Aber der Senat hält an dem Verfahren fest, weil – so in der Drucksache geschrieben – es sich bewährt habe.

Meine Damen und Herren! Die Ergebnisse sprechen dagegen, die Wohnungsbauzahlen sprechen dagegen. Sie sind auf dem besten Weg, dass die Genossenschaften als Rückgrat des sozialen Wohnungsbaus in Hamburg wegbrechen und nicht mehr bauen und andere im Übrigen auch keine Wohnungen bauen, wie die Zahlen insgesamt zeigen.

Das Problem der Wohnungsbaupolitik in Hamburg ist, dass sie nicht an der Stadthausbrücke, sondern am Gänsemarkt betrieben wird. Der Finanzsenator bestimmt, was gemacht wird, und da geht es nur um Mehreinnahmen und nicht um mehr Wohnungsbau. Insofern ist es konsequent, wenn der Finanzsenator neuerdings die großen Wohnungsbauvorhaben vorstellt, zumindest der Presse, wenn auch nicht der Bürgerschaft gegenüber. Bis 2009, so konnten wir im März lesen, will der Senat 5500 neue Wohnungen bauen, das sind rund 1100 neue Wohnungen im Jahr. Die Hälfte davon soll sogar familiengerecht werden. Das mögen zwar dreimal so viele Wohnungen sein, wie Sie bisher bauen, aber es reicht nicht aus. Es reicht schon gar nicht aus, wenn Sie das stoppen wollen, was wir Umlandabwanderung nennen. Fast 20 000 Menschen verlassen Jahr für Jahr Hamburg. Wenn man davon ausgeht, dass ungefähr 10 000, also die Hälfte davon, zu Familienverbänden gehören, dann reicht es eben

- A nicht aus, wenn wir pro Jahr 600 neue familiengerechte Wohnungen auf städtischen Grundstücken bauen; das ist zu wenig.

(Beifall bei der SPD)

Ist denn dieser Wohnungsbau überhaupt realistisch, 5500 neue Wohnungen in den nächsten fünf Jahren? Sie haben in der Antwort auf unsere Große Anfrage die Flächen zum großen Teil aufgelistet. Auf der Fläche des AK Ochsenzoll, auf freiwerdenden Flächen, sollen, schon lange von Rotgrün geplant, 700 bis 800 neue Wohneinheiten entstehen, aber das Ganze liegt doch danieder. Entgegen der Wohnungsbauplanung, die auch unser Oberbaudirektor vorgestellt hat, planen Sie doch zurzeit den Ausbau des Maßregelvollzugs; da werden keine 800 Wohnungen gebaut. Diese Zahlen, die Sie noch in der Drucksache nennen, sind doch Makulatur.

(Beifall bei der SPD)

Oder nehmen wir Barmbek. In Barmbek wollen Sie über 1000 neue Wohnungen bauen. Nach Ihrer Vorgabe werden das dann rund 500 familiengerechte Wohnungen sein. Ich frage mich nur, welche Familien nach Barmbek ziehen sollen, wenn Sie dort die Schulen dicht machen. Wo sollen in Barmbek Familien ihre Kinder einschulen, wenn sie keine Schule vorfinden? Die ziehen gar nicht erst hin.

(Beifall bei der SPD)

Und dann klingt es wie Hohn, wenn, wie gestern im Stadtentwicklungsausschuss geschehen, vom Stadtentwicklungssenator gesagt wird, man wolle jetzt auch auf Flächen von Schulen, die geschlossen werden, Wohnungsbau betreiben. Ich frage mich nur, für wen wir dort Wohnungsbau betreiben, wenn die Infrastruktur fehlt.

B

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Sie ahnen bestimmt alle, was ich sagen möchte. Es ist wieder sehr, sehr laut. Es werden viel zu viele Nebengespräche geführt und ich möchte Sie bitten, wieder zu mehr Ruhe zu kommen, vor allen Dingen rechts in der Ecke.

Herr Quast, bitte.

Jan Quast (fortfahrend): Das Interesse am Wohnungsbau ist leider bei der Regierungsfraktion nicht so groß, wie auch die Zahlen deutlich machen.

(Beifall bei der SPD)

Und über die Flächen für den Wohnungsbau in Hamburg, die wirklich Sinn machen würden, weil die Infrastruktur vorhanden ist – über die Bebauung von Baulücken –, hat der Senat keine Informationen. 1990 wurde noch ein Baulückenkataster geführt, um dafür Sorge zu tragen, dass Baulücken bebaut wurden. Viele sind bebaut worden, aber nicht alle. Aber der Senat hat auf zwei Anfragen nicht sagen können, wo die Baulücken sind, und ich bin nur dankbar, dass die GAL die Initiative ergriffen und heute einen Antrag für ein Baulückenkataster vorgelegt hat, damit Baulücken künftig in Hamburg geschlossen werden können und wir dort, wo Wohnungen fehlen und Infrastruktur vorhanden ist, Wohnungen bauen. Vor allen Dingen müssen Wohnungen in den Stadtteilen gebaut werden, in denen es keine großen Wohnungen für Familien gibt, in denen aber auch Wohnungen fehlen, wenn Senioren aus den großen Wohnungen ausziehen würden,

aber im gleichen Stadtteil bleiben wollen. Dafür haben Sie keine Konzepte, keinen Plan und deswegen ist der Wohnungsbau in Hamburg so schlecht, wie er ist.

C

(Beifall bei der SPD – Präsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren! Ihre Wohnungsbaupolitik ist nicht für die wachsende Stadt geeignet, sondern für wachsende Mieten und für eine wachsende Wohnungsnot und ich frage mich nur, wo der Staatsrat für den Wohnungsbau bleibt.

(Beifall bei der SPD und bei *Martina Gregersen und Claudius Lieven, beide GAL*)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete van Vormizeele.

Kai Voet van Vormizeele CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Eben haben wir den Beitrag eines letzten großen Wagnerianers erlebt. Das war echt mal ein Beitrag, wo man so richtig merkte, dass Eugen Wagner die Geister und Räume der SPD-Fraktion durchweht.

(*Ingo Egloff SPD:* Der hat wenigstens Wohnungen gebaut!)

Das waren noch Zeiten mit Eugen Wagner. Da war vieles richtig gut, vieles ging auch daneben, vor allem in der Baubehörde, und nun ärgern Sie sich darüber, dass wir endlich einmal angefangen haben, in Hamburg vieles von dem an alten Zöpfen abzuschneiden, was Sie jahrelang eingeführt haben. Das würde mich an Ihrer Stelle auch ärgern.

D

(Beifall bei der CDU)

Ich will Ihnen einmal etwas zum Thema Wohnungsbau sagen. Wenn Sie durch diese Stadt fahren und sich gerade einmal da umschauen, wo Menschen wirklich gerne wohnen, dann werden Sie feststellen, dass an allen Ecken und Enden dieser Stadt gebaut wird. Es wird gebaut, weil die Menschen hier leben wollen, es wird gebaut, weil Investoren bereit sind, ihr Geld einzubringen und es wird gebaut, weil dieser Senat es seit Jahren geschafft hat, endlich einmal wieder viele ideologische Barrieren, die Sie jahrelang aufgebaut haben, abzuschaffen und Voraussetzungen dafür zu schaffen, damit wir in Hamburg wirklich etwas machen können. Und das, sehr verehrte Kollegen, wurmt Sie, das verstehe ich.

(Beifall bei der CDU – *Günter Frank und Jan Quast, beide SPD:* Sie bauen doch gar nicht!)

Ich würde jetzt unheimlich gerne stundenlang über den Grundstückskostenrichtsatz reden.

(*Jenspeter Rosenfeldt SPD:* Nein, nein!)

Sie haben Anfragen zum Grundstückskostenrichtsatz gestellt. Ich finde das Thema ganz spannend, der Kollege Quast offensichtlich nicht, denn er hat nicht ein Wort dazu gesagt; aber ich will es Ihnen auch gern ersparen.

Ich will Ihnen sagen, wo unsere Schwerpunkte bei der Grundstückspolitik liegen. Wir haben einen klaren Schwerpunkt und der heißt: Wir wollen Wohnraum schaffen, wir wollen Flächen für familiengerechten Wohnraum schaffen und genau das schaffen wir zurzeit in Hamburg. Schauen Sie sich einmal die Zahlen an, gucken Sie ein-

- A mal, wie es im Eigenheimprogramm aussieht. Wir haben im Jahre 2003 84 Prozent der vergebenen Grundstücke an Familien vergeben und im Jahre 2004 73 Prozent.

(*Claudius Lieven GAL*: Prozent von wie viel? – *Antje Möller GAL*: Wie viel?)

Im Eigenheimprogramm läuft etwas für Familien; das hat es all die Jahre vorher bei Ihnen nicht gegeben.

Wir haben andere alte Zöpfe abgeschnitten. Wir haben angefangen, die seit Jahren verquarzten Vorgaben für Nichtverkaufsgebiete endlich einmal abzuschaffen. Wir haben gerade den Genossenschaften viele von den Grundstücken, die sie seit Jahren gerne erwerben wollten, gegeben. Gerade Herr Quast weiß das am allerbesten, denn er hat mit seinem Lieblingsgebiet, der Jarrestadt, jahrelang dafür gesorgt, dass man dort entgegen dem Willen der Genossenschaften nichts machen konnte.

Wir haben auch eine Sache gemacht, die ich persönlich sehr, sehr wichtig finde. Wir haben einen Plan aufgelegt, bei dem wir es Erbbauberechtigten ermöglichen, Grundstücke, die sie selbst nutzen, für günstiges Geld zu erwerben. Diese Menschen sind in der Lage, flächendeckend in ganz Hamburg die Grundstücke, die sie seit Jahren bebaut haben und nutzen, jetzt zum ersten Mal selbst zu erwerben. Das haben sie all die Jahre diesen Menschen vorenthalten. Jetzt können sie es endlich und sie nutzen dieses Angebot mit großer Begeisterung. Und um eines ganz deutlich zu sagen: Hier geht es nicht um Spekulation, hier geht es darum, diesen Menschen Selbstnutzungen zu geben und das übrigens für einen ausgesprochen fairen Preis. Diese Art von ideologischen Verquarungen haben wir aufgelöst. Wir sorgen dafür,

- B dass in dieser Stadt wirklich Wohnungsbaupolitik und auch Flächenpolitik gemacht wird, wie es pragmatisch gemacht werden muss.

Ein letztes Wort zu dem Gegenmodell, das Herr Quast Ihnen vorgestellt hat, die Baulückenbebauung. Die Baulückenbebauung geistert seit vielen Jahren immer wieder durch die Köpfe aller Menschen. Und immer, wenn den Kollegen der SPD nichts Besseres einfällt, dann sagen sie, die Baulücken werden es richten. Verehrte Kollegen, man merkt, dass Sie weit weg von jeder Praxis sind. Die Baulücken, die wir in Hamburg haben und die schlichtweg nicht bebaut sind, haben Gründe, warum sie nicht bebaut sind,

(*Jan Quast SPD*: Die kennen Sie doch gar nicht!)

weil in der Regel mit ihnen große Schwierigkeiten bautechnischer Art oder wegen der Eigentumsverhältnisse verbunden sind. An diesen Baulücken haben sich in der Tat ganze Generationen von Vorgängern, auch von Ihren Regierungen, die Zähne ausgebissen. Wir werden mit Sicherheit nicht nachlassen, bei Baulücken immer wieder nachzuhaken, aber zu glauben, wir könnten irgendeine Flächenpolitik, irgendeine Wohnungsbaupolitik auf einem Baulückenkataster aufbauen, ist, ehrlich gesagt, mehr als naiv und führt genau zu der schwachen Wohnungsbaupolitik, die Sie all die Jahre gemacht haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich verspreche Ihnen, dass wir im Rahmen des Leitbildes der "Wachsenden Stadt" dafür Sorge tragen werden, dass gerade Familien diejenigen sein werden, die in dieser Stadt den Nutzen davon haben, dass wir Grundstücke pragmatisch und unideologisch an sie vergeben. Das wird

den Leuten in der Stadt nutzen und den jungen Familien die Chance geben, endlich einmal Eigentum zu erwerben. Das ist übrigens, nebenbei gesagt, auch die beste Sozialpolitik, die ich mir vorstellen kann.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Lieven.

Claudius Lieven GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich beileibe nicht als Wagnerianer bezeichnen lassen, aber was Sie da abgeschnitten haben, waren nicht nur alte Zöpfe, sondern das war eine wirklich starke und erfolgreiche Wohnungsbaupolitik in Hamburg und die hat zu einem großen Teil dazu beigetragen, dass Hamburg in den Neunzigerjahren vergleichsweise stark gewachsen ist und dabei für viele Menschen Wohnungen zur Verfügung gestellt worden sind.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Petra Brinkmann SPD*: Richtig! – *Dr. Andrea Hilgers SPD*: Das hören wir gerne!)

Diese Tradition haben Sie erfolgreich gebrochen, das haben Sie erfolgreich zerstört. Das ist eigentlich auch der einzige Erfolg Ihrer Wohnungsbaupolitik. Die Anfrage der Kollegen von der SPD als auch die Anfrage, die wir kürzlich zur Wohnungsbauförderung gestellt haben, deckt das schonungslos auf.

(*Hans-Detlef Roock CDU*: Gar nichts deckt sie auf!)

Auch die entsprechenden Gutachten der LBS, die wirklich unverdächtig ist, eine Politik zu machen, die nur dem Mietwohnungsbau das Wort redet, auch die LBS-Studie macht völlig klar: Die Wohnungsbauleistung in Hamburg ist grottenschlecht. Es sind nur 3500 bis 4000 Wohnungen gebaut worden, der Bedarf ist fast doppelt so hoch. Mit dieser Wohnungsbauleistung ist in Hamburg kein Staat zu machen und schon gar keine wachsende Stadt zu schaffen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Herr van Vormizeele, Sie haben im Bereich der Eigenheime nur Prozente genannt. Natürlich ist es schön zu sagen, 70 Prozent der Eigenheime wurden an Familien vergeben, wunderbar, das stimmt. Aber von wie vielen? Von 600. Das ist kein doller Wert. 600 neue Eigenheime insgesamt und davon 70 Prozent für Familien sind zu wenig. Das sind keine Zahlen, die irgendwie herzeigbar wären und das macht deutlich, dass Ihre Wohnungsbaupolitik absolut auf der Stelle tritt.

Im Jahre 2000 hatten wir noch 6500 fertiggestellte Wohnungen in Hamburg. Gegenwärtig liegt die Zahl unter 4000 und der geförderte Wohnungsbau ist absolut eingebrochen. Im letzten Jahr waren es noch rund 1200 Wohnungen, die von der Stadt Hamburg gefördert wurden, und davon hatten drei viertel zweieinhalb Zimmer oder waren kleiner.

Sie reden immer von familienfreundlichem Wohnungsbau, den Sie fördern wollen, aber da passiert nichts. Vor einigen Monaten hörten wir im Sonderinvestitionsprogramm von 6000 familienfreundlichen Wohnungen für Hamburg. Nichts ist gekommen, Exitus, dieses Programm existiert nicht, es ist Schall und Rauch. Es wurde groß

- A angekündigt und ist letzten Endes im Streit der Behörden zwischen Finanzbehörde und Baubehörde versackt; das ist ganz einfach die Realität.

Auch Ihre Investitionszulage, die letztes Jahr mit großer Verve angekündigt worden ist – 370 geförderte Wohnungen im letzten Jahr, dieses Jahr hat bisher ein Wohnungsbauunternehmen angefragt, 90 Wohnungen sollen mit dieser Investitionszulage gefördert werden –, ist leider nicht vorzeigbar. Das ist kein Ergebnis, mit dem Sie wirklich Wohnungsbau in Hamburg steigern können.

(Carola Veit SPD: Das ist peinlich!)

Was die Frage der Grundstückspolitik angeht, so haben Sie die Grundstückspolitik massiv umgesteuert; das ist ganz eindeutig. Und dass Sie sie umgesteuert haben, dass Sie – Herr van Vormizeele sagte es – den Grundstückskostenrichtsatz, den Festpreis für Grundstücke, aufgegeben haben, hat ganz massiv dazu beigetragen, dass der Wohnungsbau in Hamburg so tief eingebrochen ist.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Hamann?

Claudius Lieven (fortfahrend): Noch nicht.

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Wie darf ich das "noch" deuten?

- B **Claudius Lieven** (fortfahrend): Das bezog sich auf die morgige Debatte; deswegen heute nicht.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Zu den Grundstücken: In den Neunzigerjahren wurden im Schnitt 50 Prozent der geförderten Mietwohnungen auf städtischen Flächen errichtet; das ging bis zu 2700 Wohnungen im Jahre 1997. Im Jahre 2004 waren es noch ganze 72 Mietwohnungen, die auf städtischen Grundstücken gebaut wurden, und diese städtischen Grundstücke sind enorm wichtig, weil die Stadt dort die Möglichkeit hat, sie zu günstigen Preisen zu vergeben und damit günstige Mietwohnungen zu erreichen. 72 Mietwohnungen in 2004 sind Ihr Ergebnis und das ist absolut desaströs.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Es stellt sich die Frage, was tun, um diese Situation zu verändern. Herr Quast hatte auf unseren Antrag, der morgen zur Abstimmung steht, hingewiesen. Der bewegt sich synchron mit den Empfehlungen in der LBS-Studie, nämlich die Streulagen in Hamburg besser zu bebauen, stärker zu aktivieren – das ist ein Potenzial, auf das die Stadt zurückgreifen kann – und auch die Nachverdichtung systematischer und stärker voranzutreiben, als es bisher vereinzelt in einzelnen Bezirken geschieht. Im Bezirk Eimsbüttel wird das, durchaus mit Erfolg, seit einigen Jahren schon stärker gemacht. Da ist für Hamburg das Potenzial überhaupt noch nicht ausgeschöpft.

Bei den Konversionsflächen sind Sie langsam auf dem Stand angekommen, auf dem wir schon vor zwei Jahren waren. Wir haben Sie seit vielen Jahren immer wieder dazu aufgefordert, diese Flächen stärker zu aktivieren und ein Management einzuführen, eine dezidierte Stelle einzuführen, die das vorantreibt und es nicht einfach bei

der Baubehörde zu belassen. Jetzt kommt quasi der zweite Staatsrat für die Konversionsflächen, allerdings in Form von Herrn Echternach. Man muss sich wirklich fragen, wie weit es mit der CDU gekommen ist, wenn sie Herrn Echternach jetzt reaktiviert

(Beifall bei der GAL und bei Jan Quast und Dr. Monika Schaal, beide SPD)

und ihrem Bausenator quasi dieses wichtige Feld entreißt und es der Finanzbehörde zuschlägt. Da geht es wirklich ziemlich kreuz und quer. Sie haben extrem viel Zeit verschenkt, in den letzten Jahren ist da fast nichts passiert.

Fazit ist: Mit dieser Wohnungsbaupolitik konterkarieren Sie Ihr Konzept von der wachsenden Stadt. Sie laufen im Grunde genommen sogar Gefahr, dass Hamburg mittelfristig Einwohner verliert und das darf auf keinen Fall passieren. Hamburg muss seine Einwohnerzahl halten, Hamburg muss attraktiv bleiben für Zuwanderer, für junge Menschen. Deswegen braucht es besonders Mietwohnungsbau, deswegen braucht es attraktiven Wohnungsbau in der Stadt, um die Umlandwanderung zu begrenzen und an der Stelle müssen Sie erheblich nacharbeiten. Was Ihre letzte Klausur dazu geleistet hat, ist auch nur Stückwerk und reicht beileibe nicht aus. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält Senator Dr. Freytag.

(Ingo Egloff SPD: Der hat doch gar nicht zugehört!)

Senator Dr. Michael Freytag: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist immer ganz interessant, wenn die Opposition spricht. Ich frage mich gelegentlich, in welcher Stadt Sie eigentlich leben. Lassen Sie doch einmal andere sprechen, zum Beispiel die Bertelsmann-Stiftung. Die hat festgestellt, dass Hamburg zum dritten Mal in Folge Nummer eins in der Erfolgsliste der Länder ist, und genau da sind wir und da gehören wir auch hin, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Dr. Till Steffen GAL: Da waren Sie noch nicht da, Herr Freytag!)

Unsere Grundstücks- und Wohnungspolitik ist ein Schlüssel auch zum Erfolg der wachsenden Stadt. Darauf richten wir unsere Politik aus. Wir haben zurzeit 200 Bauungspläne in Arbeit mit insgesamt 11 000 Wohneinheiten. In den Förderprogrammen werden pro Jahr 2700 Wohneinheiten auf den Weg gebracht mit einem Förderbarwert von über 70 Millionen Euro. Die beantragten Fördermittel im Jahr 2004 – das ist die letzte Gesamtübersicht, die wir haben – wurden auch zu 90 Prozent bewilligt. Bezogen auf die Einwohnerzahl ist Hamburg bei den Fördermitteln für den Wohnungsbau bundesweit Nummer eins mit einer Gesamtförderung von 318 Millionen Euro. Das kann sich wirklich sehen lassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Zugleich ergreifen wir besondere Maßnahmen, um Umweltschutz, Stadtentwicklung und Baumaßnahmen zu integrieren. Das ressourcenschonende Bauen – Solarpassivhäuser – wird mit konkreten Projekten in Hamburg auf den Weg gebracht, zuletzt in Wilhelmsburg und Heimfeld mit 150 neuen, familienfreundlichen Einheiten, die

C

D

- A auch sehr stark nachgefragt sind. Wir haben ein Flächenaktivierungsprogramm und legen einen Masterplan Konversionsflächen auf. Die Hamburger Bauordnungs-Novelle ist besonders familienfreundlich. Durch die vereinfachten Genehmigungsverfahren wird dies auch zu schnellerem Bauen führen.

Das Eigenheimprogramm des Senats ermöglicht mehr Menschen als bisher den Erwerb von Wohnungseigentum. Wir fördern pro Jahr 1200 Wohneinheiten allein in diesem Programm – 900 im Neubau und 300 im Altbau. Die Hälfte der in Hamburg gebauten Eigenheime wird durch die Wohnungsbaukreditanstalt gefördert mit bis zu 90 Prozent für Haushalte mit Kindern. Allein der Förderbarwert der Wohnungsbaukreditanstalt beträgt jährlich 47,2 Millionen Euro und wir haben die Vergabekriterien mit einem familienfreundlicheren Punktekatalog versehen. Es gibt mehr Punkte für Wohnen und Arbeiten in Hamburg und mehr Punkte schon für das erste Kind. Dies wirkt sich natürlich positiv aus. Und wir haben erfolgreiche Programme. 2003 sind 83 Prozent der vergebenen Bauplätze an Familien mit Kindern gegangen, 2004 waren es 73 Prozent, also im Schnitt der letzten beiden Jahre fast 80 Prozent.

Wir fördern auch mit Erfolg neue Wohnformen, zum Beispiel Baugemeinschaften. Das sind 200 Wohneinheiten pro Jahr: Förderbarwert 5,5 Millionen Euro. Wir fördern große Mietwohnungen. 100 Wohneinheiten pro Jahr für Vier- bis Fünf-Personen-Haushalte: Förderbarwert 5,5 Millionen Euro. Wir bieten eine Investitionszulage für 500 Wohneinheiten pro Jahr. Dies schafft zusätzliche Anreize für familiengerechte Neubauten im Geschosswohnungsbau. Wir fördern in Sanierungs- und Stadtteilentwicklungsgebieten 100 Wohneinheiten pro Jahr: Förderbarwert 4 Millionen Euro.

Auch im Bereich der aktiven Stadtteilentwicklung, für die insgesamt 39 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt sind, werden wohnortnahe Gebiete besonders gefördert, zum Beispiel Hohenhorst, Essener Straße, St. Georg-Mitte. Und wir werden ein besonderes Förderprogramm für den Großraum Billstedt auflegen. Flankierende Maßnahmen sind familienfreundliche Einkommensgrenzen, die über denen des Bundes liegen. Wir haben Freibeträge für Jungverheiratete, Mietverbilligungen für kinderreiche Familien, Wohngeld für Familien in 16 000 Haushalten in 2002 und 18 000 Haushalten in 2003.

Auch die Novelle der Hamburgischen Bauordnung ist im Verhältnis zur Musterbauordnung deutlich familienfreundlicher. Wir schreiben zum Beispiel eine Mindestgröße von Spielplätzen vor und haben uns damit auch positiv vom Durchschnitt des Bundes abgesetzt.

Unsere beiden städtischen Wohnungsbauunternehmen SAGA und GWG mit zusammen etwa 135 000 Wohneinheiten investieren jährlich 200 bis 250 Millionen Euro auch für familienfreundliche Wohnungszuschnitte im Altbestand. In Finkenwerder werden zum Beispiel gerade 900 kleine Einfamilienwohnungen, die nicht familiengerecht sind, zu 600 attraktiven Wohnungen für Familien umgestaltet. Wir haben natürlich auch für das Wohnumfeld konkrete Investitionen vorgesehen. Im Sonderinvestitionsprogramm sind für die 79 Spielplätze und Bolzplätze, die für Familien eine große Rolle spielen, erhebliche Investitionen vorgesehen.

Die Senatsklausur hat weitere konkrete Beschlüsse gefasst: Familienbezogene Vergabekriterien für Grundstü-

cke, weitere Intensivierung des Geschosswohnungsbaus, Schaffung familienfreundlicher Wohnformen, Einführung einer Gewerbe- und Büroraumumwandlungsprämie, Einführung einer Kinderzimmerzulage und die Nutzung aufgegebener Schulstandorte gezielt für familienfreundlichen Wohnungsbau.

(*Gesine Dräger SPD*: Das ist ja wohl ein Treppenzwisch!) C

Die Grundstückspolitik hat eine klare Perspektive. Der Senat dient damit der Flächenvorsorge im Bereich der Ankäufe und insbesondere der Förderung des Wohnungsbaus bei der Vergabe. Hamburg hat ausreichende staatliche Flächen, insgesamt 45 Prozent der Flächen des Stadtgebietes sind im staatlichen Eigentum. Wir brauchen deshalb keinen grundlegenden Eingriff in Grünflächen vorzunehmen. Hamburg kann bei Wachstum und zunehmender Bautätigkeit auf ein großes Flächenpotenzial zurückgreifen, insbesondere auf die Konversionsflächen. Uns steht mit dem Masterplan Konversionsflächen, den meine Behörde erarbeitet, ein erhebliches Potenzial von 600 Hektar auf insgesamt 60 Grundstücken zur Verfügung. Konversionsflächen sind Bestandteil der Grundstückspolitik der Stadt, eine fiskalische Fragestellung. Deshalb ist der neue Koordinator für Konversionsflächen auch in der Finanzbehörde angesiedelt.

Ich finde es im Gegensatz zu Ihnen ganz hervorragend, dass wir mit Herrn Echternach einen ehemaligen Finanzstaatssekretär mit hervorragenden Kenntnissen gewonnen haben, der eine ähnliche Aufgabe schon einmal für die Bundesregierung erfolgreich abgewickelt hat. Dies ist ein Gewinn für Hamburg und wir sollten uns freuen, dass Herr Echternach für uns arbeiten wird.

(Beifall bei der CDU) D

Bei den Konversionsflächen nenne ich einmal ein konkretes Beispiel: das von der Bundeswehr aufgegebene Gelände der Lettow-Vorbeck-Kaserne im Stadtteil Jenfeld, ein Stadtteil, den wir unbedingt fördern wollen. Dort haben wir bei den Flächen, die wir in Angriff nehmen, gesagt: 60 Prozent familienfreundlicher Wohnungsbau, 20 Prozent wohnortnahe Gewerbe, 20 Prozent Grünfläche; das ist ein besonders attraktiver Nutzungsmix.

Fazit: Hohe Akzeptanz unserer Angebote am Markt. Die Grundstücks- und Wohnungspolitik des Senats ist ein Erfolgsmodell. Wir werden diese Politik als wichtigen Meilenstein für die familienfreundliche Stadt Hamburg konsequent fortsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Quast.

Jan Quast SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Beiträge von Senator Freytag sind immer erschlagend. Wir hatten den gleichen Beitrag schon gestern in der Stadtentwicklungsausschusssitzung. Offenbar hat er unsere Argumente von gestern nicht einmal vernommen, denn er kommt heute mit den gleichen fragwürdigen Aussagen, die aber für den Wohnungsbau in Hamburg überhaupt nichts bringen.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Lassen Sie mich einiges dazu sagen; zu Ihnen sage ich auch noch etwas, Herr van Vormizeele. Dass Sie Herrn

- A Echternach jetzt zum Konversionsflächenbeauftragten machen, hat insofern Sinn, als er nicht unwesentlich dazu beigetragen hat, dass es für Hamburg so schwierig ist, Konversionsflächen, die alle sehr hoch bewertet sind, zu erwerben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wenn Sie hier sagen, dass der Großteil der Flächen in Hamburg der Stadt gehöre, dann frage ich mich, warum immer weniger städtische Grundstücke zum Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Wenn Sie der große Grundeigentümer sind, dann tun Sie etwas, stellen Sie Flächen bereit, verkaufen Sie sie für den Wohnungsbau.

(Beifall bei der SPD und bei *Claudius Lieven* GAL – *Dr. Wilfried Maier* GAL: Genau die falschen Flächen!)

Herr van Vormizeele, zum Thema Nichtverkaufsgebiete: Es ist ja alles schön und gut, dass der Senat, die Kommission für Bodenordnung oder wer auch immer die Gebiete jetzt verkauft. Das bringt nur keine einzige neue Wohnung, es bringt die Wohnungen nur an die Genossenschaften. Und SAGA und GWG verkaufen die Wohnungen an die Mieter. Aber das bringt zunächst einmal keine einzige neue Wohnung, sondern nur Unruhe unter den Mietern. Und was Sie bei der SAGA und der GWG machen, schlägt dem Fass den Boden aus. In Barmbek-Süd wollen Sie 141 Wohnungen an die Mieter von SAGA und GWG verkaufen in einem Gebiet, das bis vor kurzem noch eine Umwandlungssperre hatte. Kaum ist die weg, ist die Stadt die erste, die dort die Wohnungen auf den Markt schmeißt; das ist keine Wohnungsbaupolitik.

B

(Beifall bei der SPD und bei *Christa Goetsch* GAL)

Sie kennen die Entwicklung genau. Es gibt nur Übergangsfristen und verunsichert vor allen Dingen die Mieter in dem Quartier und das ist das Entscheidende. Wir wollten in dem Quartier etwas tun, aber stattdessen verunsichern Sie und das ist keine soziale Stadtteilentwicklungspolitik, wie der Senat sie angeblich betreiben will.

Lassen Sie uns nach Ihren Aussagen einmal zu den Fakten kommen. Sie prahlen hier damit, dass die Stadt Hamburg 2004 so viele Wohnungen für Familien im Eigentum geschaffen hätte; Herr Lieven hat dazu etwas gesagt. Letztes Jahr sind 659 geförderte Wohnungen in Eigenheimen und Reihenhäusern entstanden. Rotgrün hat in jedem Jahr seiner Regierung mehr Wohnungen in Eigenheimen und Reihenhäusern gefördert als Sie.

(Beifall bei der SPD)

2001: 864, 2000: 838, 1999: 901 und 1998: 752.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Hamann?

Jan Quast (fortfahrend): Ich bin gerade so in Fahrt, Herr Hamann, heute nicht.

Schaffen Sie erst einmal das, was Rotgrün geleistet hat, bevor Sie hier von einer Wohnungsbaupolitik für eine wachsende Stadt sprechen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Lieven. C

Claudius Lieven GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Senator Freytag, was Sie hier ausgebreitet haben, war ein Flickenteppich an Projekten: viele kleine Einzelbeispiele, die es natürlich in einer großen Stadt wie Hamburg immer gibt und mit der ein Bausenator natürlich auch gut versorgt ist und viele Gelegenheiten hat, erste Spatenstiche zu tun, Grundsteine zu legen oder Bänder zu durchschneiden. Aber wenn es dazu kommt, Bilanz zu ziehen, einen Strich unter die Ergebnisse zu ziehen, was dabei bewegt wird, dann sieht Ihre Bilanz leider ganz kläglich aus. Deswegen stellen Sie sich auch nicht diesen Zahlen und schauen auch nicht darauf, was letzten Endes in Hamburg an Baugenehmigungen und Baufertigstellungen passiert.

De facto haben Sie die Objektförderung eingestampft. Es gibt noch 750 Wohnungen, die in der Objektförderung Förderungsmittel erhalten können. Sie haben die Mittel im Wohnungsbauprogramm 2005/2006 um 13,5 Millionen Euro abgesenkt und das macht sich natürlich auch in den Fertigstellungszahlen bemerkbar. Die Investitionszulage wird nicht abgenommen. Es ist schön, dass Sie sie für 500 Wohnungen konzipiert haben, aber sie wird nicht umgesetzt, weil die Bedingungen dafür zu unattraktiv sind. Die Wohnungswirtschaft will dieses Instrument so nicht haben, die Wohnungswirtschaft will etwas anderes.

Sie sagt, wenn wir kalkulierbare Festpreise – auch mit Bindungen – für Grundstücke bekämen, dann könnten wir bauen. Wir befinden uns in Hamburg in einer glücklichen Situation, dass es starke Genossenschaften gibt, die Bauleistungen erbringen können. SAGA und GWG können das nicht mehr, Sie haben sie quasi aus dem Neubau herausgenommen, sie können noch in Instandhaltung und Modernisierung investieren. Sie sollen Rendite bringen für die HGV, aber sie sollen nicht mehr neu bauen. Damit ist natürlich ein großer Faktor weggebrochen. Die Genossenschaften sagen ganz klar, zu den Konditionen, zu denen ihnen die Stadt Grundstücke anbietet, wollen sie sie quasi nicht oder nur in kleinem Umfang haben. Da bewegt sich nicht viel. D

Sie haben Sanierungsgebiete angesprochen. Wir warten seit Monaten händeringend darauf, dass der Senat endlich zu einer Entscheidung kommt. Ihr Programm hieß ursprünglich "Aktive Stadtteilentwicklung 2004 bis 2006". Die Hälfte des Jahres 2005 ist vorbei und wenn Sie für die Sanierungsgebiete europaweite Ausschreibungen machen müssen, dann wird die Entwicklung erst Mitte 2006 losgehen und Sie haben eineinhalb Jahre verschenkt. Das heißt, in diesem Bereich können Sie wirklich nicht davon sprechen, dass Sie eine aktive Entwicklung vorantreiben.

Zum Thema Außenentwicklung: Sie sagten, wir wollen die Konversionsflächen entwickeln, dort sei der Schwerpunkt unserer Flächenentwicklungsmöglichkeiten. Gleichzeitig – da sind Sie nicht konsequent – betreiben Sie nach wie vor die Entwicklung von Flächen auf der grünen Wiese, beispielsweise beim Hinsenfeld in Wandsbek oder dem Siebenfelder Weg. Es handelt sich also, wie der Name sagt, um Felder, um Flächen auf der grünen Wiese, auf denen Wohnungsbau erschlossen werden soll. Dort bereiten Ihre Behörden weitere Evokationen vor, die wir in den letzten Jahren leidvoll in der Stadt erleben mussten. Das erwähnen Sie nicht, Sie beziehen

- A sich lieber auf das, was konsensfähig ist und hinter dem alle gerne stehen. Aber im Einzelnen machen Sie nach wie vor diese alte unselige Politik weiter.

Ihre Stadtentwicklungspolitik, Ihre Wohnungsbaupolitik ist ein Flickenteppich, es sind nur Einzelmaßnahmen, sie zeigt keine wirkliche Linie. Dieser Senat leistet für die wachsende Stadt außer ein paar Leuchtturmprojekten nichts. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 18/2189 an den Stadtentwicklungsausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich stelle fest, dass die Große Anfrage besprochen worden ist.

Tagesordnungspunkt 7, Drucksache 18/2245, Große Anfrage der GAL-Fraktion zur Zukunft der Film- und TV-Stadt Hamburg.

**[Große Anfrage der Fraktion der GAL:
Zukunft der Film- und TV-Stadt Hamburg
– Drucksache 18/2245 –]**

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Kulturausschuss überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Müller hat es.

B

Farid Müller GAL: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Große Anfragen gibt es viele in diesem Hause, aber selten hat man das Glück, vom Senat eine offene Antwort darauf zu erhalten.

Bei dieser Großen Anfrage ist es anders. Die GAL-Fraktion wollte wissen, wo sich dieser Senat in der Medienpolitik befindet. Die Antwort lautet: Der Senat wandelt im Tal der Ahnungslosen. Ihre Antworten zur Medienpolitik, lieber CDU-Senat, sind ein Dokument totaler Ahnungslosigkeit. In Sachen TV und Film bleibt bei Ihnen die Mattscheibe dunkel.

Schauen wir, was der Senat antwortet. Frage: Wie viele TV-Produktionsunternehmen sind in Hamburg angesiedelt? – Antwort des Senats: Woher sollen wir das wissen?

Frage: Welche TV-Firmen haben Hamburg seit 2000 verlassen? – Antwort des Senats: Gab es welche?

(Lachen bei der GAL und der SPD)

Nächste Frage: Welches sind die zehn größten Film- und TV-Unternehmen in Hamburg? – Antwort des Senats: Keine Ahnung.

Dieser Senat kennt nicht einmal die zehn größten Unternehmen für TV und Film.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Es ist kein Wunder, dass sich die bedeutende Produktionsfirma MMI im letzten Dezember aus dem Staub machen konnte, ohne dass auch irgendjemand von der Senatsbank davon Kenntnis genommen hat. Das ist Medienpolitik à la CDU. Diese Ahnungslosigkeit ist kein

Blindflug, meine Damen und Herren, sie ist Desorientierung nach einer Bruchlandung.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ein Senat, der nicht einmal die grundlegenden Daten wie die Anzahl der freien Beschäftigten parat hat, dem fällt natürlich auch nichts zu den veränderten Arbeitsbedingungen in diesem Bereich ein.

Wohin diese Ahnungslosigkeit führt, meine Damen und Herren, sieht man bei der Filmförderung. Seit einem halben Jahr verhandelt dieser Senat mit NDR und ZDF "so vor sich hin". Die hatten nämlich gesagt: Kürzt Hamburg, dann geben wir auch nicht mehr so viel. Ergebnis: Seit einem halben Jahr muss die Filmförderung nicht nur mit Kürzungen durch Hamburg leben, sondern auch damit, dass weder NDR noch ZDF einen müden Cent geben. Das sind reale Verluste für diese Stadt.

Lassen Sie mich diese Gelegenheit aber auch nutzen, Frau Ulrike Grote, Studentin von Hark Bohm, auf das Herzlichste zu ihrem Studenten-Oscar zu gratulieren; es ist der zweite, der nach Hamburg gegangen ist.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Das ist ein großer Erfolg für Hamburg.

Es ist aber kein großer Erfolg, wie Herrn Hark Bohm ein äußerst unrühmlicher Abgang bereitet wird. Daran hat dieser Senat auch seinen Anteil.

Aber zurück zur Sache. Herr Uldall heftet der Großen Anfrage eine Liste mit ausgezeichneten Filmen an, an denen Hamburger Filmschaffende Anteil hatten. Diese Anlage ist länger als die Antwort des Senats. Was bedeutet das? – Er pfeift auf die Erfolge Hamburgs. Auf die Frage, wo steht Hamburg im Vergleich mit anderen Städten – beispielsweise Berlin, München, Köln –, antwortet er, damit habe er sich nicht befasst.

D

Man stelle sich vor, ein Medienunternehmen wollte vom Senat Auskünfte, wie es in Hamburg mit Film und TV aussehe, und der Senator sagt: Tut mir Leid, damit haben wir uns nicht befasst.

(*Wolfhard Ploog CDU:* Kläglich, was Sie von sich geben!)

Wir hören das Gelächter aus Köln, aus München, aus Berlin noch im Alten Elbtunnel, meine Damen und Herren, die freuen sich.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Was weiß dieser Senat von Film und TV?

(*Olaf Ohlsen CDU:* Ortsausschussniveau!)

Weiß er zum Beispiel etwas über Hamburgs Festivals? Unser Hamburger Filmfest ist ihm wahrscheinlich bekannt. Das Kurzfilmfestival lief vor ein paar Wochen.

Frage: Wie stehen wir da mit unseren Festivals im Vergleich zu anderen Städten? – Fehlanzeige, wissen wir nicht.

Hat der Senat ein Zukunftskonzept für die Filmstadt Hamburg? – Fehlanzeige.

Wie bewertet der Senat den Medienerlass? Hier geht es ums Geld, meine Damen und Herren. Es ist die wichtigste Vereinbarung zwischen Bund und Ländern zur Filmfinanzierung in Deutschland. – Fehlanzeige.

A Was macht die Hamburger Wirtschaftsförderung? – Absolute Fehlanzeige.

Bei so viel Ahnungslosigkeit muss man sich wundern, dass es in dieser Stadt überhaupt noch TV-Unternehmen gibt.

(Beifall bei der GAL)

Was muss nach den Abwanderungen vor allem nach Berlin, nach den Kürzungen der Filmförderung, nach dem Krach um das Filmstudio an der Media School noch passieren, damit dieser Senat endlich aufwacht? Auch wenn Sie es sich auf der Regierungsbank recht bequem gemacht haben, wir Hamburger können es uns nicht mehr leisten, auch nur einen einzigen Arbeitsplatz wegen Nachlässigkeit und Ignoranz zu verlieren.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Wenn schon die Aluminium-Werke vor dem Aus stehen, wenn es beim LBK Arbeitsplätze kostet, dann sollten Sie von der CDU wenigstens in einer Zukunftsbranche wie Film und TV aufwachen. Hier hat Hamburg Potenzial, wie Sie in der Großen Anfrage sehen können.

Ich fordere den Senat auf, jetzt endlich zu handeln: Beenden Sie Ihre Politik der Ahnungslosigkeit und der folgenlosen Ankündigungen. Wir brauchen einen hamburgischen Kraftakt, um diesen Abwanderungstrend zu stoppen. Wir brauchen den Willen dafür, um diesen Trend umzukehren, denn die Kreativen gehen dahin, wo sie sich willkommen fühlen. Zurzeit ist das nicht Hamburg. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

B

Präsident Berndt Röder: Ich gebe das Wort dem Abgeordneten Heintze.

Roland Heintze CDU: Herr Präsident, liebe Kollegen! Herr Müller, wenn ich es richtig gesehen habe, haben Sie eine Antwort auf Ihre Anfrage bekommen, die über 73 Seiten ging. Wenn ich es auch richtig verstanden habe, haben Sie einen Riesenanhang bekommen, aus dem Sie ersehen, was in Hamburg passiert ist und weiterhin passiert. Das als "Wandeln im dunklen Tal" hinzustellen und zu sagen, die Stadt und der Senat würden nichts tun, ist eine ziemliche Leistung, passt allerdings in das Bild, das Sie ansonsten liefern.

(Beifall bei der CDU)

Werden wir konkreter. Sie sagen, alles sei ganz schrecklich, NDR und ZDF wollen sich nicht festlegen, wie sie die Filmförderung unterstützen. Ich habe mich beim Senator schlau gemacht, die Verträge liegen unterschiftsreif vor. Wir werden in den nächsten Tagen Genaueres erfahren. Damit ist Ihr Vorwurf vom Tisch und Ihre ganze Argumentation bricht zusammen. Die Filmförderung in Hamburg wird von uns gefördert, ebenso von NDR und ZDF. Sie sollten keine Fehlinformation streuen, sondern sich schlau machen und dann sehen wir weiter.

(Beifall bei der CDU)

Nun fällt ein Teil Ihrer Rede weg, auf den ich nicht mehr eingehen muss. Nichtsdestotrotz gibt es noch einige Punkte, über die ich gerne sprechen möchte.

Schon 2003 wurde von McKinsey festgestellt, dass Hamburg zu den international bekannten Medienmetropolen

gehört und ein beliebter Produktionsort mit drei der acht größten nationalen Produktionsfirmen ist. Herr Müller, Sie kommen im Prinzip über 73 Seiten zu einem ähnlichen Ergebnis. Sie haben es nur ein bisschen unsauber gelesen. Ich würde Ihnen vorschlagen, die Antwort auf Ihre Anfrage erst durchzulesen, bevor Sie die Drucksache debattieren, dann bekommen Sie auch das richtige Bild zum Thema Standort. Der Standort Hamburg ist stark.

(Beifall bei der CDU)

Der Medien-campus in Europa ist einmalig, er ist ein absoluter Imagegewinn. Das haben Sie dezent unter den Tisch fallen lassen. Sie ignorieren weiterhin, dass es fast 11 300 Medienunternehmen in dieser Stadt gibt, davon 1500 in Film und TV. 70 000 Menschen arbeiten im Medienbereich, davon 16 000 allein in Film und TV. Sie erwirtschaften zusammen 25 Milliarden Euro Jahresumsatz, davon 1,5 Milliarden Euro in Film und TV. Herr Müller, Sie ignorieren die Realitäten auf Kosten der Leute, die dort arbeiten, und reden den Standort schlecht. Das machen wir nicht mit.

(Beifall bei der CDU)

Besonders stark sind wir im Bereich der Werbewirtschaft – das wird uns auch attestiert –, es herrscht ein attraktives und gutes Klima, das einem guten Standortmarketing zu verdanken ist. Wir sind ständig im Wettbewerb um das lebendigste Klima, denn das ist für Werber wichtig.

Wettbewerb ist aber auch das Stichwort, das wir bei der Diskussion um den Medienstandort auch im Bereich Film und TV nicht vergessen dürfen. Herr Egloff hat, glaube ich, im Blick auf Berlin gesagt, wer Millionenhilfen vom Bund fordert, dürfe Steuergelder nicht zum Abwerben einsetzen. Das ist richtig, Herr Egloff, ich würde mir nur wünschen, dass Sie dieses auch bei Ihren Genossen und beim Koalitionspartner etwas nachhaltiger verankern würden.

(Beifall bei der CDU)

Auf das Subventionsspiel lassen wir uns im Interesse des Steuerzahlers nicht ein. Das ist aber eine Politik, die neu und hier zu kritisieren ist, was auch reichlich langweilig wäre. Sogar Ihre Kulturstatsministerin Frau Weiss hatte gute Ansätze. Die gute Frau wollte helfen, Steueranreize für Filmfonds zu schaffen. Das Problem ist, es gibt viele Filmfonds, die auch in Deutschland aufgelegt werden. Das Geld geht aber häufig in ausländische Produktionen. Da hat Frau Weiss vorgeschlagen, das Geld nach Deutschland zu holen, und hat gesagt, wie wäre es, wenn man 25 bis 35 Prozent des Fondsvolumens in deutsche Produktionen investiert. Gute Idee, Frau Weiss, Applaus auch von der CDU, Applaus von der Wirtschaft. Was macht der Bundesfinanzminister? Er sagt, nein, liebe Frau Weiss, so machen wir das nicht, ich mache einen Bundesmedienerlass und Deutsche Fonds sollten erst dann in Filmproduktionen investieren dürfen, wenn alle Anleger feststehen und sie sich aktiv an der Produktion beteiligen. Von Wirtschaftspolitik hat dieser Mann keine Ahnung. Frau Weiss hatte einen Anflug von Ahnung und ist leider gescheitert. Das bedauert die CDU ausdrücklich.

(Beifall bei der CDU)

Aber, das ist das typische Szenario: Schlechte Rahmenbedingungen, die im Bund produziert werden. Hier vor Ort lamentiert die Opposition über eine vermeintlich verfehlte Standortpolitik der Union – wider besseres Wissen. Die-

C

D

- A ses Verfahren machen wir nicht mit. Unser Konzept ist relativ einfach. Wir stärken den Standort insgesamt, das ist allemal besser, als Subventionen zu zahlen. Dann bekommen wir auch erfolgreiche Filmproduktionen. Herr Müller, Sie wissen, je erfolgreicher die Produktion ist, desto mehr Fördermittel können zurückfließen. Das sind dann so genannte Referenzmittel, die für einen bestimmten Zeitraum weiterhin für neue Produktionen zur Verfügung stehen.

Wenn Sie hier schon fachlich diskutieren wollen, dann steigen Sie bitte so tief ein, dass wir überlegen können, wie unsere Filmproduktionen so erfolgreich werden wie die bereits aufgezählten, und rufen Sie nicht nach weiteren Subventionen.

(Beifall bei der CDU)

Wir setzen gegen Ihr Lamento über den Standort ein aktives Standortmarketing. Wir sind dafür, dass sich die Medien stärker organisieren. Wir haben in Hamburg in diesem Bereich sehr viele Verbände, die sich unserer Ansicht nach stärker zusammenfinden sollten. Unser Teil wäre es dann, offen für Verbesserungsvorschläge am Standort zu sein und zu kooperieren. Die Hamburg Media School ist ein gutes Beispiel dafür, wie dieser Dialog funktioniert und kreative Köpfe unterstützt werden, die in Hamburg etwas erreichen und etwas produzieren wollen. Das passiert allerdings nicht am grünen Tisch. Um auf Ihre Strategien, die Sie ständig lesen wollen, zurückzukommen: Um Politik gut zu finden, muss sie immer mit dem gemessen werden, was ist. Ich glaube, da sind wir auf einem guten Weg.

- B Nichtsdestotrotz führen wir diesen Dialog, um von Ihrem Lamento wegzukommen und auch Sie noch zu überzeugen, Herr Müller. Wir sind nämlich für Veränderungen guter Art am Standort immer offen. Von daher stimmen wir einer Überweisung an den Kulturausschuss zu und fordern Sie auf, uns zu unterstützen. Lassen Sie uns gemeinsam am Medienstandort reden und nutzen Sie Große Anfragen nicht dazu, diesen Standort schlecht zu reden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Grund.

Uwe Grund SPD: Leider, lieber Herr Heintze, ist die Sache nicht ganz so einfach, wie Sie es dargestellt haben. Wenn Sie schon der Opposition nicht glauben, was ich ja verstehen kann, dass die Lage kritisch ist, dann hören Sie auf die unabhängigen Sachverständigen.

Im Jahre 2003 hat das renommierte Unternehmen Ernst & Young die Filmwirtschaft in Deutschland untersucht. Dabei sind sie zu dem Ergebnis gekommen – ich will das Fazit und die Perspektiven einmal zitieren –, dass es erhebliche Umbrüche in der Filmbranche geben wird und dass weitere Konzentrationen anstehen. Dann heißt es weiter, eine solche Konzentration hätte auch die Folge für die großen Filmstandorte in Deutschland und – jetzt bitte zuhören –, dass der Standort Hamburg mittelfristig gefährdet sei. Dann wird das begründet und dargelegt. Auf die Frage an die Filmschaffenden und Unternehmen, wie sie die Bedeutung des Standorts einschätzen, erhalten München, Köln und Berlin jeweils etwa 80 Prozent bei den Rubriken "wichtig" und "sehr wichtig" und Hamburg 54 Prozent, während 46 Prozent den Standort Hamburg

inzwischen als "weniger wichtig" oder gar "unwichtig" beurteilen.

Meine Damen und Herren, das sind Alarmzeichen. Bei solchen Grundlagen ist es Aufgabe des Senats, dem nachzugehen und Konsequenzen zu ziehen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Ernst & Young hat sich in seiner Studie auch mit den Fragen beschäftigt, was Hamburg tun müsste. Es ist etwas zur Aufstockung des Filmförderungssetats gesagt worden, also zur Stärkung der Filmförderung, zur Gründung der Medien-Akademie – die damalige HMS war auf dem Weg – und zur Entwicklung von Investitionsanreizen.

Der Senat hat das exakte Gegenteil getan. Die Filmfördermittel wurden gekürzt. Herr Heintze, ich habe nicht den Senator gefragt, sondern Herrn Ploog vom NDR und Herrn Schächter vom ZDF. Die haben ganz klar gesagt, was sie machen werden. Sie werden nämlich ihre Filmförderung in dem gleichen Umfange kürzen, wie der Senat es getan hat. Das heißt nichts anderes, als dass die Filmförderung in Hamburg wegen Ihrer politischen Entscheidung weiter geschwächt wird. Das ist die Realität in der Stadt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es ist das Allermeiste gesagt worden. Ich will noch eine Bemerkung zur Finkenau machen. Wir haben Sie darin unterstützt – weil es auch unsere Idee war –, den Bereich der Medienausbildung zu konzentrieren, nach vorne zu bringen und die HMS zu gründen. Nur, mit der Konzentration in der Medienausbildung an der Finkenau läuft es nicht besonders gut. Das Filmstudium ist zwar dort gelandet, aber es gibt keine vernünftige Kooperation zwischen der HMS und dem Filmstudium. Das Filmstudium hat unverändert keine Studienordnung. Die Kooperation ist schwierig. Die Nannen-Schule, die integriert werden sollte, ist ebenfalls bislang nicht in der Finkenau gelandet. Wir müssen diesem Thema "Qualifizierungskonzept im Bereich der Filmwirtschaft und in der Medienausbildung" noch deutlich nachgehen. Der Senat – man las es in der Zeitung – arbeitet seit langer Zeit an einem Medienkonzept. Es soll bereits seit Monaten vorliegen. Es erreicht aber nicht das Licht der Welt und vor allem nicht die Bürgerschaft.

Ich fasse zusammen: Meine Damen und Herren, ich habe kritische Worte gesagt, aber richtig ist, die Stadt Hamburg hat Super-Locations, Hamburg hat ein hohes Potenzial an kreativen Filmmachern. Hamburg hat eine sehr gute Qualität und Verfügbarkeit an Fachkräften. Wir haben – noch – ein sehr gutes Image in der Branche, aber Hamburg hat einen unfähigen Senat.

(Beifall bei der SPD und Zurufe von der CDU: Gehabt!)

In der Medienpolitik gleicht der Hamburger Senat einem Grottenolm: Er weiß nix, er sieht nix, er hört nix, er ist einfach unterirdisch.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Müller.

Farid Müller GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege von der CDU,

C

D

A (Zurufe von der CDU)

– Herr Heintze, wer sonst?

Film und TV sind in Hamburg stark. Das ist richtig, das ist auch nie bestritten worden. Aber wenn Sie sich die Liste angeschaut haben, konnten Sie sehen, dass diese Erfolge in den letzten Jahren stattfanden. Weshalb wir eine Große Anfrage gestellt haben mit dem Titel "Zukunft der Film- und TV-Stadt Hamburg", ist offensichtlich. Dass es hier einschneidende Veränderungen gegeben hat – beispielsweise die Kürzung der Filmförderung sowie die Probleme bei der Filmbildung –, ist offensichtlich. Mit anderen Worten: Wir haben als Opposition ganz klar die Rolle, darauf hinzuwirken, dass das, was in Hamburg stark ist, auch stark bleiben soll. Ich weiß nicht, ob Sie es nicht verstehen, Herr Heintze, aber das ist der Sinn dieser Debatte.

Wenn Sie hier über den Medienerlass und Frau Weiss und Herrn Eichel schwadronieren, haben Sie die Große Anfrage offensichtlich nicht richtig gelesen. Der Senat hat zu den Fragen gesagt, dass er nichts wüsste. Gar nichts weiß er, das war ja meine Kritik. Es ist schön, dass Sie es wissen, aber diejenigen, die es machen müssen, haben davon keine Ahnung.

(Beifall bei der GAL – *Olaf Ohlsen CDU*: Soll er doch Heintze fragen!)

Ich möchte noch etwas zur Filmförderung sagen und wie man mit Kollegen umgeht. Dass Sie als Regierungsabgeordnete mehr Informationen haben, ist klar, aber dass Sie Ihr Wissen so unter Parlamentariern einsetzen, ist nicht fair. Ich weiß nicht, welche Briefe Sie vom Senator erhalten oder was er verschickt, ich kann nur hoffen, dass die Filmförderung unter Dach und Fach kommt. Sechs Monate sind schon verstrichen, in denen kein Geld ausgegeben wurde. Wenn Sie im Zusammenhang mit der Filmförderung von Subventionen sprechen, dann merke ich, dass auch da nichts verstanden worden ist.

Selbst die "Bild"-Zeitung hat heute sehr klar und verständlich gesagt, was die Filmförderung in Hamburg in den letzten Jahren bewirkt hat. Von dem Geld, das Sie Subventionen nennen – das kann man so nennen, Herr Heintze –, sind über 240 Prozent in die Stadt zurückgekommen. Zeigen Sie mir ein Wirtschaftsförderprogramm, das so etwas schafft. Ich kenne keines.

(Beifall bei der GAL)

Dann noch einmal wieder eine Stilfrage. Die Überweisung, Herr Heintze, hat sicherlich andere Gründe als die von Ihnen angeführten. Fragen Sie einmal Herrn Hesse. – Danke.

(Beifall bei der GAL und bei *Dr. Monika Schaal SPD*)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich über den Überweisungsantrag abstimmen.

Wer stimmt der Überweisung der Drucksache 18/2245 an den Kulturausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so überwiesen.

Bis morgen. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 19.55 Uhr

C

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Dr. Barbara Brüning, Michael Fuchs, Nebahat Güclü, Dr. Natalie Hochheim.

D